

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 166.

Breslau, Freitag, den 18. Juli 1913.

24. Jahrgang.

Annehmen oder ablehnen?

In einer größeren Artikelfolge über die soeben vom Reichstage beschlossenen neuen Steuern erklärt Genosse Dr. Südekum die Haltung der Fraktion bei der Abstimmung über diese Deckungsvorlagen. Da ganz vereinzelte Stimmen laut geworden sind, die diese Haltung kritisierten, dürften die Ausführungen des Genossen Südekum, der ja hervorragend in der Budgetkommission tätig war, von großem Interesse auch für unsere Leser sein. Er schreibt:

Die prinzipielle Erörterung, ob wir Sozialdemokraten überhaupt dem heutigen System Gelder für militärische Zwecke bewilligen wollen oder nicht, schied aus, weil darüber überhaupt nie eine Meinungsverschiedenheit bestanden hat. Die Fraktion steht einmütig und in sicherer Übereinstimmung mit der Gesamtpartei auf dem Standpunkte, daß sie zwar, wenn sie die Verantwortung zu tragen hat, dem Vaterlande den notwendigen Schutz ganz gewiß nicht versagen darf noch will, wohl aber dem heutigen Militarismus jeden Mann und jeden Groschen verweigern muß. Diese prinzipielle Gegnerschaft gegen den Militarismus war in einem wochenlangen scharfen und wie wir erwarten dürfen, für die Zukunft auch sehr erfolgreichen Kampfe zum Ausdruck gebracht worden. Das Schicksal der Militärvorlage hatten wir nicht wenden können. Als Minderheitspartei, beinahe ganz allein stehend, mußten wir unterliegen. Die Vorlage wurde Gesetz, daran war nichts zu rütteln. Alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme kleiner Gruppen, hatten sich von Anfang an zu diesem Werke zusammengetan.

Jetzt handelte es sich nur noch um die Frage, wer die Kosten tragen solle. Bei ihrer Entscheidung die gewaltige Wucht der 110 sozialdemokratischen Stimmen nicht in die Waagschale zu werfen, wäre geradezu ein Verbrechen am arbeitenden Volke gewesen. Es wird wohl niemand gewesen sein, der es anders gewollt hätte. Jedenfalls meinte die ganz überwältigende Mehrheit der Fraktion unbedingt, daß wir gemäß dem mit der französischen Bruderpartei erlassenen Manifest vom 1. März d. Js. alles daran setzen müßten, um die Kosten der von uns soeben bekämpften, aber nicht zu verhindernden Rüstungen auf die Schultern der Besitzenden zu legen.

Man hat nun gesagt, es wäre vielleicht doch möglich gewesen, die Militärvorlage dadurch zu Falle zu bringen oder lange Zeit hinauszuzögern, daß man sie mit den Deckungsfragen in irgend einer Weise, z. B. durch ein Mantelgesetz, verknüpfte. Das Mißliche dieser Ansicht leuchtet schon ein, wenn man sich vergegenwärtigt, wer diesen Plan im Reichstage tatsächlich betrieben hat; es waren nämlich die Konservativen und das Zentrum, die sich beide einen außerordentlich maßgebenden Einfluß auf die Gestaltung der Deckungsgesetze zu sichern suchten, aber fürchten mußten, durch eine taktisch kluge Haltung der Sozialdemokratie dabei ausgeschaltet zu werden. Als die Sozialdemokratie der Parole, daß die Heeresvorlage und die Deckungsgesetze unter allen Umständen von einer und derselben Mehrheit angenommen werden müßten, schon in der ersten Lesung im Reichstage erfolgreich entgegentrat, hat das Zentrum im weiteren Verlauf der Dinge noch eingeschwenkt, die hartnäckigeren und weniger geschickten Konservativen sind aber an die Wand gedrückt worden. Sie haben nicht durchsehen können, was noch 1909 ihr Führer von Seydewitz, damals der Sieger im Kampfe, als seiner Partei festen Willen hingestellt hatte, daß nämlich der aus demokratischem Wahlrecht entspringende Reichstag niemals das Verfügungsrecht über das Portemonnaie der Nation haben dürfe. Die Niederwerfung der Konservativen wäre nicht möglich gewesen, wenn die Sozialdemokratie sich durch die Zusammenkuppelung der beiden Materien die Entscheidung sowohl über Heeresvorlage wie über Deckungsgesetze hätte nehmen lassen und sie in die Hände der Konservativen und des Zentrums gelegt hätte, denen dann die Liberalen rettungslos unterworfen gewesen wären.

War es, wie wir dargelegt haben, Pflicht der sozialdemokratischen Fraktion, die Kosten der Rüstung nach Möglichkeit auf die Schultern der Besitzenden zu legen, und bestand der Wille dazu, dann galt es nunmehr, den Willen in die Tat umzusetzen. Bei den verwickelten Mehrheitsverhältnissen des Deutschen Reichstages leichter gesagt, als getan! Wir müßten, um das näher zu erklären, bis zu den Anfängen der Verhandlungen zurückgehen. Da keine Partei, auch keine eng zueinandergehörige Parteiengruppe die Majorität für sich hatte, so ergab sich, daß die Lösung der Deckungsfrage nur durch ein Kompromiß sonst weit voneinander verschiedener Parteien gefunden werden konnte. Die berühmte „Linie von Bebel bis Hoffmann“ hätte wohl eine schwache numerische Überlegenheit über die anderen Gruppen herstellen können, aber doch eigentlich nur so lange, wie die Gesetze nicht ernst wurde. Denn bei der Abneigung der Rechts-National-liberalen gegen eine wirklich durchgreifende und in die Hunderte von Millionen gehende Erhöhung der Erbschaftsteuer wäre sie so kaum aktionsfähig geworden; gegen eine

reine Vermögenssteuer legte die Regierung unüberwindlichen Widerstand ein. Dadurch waren die Möglichkeiten, die sich für eine wenigstens einigermaßen annehmbare Lösung der Steuerfrage der Sozialdemokratie boten, erheblich eingeschränkt. Die Folge der verwirren Verhältnisse und der ungeklärten Majoritätszustände war schließlich ein Gemisch von Vorschlägen, die für die Sozialdemokratie zum Teil annehmbar, zum Teil aber entschieden zu verwerfen waren. Wenn die Dinge einmal so stehen, dann ist es für eine Partei offenbar das Vorteilhafteste, sich die Freiheit ihrer Entscheidung auf der ganzen Linie zu bewahren, aber doch mit anderen Gruppen, so weit in Führung zu bleiben, daß nichts Ernsthaftes ohne, oder gar gegen ihren Willen geschehen kann. Wenn nicht alles täuscht, hat die sozialdemokratische Fraktion diese Linie bei allen Verhandlungen dauernd innezuhalten verstanden.

Was nun die einzelnen Steuern und die Stellung der Fraktion dazu anlangt, so konnte die Sozialdemokratie der Aufhebung des Scheidsteuers und der Erhöhung der Erbschaftsteuer für Abkömmlinge ersten und zweiten Grades von Geschwistern und für entferntere Verwandte zustimmen; bei den Stempelgesetzen, bei der Zuckerversteuer und bei der Wertzuwachssteuer lagen, wie wir früher schon geschildert haben, die Dinge anders: hier leistete sie entschledenen Widerstand, der allerdings an dem Besitze der gegnerischen Mehrheit scheiterte. Es blieben Wehrbeitrag und Besitzsteuer. Bei der Beurteilung der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu diesen beiden Gesetzen muß man sich vor Augen halten, daß auch nicht ein einziges Mitglied ihr Scheitern wollte. Im Gegenteil: die ganze Fraktion wünschte ihr Zustandekommen; wenigstens ist keine davon abweichende Meinung laut geworden. Die Ansichten gingen nur darüber auseinander, ob es geboten oder angängig sei, dem Wunsche, daß die Gesetze zustande kämen, auch durch die offene Zustimmung Ausdruck zu verleihen oder nicht. Da war zunächst zu bedenken, ob das eine oder andere Gesetz gefährdet werden konnte, wenn wir dagegen stimmten. Wie sich die Mehrheitsverhältnisse nach den Erklärungen der konservativen Partei in der zweiten Lesung des Besitzsteuergesetzes gestalteten und wie die tatsächliche Abstimmung in der dritten Lesung beweist, hätte eine Ablehnung der Besitzsteuer durch unsere Fraktion das Scheitern des Gesetzes und damit nach höchster Wahrscheinlichkeit den Ersatz der direkten durch indirekte Steuern im Herbst bedeutet. Auch beim Wehrbeitrag, der ja die konservativen Stimmen bekommen hat und infolgedessen durch unsere Ablehnung weniger gefährdet erscheinen konnte, sprachen (ganz abgesehen davon, daß man ja nicht wissen kann, wie sich die Dinge endgiltig bei einem Nein der Sozialdemokratie gestaltet hätten), überwiegende Gründe für eine offene Zustimmung. Wer daran zweifelt, möge doch die schmerzvollen Klagen der Junker über den „sozialdemokratischen“ Charakter des Gesetzes nachlesen. Zum ersten Mal soll eine alte Forderung unseres Programms, für die wir jahrzehntelang vergebens gestritten haben, ausgeführt, Vermögen und Einkommen der direkten Besteuerung durch das Reich unterstellt werden; zum erstenmal werden die „patriotischen“ Schreiber und Rüstungsfanatiker, die durch alle die Jahre hindurch nicht müde geworden sind, zu behaupten, an ihrem empfindlichsten Punkte, dem Geldbeutel, angepaßt; zum erstenmal müssen unsere verbissensten Gegner zähneknirschend den Einfluß der 4 1/2 Millionen auf die innere Politik Deutschlands mit den dünnen Ziffern eines Steuergesetzes anerkennen: und da sollte die Sozialdemokratie dagegen stimmen oder auch nur mit gleichgültiger Miene, als ob die ganze Sache sie nichts angehe, zur Seite stehen? Diese Frage aufzuwerfen, heißt sie auch beantworten. Denn auch von einer Stimmenthaltung konnte im Grunde keine Rede sein. Die Stimmenthaltung im Parlamente ist der Ausweg, einzelne Mitglieder vor Gewissenszwang zu bewahren; sie ist kein Ausdrucksmittel für den Willen einer ganzen Partei, am allerwenigsten für den der stärksten Partei.

Mit stolzer Sicherheit ist die Kampf- oder Sozialdemokratie ihren Weg gegangen. Mit stolzer Sicherheit mußte auch in den einzelnen Entscheidungen der parlamentarischen Geschäfte ihre Stellung stets so wählen, als ob von ihrem Votum das Schicksal der Gesetze abhänge, gleichgiltig, ob auch ohne sie im Einzelfall vielleicht eine Mehrheit zustande kommen könnte oder nicht.

Einige haben allerdings Anstoß daran genommen, daß im ersten Paragraphen des Wehrbeitragsgesetzes eine Zweckbestimmung enthalten ist, wonach das Geld zur Deckung der Kosten der Heeresvorlage verwendet werden sollte. Als ob es möglich wäre nur das Geringste änderte, ob diese Worte in dem Text stehen oder nicht! Nehmt den Fall, sie wären gestrichen worden; wäre auch nur ein Pfennig von den 900 oder 1000 Millionen Mark zu einem anderen Zwecke als für die Rüstungen verwendet worden? Niemand wird das behaupten wollen und niemand, der beim Lesen der Worte etwa hätte zustimmen wollen, kann sich und anderen einreden, er habe geglaubt, die Milliarde sei für Wohnerrinnahme oder für Tuberkulosebekämpfung oder für anderen anderen kulturell wertvollen Zweck vorgesehen

gewesen. Wenn das aber so ist, dann soll man diese Zweckbestimmung um so weniger beklagen, als sie der beste Hafen ist, an dem wir unsere Agitation für den Gedanken anhängen können, in Zukunft alle neuen Rüstungsvorlagen durch solche Wehrbeiträge decken zu lassen. An Geistesfreiheit dazu wird es uns ja vermutlich nicht fehlen. Diejenigen haben ganz recht, die in dem Wehrbeitrag nicht ein Ende, sondern vielmehr einen Anfang sehen. Wenn Tripitz, netterlich auf Heeringen in einem oder zwei Jahren eine laufend-Millionenforderung für neue Panzer oder U-Boote bringt, dann holen wir das Wehrbeitragsgesetz aus der Schublade hervor und fügen ihm die neue Zweckbestimmung ein. Für die Regierung wie für die bürgerlichen Parteien wird der Widerstand dagegen sehr schwer sein. Anders aber wäre es, wenn wir den Wehrbeitrag abgelehnt hätten. Denn dann könnte eine Regierung, die etwa wieder mit neuen indirekten Steuern angerückt käme, zu ihrer Entschuldigung vorbringen: „direkte Steuern kann ich nicht vorschlagen, denn die lehnt die Sozialdemokratie ebenfalls ab; also muß ich indirekte wählen, für die ich aus den verschiedenen Gruppen der bürgerlichen Parteien eine Mehrheit zu finden hoffen darf.“

Solange die Sozialdemokratie schwach war, war es leicht, den breitesten und ärmsten Volksschichten die Kosten der indirekten Steuern aufzubürden. Es war leicht, die aus Zöllen und indirekten Abgaben stehenden Reichsteuern mit jeder Steigerung des Bedarfs zu erhöhen. Es war leicht, mit dieser einträglichen indirekten Besteuerung eine gewissen Klassen von Grundbesitzern und Kapitalisten wirtschaftlich vorteilhafte Handelspolitik zu verbinden, denn das Interesse der Grundbesitzer und Kapitalisten, auf der einen Seite möglichst wenig in ihren privatwirtschaftlichen Angelegenheiten und Bestrebungen gestört zu werden, auf der anderen Seite durch Sondervorschriften in den Steuergesetzen auch noch unmittelbare Vorteile einzubekommen, läßt sich durch indirekte Steuern leicht berücksichtigen, treffen sie doch solche Gegenstände, von denen die Reichen nicht mehr konsumieren können als die Armen, so daß jene verhältnismäßig viel gelinder getroffen werden. Solche Steuerpolitik hat, zum Nutzen kapitalistischer Klasseninteresse, die jetzt bei uns im Deutschen Reich herrscht. Da aber ging nach einem jähen Umsturz einseitigen Klasseninteresses unserer Gegner, bei der sogenannten Finanzreform von 1909, die Sozialdemokratie mit ungeheurer vermehrter Kraft aus einem heißen Wahlkampfe hervor und eine neue Periode deutscher Reichsfinanzpolitik hat an. Die sozialdemokratische Fraktion hat recht daran getan, an ihrem Beginne tatkräftig mitzuwirken. Sie wird auch ihren Ausbau zu betreiben verstehen, zum Nutzen der Allgemeinheit, zum Segen namentlich für unser arbeitendes Volk.

Politische Ueberflucht.

Die Bestechungen bei Krupp.

Quers war's nicht wahr!

Die Enthüllungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Liebknecht haben zu einer umfassenden Untersuchung der Kruppangelegenheit Anlaß gegeben. Ueber das Ergebnis wird das strengste Stillschweigen beobachtet. Die Untersuchung hat aber bereits, wie die „Nationalzeitung“ erfährt, die Erhebung einer Anklage gegen eine Anzahl Zeugoffiziere geeilt. Diese werden sich am 29. Juli und den folgenden Tagen vor dem Kriegsgericht der Berliner Kommandantur wegen passiver Beteiligung und fahrlässigen Landesverrats zu verantworten haben. Die Offiziere sollen von Kruppischen Beamten für Mitteilungen Geschenke angenommen haben. In den Mitteilungen erblät die Anklagebehörde, dem Vernehmen nach, Landesverrat, zum mindesten fahrlässigen Landesverrat. Es wird angenommen, daß die Zeugoffiziere durch die Mitteilungen an die Kruppischen Beamten sich im Sinne des dolus eventualis schuldig gemacht haben. Auf ausdrücklichen Wunsch des Kriegsministeriums wird die Verhandlung unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit geführt und auch Schweigebefehl gegeben werden, da durch die Öffentlichkeit der Verhandlung eine Gefährdung der Landesverteidigung zu besorgen wäre.

Wenn Offiziere bestochen worden sind, dann hat also die Firma Krupp die Bestechung ausgeübt und den fahrlässigen Landesverrat begünstigt, denn die an Zeugoffiziere gespendeten Gelder stehen in den Büchern sorgsam eingetragen. Die in Orden und Vopsprüchen fast ertänkte Millionenfirma, die sich bei diesen Beziehungen zu „ganz oben“ rühmt, schaut sich nicht vor diesen Wegen, „Geschäfte“ zu machen. Wenn das am grünen Holz passiert!

Kuerkennenswerter Liberalismus.

Der dreifranke Landtagsabgeordnete Meißel in Brandenburg lenkt dem liberalen Brandenburgier Anzeiger, der sich gegen die Stichwahlparole der fortschrittlichen Volkspartei ausgesprochen hat, einen Dorn, in dem es heißt:

„Sie werden und müßte vollkommen über sie zu stellen, die Anzahl vieler bürgerlicher Wähler, die die Sozialdemokratie für sozialgeschädlich halten und die Bekämpfung dieser Partei

Handwritten notes and signatures in the top right corner, including the number '7-1913' and a large 'K'.

Sie kriegen sich zu packen.

Die sogenannte Berliner Richtung im Katholizismus will nun den weltlichen Laven in seiner eigenen Pöble bekämpfen. Das Machener Zentrumblatt, der „Volkstreu“ ist für eine Million in den Besitz einer Gesellschaft übergegangen, die ihren Sitz in Berlin hat und alles spricht für die Annahme, daß dieses Konfessionarium auch in engen in n'eren Beziehungen zu dem Sitz Berlin steht.

Nun werden sich also die Wachemiten und die Oppereborff'schen auch räumlich so nahe rücken, daß wir uns auf einen interessanten Fortgang des „Geraufes“ spigen dürfen, das bisher infolge der Distanz Berlin-Röln immer noch ein wenig Temperament vermissen ließ.

Nach Kölsch auch der Zentrumskabgeordnete Birkenmayer.

Die Zentrumspresse hat in den letzten Tagen eine arge Blamage erlebt. Sie griff eine Notiz der „Braunschweigischen Landeszeitung“ auf, nach der der nationalliberale Abg. Kölsch für den im Reichstage gestellten sozialdemokratischen Antrag auf Abschaffung des Militärbojotts gestimmt habe und sie knüpfte daran die Schlussfolgerung, daß Kölsch dies nur getan habe, um sich den Sozialdemokraten erdientlich zu zeigen, denn er sei im 7. habsbischen Kreise mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählt, sein Mandat stehe vor der Ungültigkeitserklärung und durch seine Abstammung in der Frage des Militärbojotts wolle er sich die abermalige Stimmabgabe der Sozialdemokratie sichern.

Das in Karlsruhe erscheinende Zentralorgan der Nationalliberalen, die „Badische Landeszeitung“, antwortete darauf kurz und bündig, auch der Zentrumskabgeordnete Birkenmayer habe für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt. Zunächst trat verlegenes Schweigen im Zentrumskabkabinett ein, dann aber erklärte das führende Zentrumskabblatt, der „Badische Beobachter“, mit echt jesuitischer Schlaubeit, wenn der Abg. Birkenmayer für den sozialdemokratischen Militärbojott eingetreten sei, so hätten ihn sicherlich andere Motive dazu bewegt, wie für seine Zustimmung den sozialdemokratischen Abg. Kölsch. In diesem Falle gelte wirklich das bekannte Wort des alten Senekers: Wenn zwei daselbe tun, ist es nicht daselbe. Zudem sei man es vom Abg. Birkenmayer gewohnt, daß er hier und da seine eigenen Wege gehe. Und die Sache gegen Kölsch ging ruhig weiter. Der „Bad. Beobachter“ gab sogar seelenbergnigt eine Auslassung der nationalliberalen Zeitung von Gotha wieder, daß Kölsch sich durch seine Abstammung außerhalb des Rahmens seiner Partei gestellt habe.

Nun ergreift Birkenmayer in der zentrumlichen „Neuen Wadstader Zig.“ (er ist im 3. habsbischen Kreise Schöppheim-Waldsbühel gewählt) selbst das Wort, und was er sagt, ist eine gründliche Desavouierung der Haltung der Zentrumskabfraktion des Reichstags in Sachen des Militärbojotts und eine wirkungsvolle Zurückweisung der desolatorischen Angriffe der badischen Zentrumspresse auf die bürgerlichen Anhänger des sozialdemokratischen Antrages. Er erklärt zunächst, daß es richtig sei, er habe für den Militärbojott-Antrag der Sozialdemokraten gestimmt. Reineswegs behauere er, es getan zu haben. Durch die militärische Sperre (Militärbojott) können in den bedrückten Garnisonsorten Angehörige des Mittelstandes in ihrem Erwerb geschädigt werden. (Und das Zentrum ist doch der berufene Schützer des Mittelstandes, Red.) Dem wollte der Antrag Abrecht vorbeugen. Im Interesse eines rechtlichen Teiles des Mittelstandes habe er Birkenmayer für diesen Antrag gestimmt. Er könne nicht finden, daß der Antrag Abrecht die Beureteilung der „Braunschweig. Landeszeitg.“, die in seiner Annahme eine Förderung der sozialdemokratischen Tendenzen erblickte, verdiene. Zudem bezweide der Konstitutionsantrag, über den nach dem Antrag Abrecht abgestimmt wurde, doch den gleichen Erfolg, und er sei mit 196 gegen 100 Stimmen angenommen worden.

Die Zentrumspresse ist durch diese Erklärung Birkenmayers arg in Verlegenheit gesetzt und die Zentrumskabfraktion ist eine Blamage reich.

Die unsichere politische Lage. Wie unsicher die Landesversicherungsanstalten die augenblickliche politische Lage halten, geht aus einer Mitteilung hervor, die aus Welter kommt. Danach gab der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Rheinprovinz, worin diese mitteilt, daß es ihr zurecht wegen der überaus unsicheren politischen und wirtschaftlichen Lage unmöglich sei, den Gemeinden Gelder für Anleihen zu bewilligen. Die Gemeinden handelten in ihrem eigenen Interesse, wenn sie

geht, wo die Schulkinder zur Zeit der Rubenernie oft bis zu 10 und 12 Stunden pro Tag gegen einen wahren Hungerlohn beschäftigt werden. Die Frage der Lösung des Problems läßt sich eher dahin zusammenfassen, wie der Landflucht Einhalt geboten werden kann. Die Ursachen dieser Landflucht sind zur Genüge bekannt: Reichlosigkeit der Landarbeiter, mangelhafte Bezahlung und schlechte Entlohnung. Die Agrarier denken nicht daran, durch Beseitigung dieser Uebelstände zu einer Verringerung der Landflucht beizutragen, sie lassen den deutschen Arbeiter ziehen und setzen an seine Stelle Russen, Polen und Galizier; ansetzend werden ihnen diese für die Dauer auch zu teuer und nun richten sie ihre Blicke auf die großstädtische Schulkinder, die sie in den Ferien ausbeuten möchten, und auf die Fürsorgezöglinge, die sie vermutlich zu denselben Verbindungen annehmen würden, zu denen ihnen vielfach Gefangene überwiesen werden.

Die Frage der landwirtschaftlichen Kriegsrüstung ist ohne Zweifel von eminenter Bedeutung, aber auf dem Weg, den die „Kreuzzeitung“ in ihrem Artikel zeigt, wird sie nun und nimmermehr gelöst werden können. Das ganze Verlangen der Agrarier, ihnen die städtischen Schulkinder auszuliefern, und ihnen eine Anzahl anderer Personen zwangsweise zu überweisen, kennzeichnet nur die Vergeßlichkeit der Kreise, als deren Vortführerin die „Kreuzzeitung“ von jeher aufgetreten ist.

Reichstagskandidatur in Dresden-Neustadt.

Für die durch den Tod des Genossen Raden notwendig gewordene Reichstagsersatzwahl in Dresden-Neustadt hat eine am Dienstag stattgefundene Konferenz der Vertrauensleute den Beschluß gefaßt, der am Freitag tagenden Kreisversammlung den Genossen Bud. Dresden als Kandidaten vorzuschlagen. Genosse Bud. kandidierte bisher im 3. sächsischen Wahlkreis, wo er gegen den Antisemiten Graefe unterlag.

Die Wahl im bayrischen Kreise Landshut soll, wie gemeldet, auf den 31. August angesetzt sein. Wenn das kein Irrtum ist, so findet zum ersten Male eine Reichstagswahl an einem Sonntag statt. Landshut ist sicherer Zentrumskreis, die Wähler können also gleich aus der Kirche an die Urne gehen. Wo anders wäre das allerdings Störung der Heiligkeit des Sonntags.

Die nächste internationale Arbeiterschuh-Konferenz.

Eine Korrespondenz meldet: Für die im September in Bern stattfindende internationale Konferenz zur Förderung des gesetzlichen Arbeiterschutzes werden zwei Punkte zur internationalen Regelung vorgeschlagen: Festsetzung eines zehnstündigen Höchstarbeitstages für Frauen und Jugendliche bis zu 18 Jahren und ein Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche. Deutschland hat für die Arbeitstätigkeit Jugendlicher bereits jetzt gesetzliche Bestimmungen erlassen, die weiter gehen als die Schutzbestimmungen der meisten anderen Länder. Jugendliche zwischen dem 14. und 16. Lebensjahre dürfen nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden, und die Arbeitsstunden dürfen nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und nicht über 8 Uhr abends dauern. Ein Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche und ein zehnstündiger Höchstarbeitstag für Jugendliche sind also in Deutschland bereits eingeführt. Ebenso ist durch die Novelle vom Jahre 1908 auch für Arbeiterinnen ein Höchstarbeitstag von 10 Stunden gesetzlich festgelegt. Unser Arbeiterschutz reicht mithin von den Forderungen, die auf der nächsten Konferenz in Bern erörtert werden sollen, nur in einem Punkte ab, der Altersgrenze für Jugendliche. In den Kreisen der deutschen Arbeitgeber hält man die für die Konferenz vorgeschlagene Heraushebung der Altersgrenze für Jugendliche bis zum vollendeten 13. Lebensjahre wohl durchaus als unzulässig. Es erscheint also zweifelhaft, ob Deutschland in der Lage sein wird, einem solchen Beschlusse der Konferenz, falls er gefaßt wird, Folge zu geben. Damit soll gewiß das Signal gegeben sein, gegen den geplanten weiteren Arbeiterschutz Jugendlichen zu agitieren. Eine solche Agitation würde das deutsche Unternehmertum und dessen Arbeitersfreundlichkeit treffend charakterisieren.

für ihre erste politische und nationale Pflicht hatten. Andererseits aber muß ich mich dagegen verwahren, daß eine von jener abweichende Ansicht und Betätigung als Zeichen mangelhaften nationalen Empfindens gebrandmarkt wird. Es gibt Hunderttausende bürgerlicher Wähler im Deutschen Reich, die befeelt von größter Liebe zu ihrem Vaterlande, höhere Ziele kennen als Bekämpfung der Sozialdemokratie um jeden Preis. Das haben u. a. die Nationalliberalen und Fortschrittler in Baden bewiesen, als sie sich mit den Sozialdemokraten vereinigten, da nur auf diese Weise die Macht des Militarismus in ihrem engeren Vaterlande zu brechen war. Wollen Sie auch diesen nationalliberalen und fortschrittlichen Wählern mangelhaftes nationales Empfinden vorwerfen?

Wenn es sich auch bei uns im Norden gezeigt und wird, so hoffe ich, immer deutlicher werden, daß es viele Tausende gibt, die es für ihre erste nationale Pflicht halten, mit allen Mitteln die Reaktion zu bekämpfen und die hierin den rechten Weg sehen, ihrem Vaterlande zu dienen.

Gerade wir Bürger der Mark, inmitten Neuhunderts langer Jahrhunderte Vorherrschaft, sollen diesen Standpunkt vertreten oder als billig oder ablehnbare Männer im zu unbedenken zu verstehen versuchen.

Da die offenen und mannhaften Bekenntnisse zum Kampf gegen die Reaktion im fortschrittlichen Lager immer noch selten sind, rechnen wir von dieser Erklärung eines alten Mitgliedes der freisinnigen Partei mit besonderer Genugtuung Vermerk.

Ferienkolonisten als Landarbeiter für Agrarier.

Die „Kreuzzeitung“ bespricht in ihrer Morgenausgabe vom Dienstag in einem längeren Artikel Deutschlands landwirtschaftliche Kriegsrüstung. Es wird darauf hingewiesen, daß sich im Falle eines Krieges die Versorgung der Armee und die Verpflegung der Zurückbleibenden weit schwieriger gestalten würde als früher. Die Bevölkerung ist von 40 auf fast 70 Millionen gestiegen, die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen ist dagegen gefallen. Die Produktivität der Landwirtschaft hat sich allerdings erhöht, ganz besonders durch umfassende Anwendung von Maschinen aller Art. Trotzdem würden sich im Falle eines Krieges Schwierigkeiten in der Bestellung der Felder und in der Vornahme der nötigen landwirtschaftlichen Arbeiten ergeben. Auf die Einfuhr ausländischer Arbeiter müßte man im Kriegsfall verzichten und deshalb stehe die Regierung vor der Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Landwirtschaft in diesem Falle genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Bestimmte Vorschläge macht das agrarische Blatt nicht, aber einige Gesichtspunkte will es zur Diskussion gestellt wissen. Diese Gesichtspunkte gehen zunächst dahin:

Die Stadt Berlin hat in diesem Sommer wieder Tausende von erholungsbedürftigen Kindern in die Ferienkolonien geschickt. Das ist dankenswert. Die in der Großstadtluft verkümmerten Lungen sollen draußen freie Luft in sich saugen, den schwachen Körpern neue, bessere Nahrung zuführen. Sie spielen, tanzen, ruhen. Warum läßt man sie nicht, wie die Postjugend, mit draußen auf den Feldern leichte Arbeit verrichten? Das gibt Appetit, stärkt den Körper, bringt die Lungen und Muskeln in dienstliche Bewegung und die jungen Menschenkinder werden lernen, Achtung vor dem Berufe zu bekommen, den die Großstadtluft so verächtlich zu behandeln pflegt. Sie werden sich bei Arbeit und Spiel mit den Dorfkindern eins fühlen lernen, und dieses Gefühl der Anerkennung wird haften bleiben, auch wenn sie später wieder in der Großstadt untertauchen.

Mit der Beschäftigung von Fuchszöglingen in der Landwirtschaft sind teilweise keine schlechten Erfahrungen gemacht worden. Vielleicht könnte man auch da noch weitergehen und besserungsfähige Ältere Personen, die in den Großstädten rückfällig zu werden pflegen, draußen beschäftigen.

Die Sorge für das Wohl des Vaterlandes wird hier vorgeschützt, um die Sucht nach billigen Arbeitskräften etwas zu maskieren. Mit den Schulkindern, die die landwirtschaftliche Arbeit als eine Art Spielerei auffassen, ist den Agrariern auf keinen Fall gebient, sie würden die ihnen überwiesenen Schulkinder nach allen Regeln der Kunst ausbeuten. Man weiß ja, wie es in den Rubengenden zu-

Erweit.

Ein Roman aus dem Proletariatsleben von H. G. E. (Nachdruck verboten.) 15] Kolonisationsgefahr? was bedeutet denn das? fragt Frau Stöhr verwundert. Das ist so ein Ausdruck der Juristen, Frau Stöhr. Das Gericht will damit ungefähr sagen, daß es befürchtet, für Mann würde, wenn er aus der Haft käme, seine Freiheit dazu benutzen, durch Beeinflussung von Zeugen usw., den vorbandenen staatsbaren Tatbestand zu verhandeln. Ach du lieber Himmel! Mein Mann hat doch gar nichts begangen! Was soll denn da noch zu verhandeln sein? Das ist gewiß richtig, Frau Stöhr. Aber das Gericht ist eben anderer Meinung. Das erzählt am besten aus dem zweiten Unterhandlungsgrund, der noch auffälliger ist. Das Gericht nimmt nämlich an, daß bei der zu erwartenden hohen Strafe auch Klugverderber vorliege. Und es begründet seine Annahme noch besonders damit, daß Sie Frau Ausländer sei. Mein Mann Ausländer? Frau Stöhr schlägt vor Verwunderung die Hände zusammen. Die Sache ist in der Tat kurios. Im übrigen ist der Anwalt bei der Ansicht, daß er sich nicht verlohne, noch weitere Rechtsmittel gegen den Beschluß des Gerichts zu ergreifen, weil bereits auf den 23. d. Mts. Termin zur Verhandlung anberaumt ist. Das ist ja ganz gut. Für uns, wie für meinen Mann, damit die Frau der Ungerechtigkeit ein Ende nimmt. Aber gerade diesen Tag hat der Beschluß der Richter erlassen! Ja! Der Anwalt sagt auch, er könne sich keines Falles vorstellen, in dem das Gericht so beschleunigt und die Verhandlung so rasch angefaßt werden sei, wie in dem Prozeß gegen Stöhr. Aber es ist ja so. Mit dem abgehenden Beschlusse des Gerichts ist dem Anwalt heute zugleich die Vollstreckung angetragen. Ich habe Einbild in sie genommen. Sie lautet auf Verweisung des Mannes ins Gefängnis, Bewandlungsbefehl und Widerstand gegen die Einweisung. Was aber soll mein Mann wohl haben? Das ist die Vollstreckung der Einweisung. Ich kann gar nicht darüber nachdenken, daß mein Mann ein Ausländer sein soll, erwiderte Frau Stöhr. Er ist doch in Deutschland geboren, auch zur Einweisung gelangt. Ich habe erst dieser Tage noch seinen Einweiserbrief in den Händen gehabt. Da muß doch unbedingt ein Verstoß vorliegen. Ganz ausgeschlossen ist es trotzdem nicht, daß der Beschluß des Gerichts ein Verstoß ist, wenn man sich die Umstände genau anschaut. Das ist die Vollstreckung der Einweisung. Das ist die Vollstreckung der Einweisung.

„Gut, daß Sie von der Polizei reden, ich hätte sonst wahrhaftig nicht mehr daran gedacht. Es ist heute von der Polizei ein Schreiben an Sie gekommen, Herr Berg, über dessen Empfang ich eine Bescheinigung unterschreiben mußte.“ Frau Stöhr nimmt aus einer Schachtel einen mit einem großen Amtsiegel versehenen Brief und reißt ihn Helmut hin, der ihn rasch erbricht, und dann sieht an das kleine Lämpchen hält, um seinen Inhalt zu entziffern. „Verwünscht!“ jagt Helmut ärgerlich, nachdem er das Schreiben gelesen. Jetzt werde ich zum 23., gerade am gleichen Vormittag, an dem die Gerichtsverhandlung stattfindet, auf das Polizeiamt geladen. Und ich hätte doch zu gerne dem Termine beigewohnt. Mit Meißner Schöfer wäre ich schon einig geworden. Ich hätte einfach die an Vormittag veräumte Zeit am Abend nachgearbeitet. „Wie kommt es denn Herr Schöfer jetzt gegen Sie?“ fragt Frau Stöhr. „O, das ist wieder die Freundschaft und Lebensmühseligkeit selbst“, antwortet Helmut. „Dann wird er gewiß auch die Kündigung zurücknehmen“, jagt Frau Stöhr zuversichtlich. Helmut schüttelt den Kopf. „Da treten Sie sich, Frau Stöhr. Ich tagiere, daß Meißner Schöfer die Kündigung nicht zurücknehmen kann, richtiger gesagt, nicht zurücknehmen darf, auch wenn er es zehnmal wollte.“ „Und da müssen Sie wirklich jetzt mitten im Winter auf die Wanderschaft gehen?“ Witterliche Zeilnahme und herzliches Bedauern klingt durch die Frage der Frau Stöhr. „Ein junger Burche, was macht sich der daraus!“ erwidert Helmut lächelnd, sich dabei von seinem Schemel erhebend. Doch ehe er den ersten Schritt machen kann, legen sich zwei kleine Krone von seine Beine und eine Kuhstimm, durch die unterdrücktes Schlingen zittert, bittet: „Bitte bei uns, Onkel Helmut!“ Helmut bengt sich gerührt zu dem kleinen nieder und streicht ihm die heißen Wangen. „Es wird sich nicht machen lassen, Emil. Die Schöferische Herrschaft ist die einzige Arbeitsgelegenheit für mich am Orte. Die anderen Kleinrentner stellen ja im Winter keinen Bedarf an; die pumpten sich mit ihren Beschäftigten durch. Da werde ich also wohl oder übel mein Bündel hinübernehmen müssen. Das werden Sie hart da auch man sich machen muß, auch wenn das Herz dabei bittet.“ Das wird dir schwer, wenn du so gehst gemindert bist, auch nicht zu hart, mein Junge. Aber deshalb brauchst du nicht trauern zu sein. Ich verzichte dich nicht, auch wenn ich von hier geh' bin. Du bekommst allerspätestens Brief von mir, und so ganz aus der Welt werde ich keinesfalls auch nicht verdrängen.“ Helmut nickt die Lippen schmeckend, das gezeichnete mal be-

„Ja, Onkel Helmut, wirst du das tun?“ Ein Freudensitzahl leuchtet auf in den tränenschnellen Kinderaugen, die zu dem jungen Manne aufsehen. „Ganz gewiß, mein Herzensjunge. Doch jetzt laß mich, bitte los. Ich muß noch dem Komitee Bericht über die Mitteilungen des Anwalts geben.“ „Habe ich mich wegen der Prozeßverhandlungen gegen meinen Mann noch um etwas zu kümmern?“ fragt Frau Stöhr. „Nein, Frau Stöhr! Das wird alles vom Komitee auf das beste besorgt.“ Die nächsten Tage vergehen Helmut schnell bei hastiger, drängender Arbeit, die Meißner Schöfer nach der Feierabend fertiggestellt haben will, und die Abende bei den wünnigen Vorbereitungen zu der geplanten Weihnachtsbescherung. Und gerade am letzten Tage häuft sich, infolge eines Maschinendefektes, den einer der ungeübten Arbeitswilligen angerichtet hat, die Arbeit nochmals so, daß Helmut sich erst in der letzten Minute losreißen kann und im Laufschritt nach dem Polizeiamt eilen muß, um zur angegebenen Zeit zur Stelle zu sein. Nachdem er seine Vorladung abgehört hat, wird Helmut sofort in ein Zimmer geführt, in dem Polizeirat Schöfer mit seinem Sekretär sitzt. Der Polizeirat fixiert den mit höflichem Gruß Eintretenden einen Moment mit finsternem Blick, läßt sich von seinem Schreiber ein Aktenbündel reichen, und beginnt mit trockenem Amtston: „Ich habe Sie vorladen lassen, um Ihnen eine beehdrückte Eröffnung zu machen. Nach Ausweis der Akten beabsichtigen Sie mit noch vier Unternehmern am ersten Feiertage unter dem Vorwand einer Weihnachtsbescherung eine große öffentliche Volksversammlung abzuhalten.“ „Nein, Herr Rat, nur eine Weihnachtsbescherung und keine Volksversammlung. Das Merkmal einer öffentlichen Versammlung besteht darin, daß in ihr allgemeine Angelegenheiten erörtert werden. Das Überreichen einer Puppe oder eines Pfeifenröhrens an ein Nebenbuhler ist aber in alle Wege keine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Die Auffassung der Behörde, daß die Weihnachtsbescherung eine Versammlung darstellt, ist falsch.“ „Sie reden daher wie ein Buch, junger Mann. Es ist aber ganz klar, was Sie für richtig oder falsch halten. Bedenken Sie die Behörde selbst, was eine öffentliche Versammlung ist. Bedenken Sie! Ebenso entsetzt die Behörde, es eine Versammlung stattfinden darf, oder es sie weil in ihrer Tendenz dem öffentlichen Wohle zuwiderlaufend zu verhalten ist. Das letztere haben wir von der von Ihnen und Ihren Mitunternehmern geplanten Versammlung als erwiesen angesehen und verdrängen Sie deshalb. Das wird Ihnen hiermit amtlich bekannt gegeben.“ (Fortsetzung folgt.)

Aufgaben, die größere Mittel erforderten, für einige Zeit hinaus-
schoben.

**Der Kampf um das Selbstverwaltungsrecht in
Schwarzbura-Rudolstadt.** Der Gemeinderat von Rudolstadt
protestierte zum dritten Male einstimmig gegen die Nicht-
bestätigung des zum Witzschultze gewählten Genossen Ratt.
Ferner wurde beschlossen, den vom Landrat ernannten neuen
Witzschultze nicht anzuerkennen und den Gemeindefassierer an-
zuweisen, ihm kein Gehalt auszugeben.

**Offenbach, die Stadt mit der sozialdemokratischen
Mehrheit, erregt den wachsenden Horn der Deutschen Tages-
zeitung, die gegen den dort amtierenden Bürgermeister Dr.
Dullo schreibt:**

Erst vor wenigen Tagen wurde berichtet, daß der Ober-
bürgermeister der Stadt Offenbach nach Fühlungnahme mit der
sozialdemokratischen Stadverordnetenmehrheit die Unterzeichnung
der Jubiläumskarte für den deutschen Kaiser an den
Kaiser abgelehnt hatte. Es hätte hinzugefügt werden können,
daß das offizielle Offenbach auch zu den wenigen Städten
gehört, denen das Regierungsjubiläum kein genügender Anlaß
zu einer städtischen Feier bot.

In bezeichnendem Gegensatz zu diesen Unterlassungen steht
nun die freudige Anteilnahme der Bürgermeisterei an dem
Kreisumsturz der sozialdemokratischen Turnvereine,
das am Sonntag in Offenbach stattfand. Vom Stadthaus
grüßten Fahnen und Wimpel in reicher Zahl, die elektrische
Straßenbahn wies Fahnen- und Girlandenmisch auf, und aus
dem Längengriff der lehrer leuchteten Rosenetten in dem sym-
pathischen Rot der Internationale. Dem Offenbacher Bürger-
tum ist damit nach den Vorgängen beim Kaiserjubiläum aber-
mals eine unverblümte Provokation zuteil geworden.

Mit einem gelinden Fluch auf den „kapseren“ Bürger-
meister quittiert das Hinterblatt dessen unabhingigen Sinn.

Die „Norddeutsche“ bedauert. Die „Nordd. Allgem.
Ztg.“ schreibt:

Einigen Blättern ist es aufgefallen, daß wir in unserem
letzten Artikel über die innere Politik der sozialdemokra-
tischen Wahltag im Kreis Baich-Welzig nur statistisch be-
handelt und nicht ausdrücklich bedauert haben. Unser
Blatt bekämpft seit Jahrzehnten ununterbrochen und ohne
Schwankungen die Sozialdemokratie, wie wir auch nie auf-
hören, die Wahlunterstützung zu bekämpfen, die der Freiheit in
steigendem Maße der Sozialdemokratie zuteil werden läßt. Daß
wir das Ergebnis dieser Wahl ebenso bedauern und die
der Sozialdemokratie gewährte Hilfe ebenso mißbilligen,
wie die gesamte bürgerliche Presse, soweit sie sich nicht im
Schleppplan der Sozialdemokratie bewegt, ist so selbstverständlich,
daß diejenigen, die uns eine lässige oder gar zweideutige Duldung
vorwerfen, ein ganz unbilliges Geschäft betreiben.

Derselb kann sich beruhigen, die „Norddeutsche bedauert“ den
Durchfall seiner Leute genau so herzlich wie er.

Ausland.

Politische Perspektiven in Rußland.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:

Die letzten abgeschlossene Session der vierten Duma, die
fast ununterbrochen seit dem Winter gedauert hatte, gestattete bei
aller ihrer inneren Ergebnislosigkeit einen lehrreichen Einblick
auf die gesamte politische Lage in Rußland. Selten wohl hat
die parlamentarische Vertretung eines großen Volkes sich in einem
so traurigen Widerspruch befinden zu dem Leben des Landes wie
die auf Grund eines aufgeschwungenen ständischen Wahlrechts ge-
wählte russische Duma. Ringsum im 160 Millionen-Reiche, eine
unabsehbare Reihe unaussprechlicher Fragen und Probleme, die
die Entscheidung harren, überall in allen Schichten der Bevöl-
kerung eine gärende Unzufriedenheit, die bei der politisch am
meisten vorgeschrittenen Klasse, dem Proletariat, bereits den
Charakter einer stürmischen Massenbewegung angenommen hat.
Und zu derselben Zeit im zaristischen Palast, dem Sitz des
Parlaments, ein Marasmus, eine inner Fäulnis, die nicht mehr
gut überboten werden kann. In diesem Kontrast spiegelt sich
der ganze Charakter der im verflochtenen Herbst gewählten vier-
ten Duma wider. Ihre Vorgängerin, die nach dem Staatsstreich
von Jahre 1907 einberufene dritte Duma, erwies sich namentlich
in den ersten Jahren unter den Antriebskräften Stolypins
als ein Werkzeug der angrenzenden Reaktionen, die mit
allen Ueberresten der revolutionären Epoche auftraten, und die
von der Revolution gebotene Volksvertretung in eine Stütze
der infamsten Reaktion veränderte. Für die vierte Duma blieb
auf diesem Gebiet fast nichts mehr zu tun übrig. Auf allen
Gebieten des inneren Lebens ist nicht nur die Stagnation, die
Korruption der vorrevolutionären Epoche wieder eingetreten, es
hat sich unter der Einwirkung der von oben begünstigten Na-
tionalitätenbewegung und des alles umfassenden Spitzelsystems eine Zu-
spitzung aller inneren Widersprüche, eine Akkumulation des ge-
samten öffentlichen Lebens ergeben, die alles früher in den
Schatten stellt. Die äußere Form bleibt hierbei gewahrt: das
russische Reich hat ein „Parlament“, in dem die Minister ihre
Erklärungen abgeben, das russische Reich hat eine „homogene“
Regierung, in deren Namen der Ministerpräsident und Finanz-
minister Kolozow mit der europäischen Börse unterhandelt.
Recht beansprucht die europäische Bourgeoisie, die Gläubigerin
Rußlands, nicht mehr kann die von Kolozow geführte ge-
meinsame Richtung der Bureaucratie dem Lande auch nicht geben,
wenn sie nicht den ungeheuren Ansturm der ungeklärten inneren
Probleme und Widersprüche antasten will. Ruhe um jeden Preis!
Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes! — das ist die Lo-
sung der herrschenden Bureaucratie, die ihrer Unfähigkeit bewußt,
grundlegende Reformen zu geben, in der künstlichen Konser-
vierung des bestehenden Zustandes, in der Fäulnis des inneren Le-
bens ihr Heil erblickt.

Dieser Charakter der russischen Regierungspolitik, der sich
schon vor dem gemäßigten Tode Stolypins bemerkbar machte,
trat besonders stark in der letzten abgeschlossenen Session der
vierten Duma zutage. Die Regierung strebte nur das eine an:
daß die Duma das Militärbudget annahm, neue
Kredite für Rüstungen zu Wasser und zu
Land gewährte, und der auswärtigen Politik einen sicheren
Rückhalt bot. Alles andere war der Regierung im höchsten
Grade gleichgültig. Sie ignorierte die Interpellationen, sie lehnte
mit verächtlicher Handbewegung die eingebrachten Gesetzesentwürfe
der Parteien ab, und sie hielt sie endlich für überflüssig, ihre
eigenen Gesetzesentwürfe einzubringen. Abgesehen vom Etat hat
die Duma kein einziges bemerkenswertes Ge-
schäft angenommen, und selbst die am Schluß der Ses-
sion angenommene Vorlage über die Selbstverwaltung in Polen
bedeutet einen gewaltigen Rückschritt gegenüber der Vorlage der
vierten Duma. Die Regierung ging schließlich noch weiter. In-
folge eines Konflikts zwischen dem Führer der Rechten Marlow
und dem Ministerpräsidenten Kolozow wurde die Rechten der
Ministerrat in den letzten Wochen förmlich die Duma, die unter
dem Druck der Verachtung von oben und unten schließlich allen
inneren Halt verlor und mit Ungebulen den Moment erwartete,
wo sie aus Petersburg verschwinden konnte.

Dieses Bild der Zerklüftung und Auflösung ist um so in-
teressanter, als sich hinter ihm eine bedeutungsvolle Veränderung
im sozialen und politischen Leben Rußlands vorbereitet. Mit
erwachten schon, daß die russische Arbeiterklasse im letzten Jahre
wieder als einflussreicher Faktor auf der Bühne der Geschichte
erscheint. Diese Tatsache zieht nachwirkend immer weitere Kreise um sich.
Nicht nur die arbeitenden Klassen in den Städten wissen zu
neuem Kampf, auch das Dorf erwacht, in dem die zerstörende
Wirkung der ständischen Agrarverfassung sich immer stär-
ker bemerkbar macht. Nicht zu unterschätzen ist auch die Tat-
sache, daß breite Kreise des Bürgertums, von ihrer früheren
Rolle bei der Revolution abgesehen, dem herrschenden ständischen
Bureaucratie durch einen immer häufiger werdenden Wider-
stand entgegenstehen. Als Repräsentanten der mit Recht ein-

stehenden kapitalistischen Entwicklung Rußlands sind breite
Kreise der Bourgeoisie an der freien Entwicklung der Prodi-
ktivkräfte, an der Beseitigung der feudalen Vorrechte und der
Ueberreste der Zensur, an der kulturellen Erhebung der Bevöl-
kerung interessiert. Um für eine demokratische Reform zu kämp-
fen, sind sie zu feig; sie fürchten auch ein zu starkes Vorwärt-
sgehen ihres Klassengegners, des Proletariats, das, von der kapitalis-
tischen Entwicklung emporgewoben, der aufstrebenden Bourgeoisie
auf den Fersen sitzt. Daher die Schwankende, unentschiedene
Haltung des russischen Liberalismus, der heute die innere Poli-
tik der Regierung verdammt, um sich morgen vor den Wagen
des kriegsreichen Panfaszismus zu spannen; der heute dem Mi-
nistertum des Innern und der Justiz die Kredite verweigert,
und morgen in hurraparlantischer Begeisterung hunderte von Mil-
lionen für Rüstungszwecke bewilligt. Und doch ist es eine nicht
negulierende Tatsache, daß nicht nur das Kleinbürgertum,
sondern auch die zahlungsfähige Bourgeoisie zu der Regierung in
Opposition gerät. Der Stillstand der inne-
ren Entwicklung, die untragbaren Fesseln des herrschenden An-
stanzregiments machen sich auch immer stärker der russischen
Bourgeoisie bemerkbar. In dieser Situation ist es von recht
symptomatischer Bedeutung, daß der gemäßigte liberale Rechts-
anwärt Marlow in der Duma ausrief: „Lieber der he-
ftigste Konflikt, als der Stumpf, in dem die Duma stehen ge-
blieben ist; lieber ein Konflikt, als der heimliche Antagonismus
zu der Regierung, der die Vollvertreter diskreditiert und die
Regierung demokratisiert. Die Mehrheit der Duma darf vor
einem Konflikt nicht zurückschrecken.“

Es mag dahingestellt bleiben, ob dieser von den Libera-
len herbeigesehnte Konflikt das russische Bürgertum auf seinem
Posten finden würde. Die bisherigen Erfahrungen herozögigen
eher zu der Annahme, daß es sich vor einem offenen Kampf
hüten und nur die Kräfte des Kampfes der arbeitenden Klassen
akzeptieren wird. Auf jeden Fall sind die Chancen eines sol-
chen Kampfes für die Arbeiterklasse zurzeit günstiger als bisher.
Nach einer Periode langjähriger Stagnation, in der die zer-
sprennten Reihen der kämpfenden sich langsam wieder sammelten,
tritt die Arbeiterklasse Rußlands mit fester Kraft, mit
politisch geschulten Blick wieder als treibender Faktor der so-
zialpolitischen Entwicklung in den Vordergrund. Ein sichtbares
Zeichen dieses verstärkten Einflusses war die Rolle, die die so-
zialdemokratische Fraktion während der jetzt abgeschlossenen
Session in der Duma spielte. Ungeachtet ihrer geringen Zahl
traten die 14 sozialdemokratischen Abgeordneten in der vierten
Duma mit größtem Nachdruck und größter Energie auf, denn
hinter ihnen erhob sich, sich organisatorisch immer fester zusam-
menschlüssend, die begehrte Armee der russischen Proletariat,
bereit, ihr Leben einzusetzen für die Befreiung Rußlands aus
dem Joche der Sklaverei.

Die Kabinettfrage in Holland. Der mit der Kabinett-
bildung betraute freisinnig-demokratische Führer Dr. Vos hat
unserem Genossen Troelstra ein Minister-Vorstellung angeboten,
mit der Mittelung, er beabsichtige ein Kabinett zur Verfassungs-
revision zu bilden auf der Grundlage unserer Stichwahl-
bedingungen zur Wahlrechtsfrage, und er werde in diesem
Kabinett drei von den neun Minister-Vorstellungen für die So-
zialdemokraten reservieren. Der sozialdemokratische Parteivorstand
hat deshalb auf den 26. und 27. Juli einen außerordentlichen
Partei-Kongress einberufen, um über die Frage der Teilnahme
der sozialdemokratischen Partei an einer derartigen Kabinett-
bildung einen Beschluß herbeizuführen. Das Generalsekretariat der
Partei spricht sich gegen den Eintritt sozialdemokratischer Minister
in ein gemischtes Kabinett aus und teilt mit, daß nur ein Mit-
glied seiner Redaktion eine abweichende Meinung hat.

Tunnelverbindung zwischen Frankreich und England.
Schon seit langem beschäftigen sich technische und politische Kreise
in Frankreich sowie in England mit dem Plan einer Unter-
tunnelung des Ärmelkanals. Neuerdings hat sich der fran-
zösische Ministerpräsident Barthou zu dieser Frage geäußert. Der
„New-York-Veralt“ berichtet, Barthou habe geäußert, daß die
Lösung dieser Frage, so wie sie heute liegt, nicht mehr lange
aufgeschoben werden könne. Von den Einwänden, die man in
England erhoben hat, verkennt er nicht die einen; die
noch vorhandenen scheinen einem gewissen Gefühl zu entspringen,
können aber angeht die mannigfachen Vorteile der besseren
und häufigeren Verbindung mit dem Festlande nicht ins Bewußt-
sein. Was die Franzosen anlangt, so habe der Plan einer
rascheren und praktischeren Verbindung mit England nur An-
hänger gefunden, selbst zu einer Zeit, als Frankreichs Be-
ziehungen zu England noch nicht jenen herzlichen Charakter an-
nahmen, für den die jüngste Reise des Präsidenten der Re-
publik einen so breiten Beweis erbracht haben. Frankreich
könnte deshalb selbstverständlich den Plan eines Ärmelkanal-
tunnels nur mit Sympathie ins Auge fassen, da dessen Ver-
wirklichung den Verkehr zwischen den beiden Nationen und dem-
zufolge auch deren Reichtum vermehren, aber auch moralische
Vorteile mit sich bringen würde. Jedes Werk, durch das es den
Nationen leichter gemacht werde, sich einander zu nähern und
sich kennen zu lernen, sei ein Werk des Friedens und der Zivi-
lisation!

Aus Oberschlesien.

Aus den Berichten der Bergbehörden.

Für das Bergrevier Südb. Beuthen berichtet Herr
Bergrat S. J. J. Zum Revier gehören sieben im Privat-
besitz befindliche Gruben auf denen 16 228 Personen beschäftigt
wurden, darunter 10 337 unter Tage. Auch dieser Bericht zeigt,
daß an diesen Arbeitern, besonders Schleglern, ein großer
Mangel war, und daß deshalb Ausländer herangezogen werden
mussten. Die geradezu erbärmlich niedrigen Löhne der Schlegler
haben nicht nur deren Abreise zur Folge, sondern auch die
in vielen Streiks. So streikten auch in diesem Revier 1630
Mann mehrere Tage ohne etwas zu erreichen.

Beim Berggewerkegericht hatten 58 Arbeiter in
Lohnangelegenheiten, auch sollen viele Arbeiter, die in Rechts-
angelegenheiten vorgefragt, bestrebt haben abzugehen sein.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in ist um 32 zu-
gegangen, selbst aber immer noch auf die kolossale Höhe
Summe von 1110. Zwei der Arbeiterinnen waren
unter 16 Jahre alt. Die Zahl der jugendlichen
Arbeiter unter 16 Jahre ist wieder enorm gestiegen, von
933 auf 1100 Köpfe, davon waren 782 unter Tage beschäftigt.

Die Zahl der Unfälle ist leider um 97 gestiegen und
sind 1968 Unfälle gemeldet. 47 Unfälle gegen 36 im Vorjahre
endeten mit dem sofortigen Tod. Unter den Verunglückten be-
fanden sich 58 Arbeiterinnen, eine mit sofortigen Tod;
ferner verunglückten 63 jugendliche Arbeiterinnen
3 tödlich. Diese schrecklichen Ziffern zeigen, daß es in diesem
Bergrevier, worin sich auch die „kapitalistischen“ Schaffergesellen
Berge befinden sehr schwer bestellt ist; hat doch allein die Zahl
der Todesfälle um 13 zugenommen.

Wieder der sehr wichtige und dürftige Bericht über alle s
Tage im Revier. So aber am schnellsten über die 30 Tage.
Eine Beschäftigung nach Angaben seit dem 1. Juli. Der täg-
liche Durchschnittslohn soll von 8,51 Mark auf 8,70 Mark und
der Jahreslohn von 1006 auf 1083 Mark pro Arbeiter gestiegen
sein. Als auch diese Privatgruben zahlten pro Schicht und Ar-
beiter 48 Pfennig mehr als die städtischen „Musterbetriebe“ in
Zasorze, Matyszan, Bielechowitz und Krucze. Aber der Lohn
war im Revier 12 Pfennig pro Schicht und Arbeiter geringer
als im Revier Nord-Ober-Schlesien, wo der Durchschnittslohn 8,82
Mark pro Schicht betragen soll. Das bedeutet für die 16 228
Köpfe pro Schicht eine um 127,20 Mark geringere Be-
zahlung pro Schicht und Jahr mal 300 Arbeitstage gleich 38 106
Mark weniger Lohn als in Nord-Ober-Schlesien.

Gegenüber dieser Tatsache ist es doch ein wahrer Lohn,
wenn der Bericht bemerkt, daß aus den Unterhaltungsstellen an
Beihilfen aller Art 59 181,27 Mark gezahlt worden sind. Bleibt
man diesen Betrag von der Summe des jährlichen Mindestlohns
gegen Nord-Ober-Schlesien ab, dann ergibt sich, daß die Gruben-
besitzer immer noch mehr als 1/2 Million Mark „pro
Arbeiter“ haben. Aber eine solche Rechnung ist völlig überflüssig,
denn in diesem Revier herrscht ein Straßensystem, und Wohn-
haltungen sind an der Tagesordnung, daß die „Unterhaltungen“
von mehr als 59 000 Mark leicht auf diese Art und Weise auf-
gebracht sind. Leider sagt der Bericht hierzu auch nicht ein
Wort.

So dürftig dieser Bericht ist, kann der Berichtsteller es
sich doch nicht verkneifen, die Unternehmer zum Schluß wegen
ihrer Kartellerei, Seufzer, Sped usw. zu lobhudein. Aber alles
reitet die Sache nicht mehr, denn auch das Wenige zeigt, daß es
den Bergarbeitern im Revier Südb-Beuthen schlecht, sogar sehr
schlecht geht.

Beuthen, 17. Juli. Grubenunfälle. Infolge Kohlen-
falls ist auf der Preußengrube der Güter Meißner verunglückt
und schwer verletzt worden. Auf dem Grafen Johannschacht
verunglückte der Güter Wasek aus Sobrel, der im Knapp-
schafslazarett Rudhammer Aufnahme fand.

Die Leiche einer Fehlgeburt wurde in einem
Keller des dem Dr. G. gehörigen Hauses in der Gymnasial-
straße gefunden, die in ein Exemplar der „Merzte-Corres-
pondenz“ eingewickelt war.

Beuthen, 17. Juli. Erhängt aufgefunden wurde
gestern früh in der Schuchhütte der Fürstlich v. Donnersmarck-
schen Sandgrube in Sgorzelle der Maurer Karl Stoloffa.
Schon vor zwei Jahren versuchte er sich das Leben zu nehmen,
indem er sich die Pulsader durchschnitt. Die Verletzung war je-
doch nicht lebensgefährlich.

Rattowitz, 17. Juli. Ein frecher Raubüberfall
wurde an der Ecke Polze- und Kernerstraße verübt. Einem
jungen Mädchen, das sich nach dem Bahnhof begeben wollte, trat
ein junger Mann entgegen, stieß es vor die Brust und raubte
ihm das Handtäschchen, in dem sich 80 Mk. befanden. Der Mann
ist etwa 1,70 groß, breitschultrig, hat braunen Schnurrbart und
einen dunkelkarrierten Anzug.

Stelmitz, 17. Juli. Alltägliches aus Ober-
schlesien. Eine Schlägerei entstand in der Nacht vom Mon-
tag zum Dienstag in der Jagdstraße. Drei anscheinend
Betrunkene gingen auf einen Mann los und bearbeiteten
ihn mit Faustschlägen derart, daß er besinnungslos
liegen blieb. Die Anwesenden ergriffen alsbald die Flucht und
verschwand in der Dunkelheit. Ein später hinzukommender
Schuhmann sorgte für die Heimführung des Ueberfallenen.

Königsbrunn, 17. Juli. Kasserer Duda. Der bei
der Generaldirektion der Vereinigten Königs- und Laurahütte
beschäftigt gewesene Kasserer Duda war vor einiger Zeit, an-
geklagt zu Verwandten nach Breslau, auf Urlaub gegangen.
Bei seiner Abwesenheit stellte es sich heraus, daß in der Kasse
ein Fehlbetrag von etwa 80 000 Mark vorhanden war. Vor-
kurzem wurde Duda in einem Wirtshaus Hotel mit einem Schuß
durch den Mund tot aufgefunden, nachdem er den gegen ihn
erlassenen Steckbrief gelesen hatte. In seinem Besitz befanden
sich noch 93 Pf. Duda war unverheiratet und führte einen
sehr lockeren Lebenswandel. Sein Einkommen belief sich auf
7000—8000 Mark.

Babrze, 17. Juli. Fromm erzog und nicht
dazugelernt. Im Herbst 1912 erschien bei dem Bauern K.
aus Gieratowich eine Zigeunerin, die sich erbot, seine kranken
Kühe gesund zu machen und den angeklagten vererbten Viehbestand
vor Krankheiten zu bewahren. Hierüber hocherfreut, bot ihr K.
Wohnung und Verpflegung an. Nachdem die „Dere“ mehrere
Wochen die Gastfreundschaft genossen hatte, schwindelte sie dem
K. angeblich zum Ankauf von Medikamenten 50 Mk. ab, mit
denen sie verschwand.

Ueberfallen und beraubt. Am 12. Juli, nach-
mittags wurde ein Arbeiter auf der Gerichtsstraße von vier
Mannspersonen überfallen und eines Betrages von 6 Mk., einer
Tabakpfeife und eines Taschentuches beraubt. Zwei von den
Tätern sind nachträglich ermittelt und festgenommen worden,
während die beiden anderen noch unbekannt sind. Die Täter
hatten vorher mit dem Geschädigten in einem Auschank gezecht
und ihn dann ins Freie gelockt.

Opfer der Arbeit. Auf der königlichen Grube
(Ostsch) verunglückte die Güter Franz Kaiser und Franz
Egech aus Jabrze-Nord, auf Hermann- und Georgschacht der
Vogelshofer Josef Kompinski aus Jabrze-W. und der
Füller Roman Komoli aus Woremba. Die Verunglückten
fanden Aufnahme im Knappschafslazarett Jabrze.

Briefkasten.

Gegenhalt. Verurteilung gegen ein Schöffengerichtsurteil ist
binnen einer Woche zulässig. Ein Kostenvorschuss braucht nicht
hinterlegt zu werden. Die erneute Verhandlung erfolgt vor der
Strafkammer.

F. T. 23. Mots Item ist im Jahre 1828 gefangen ge-
nommen worden.

H. O. Wenn Sie durch unvermeidliches Unglück verhindert
waren, ihre Dienste zu verrichten, so bleibt der Anspruch auf
die vertraglich festgesetzten Leistungen des Arbeitgebers für die Dauer
von 6 Wochen in Kraft. Jedoch müssen Sie sich den Betrag
anzurechnen lassen, den Sie aus einer Krankenkasse usw. erhalten,
§ 133 a, Ziffer 4 der G.-O.

75. Wenn die Beschaffenheit der angeführten Gegen-
stände nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, so sind die-
selben durch neue zu ersetzen.

M. S. B. Das Mädchen muß 6 Wochen vor Ablauf des
Quartals fähig sein. Wenn die Fehlschick damit einverstanden
ist, daß sie gehen kann, wenn sie ein anderes Mädchen besorgt,
so ist die Sache auch dadurch erledigt.

S. H. H. Aus Ihrer Karte geht nicht hervor, was für
eine Mitglieber-Versammlung Sonntag, den 20. d. M., stattfindet.
Auch gehören derartige Bekanntmachungen in den Interaktent.

T. S. H. Der Reichstag hat sich in seiner letzten Session
neben der Erörterung fast nur mit den neuen Gesetzesvorlagen
und den dazu gehörigen Gesetzesentwürfen beschäftigt und deshalb
für sozialpolitische Aufgaben „keine Zeit“ gelassen. Da mit diesem
Verfahren alle bürgerlichen Parteien einverstanden waren,
konnte die Sozialdemokratie allein dagegen nichts machen und
konnte auch die vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe
nicht durchsetzen. Das im übrigen über die sozialdemokratischen
Abgeordneten im Reichstag wie in den Stadtverordnetenver-
sammlungen jede Gelegenheit benutzt haben, um dieser berech-
tigten Forderung der Handelsangehörigen Unterstützung zu ver-
schaffen, ist bekannt. Es geht kaum mehr wie im Breslauer
Stadtparlament 10 Sozialdemokraten sind dafür, 90 Zentrum-
leute, Konservertive und Liberale sind dagegen.

V. S. 100. Danzau. An die Waggonfabrik in Danzig.

Aus der Geschäftswelt.

Die Arbeiter mit Kindern soll nicht nur für diese,
sondern auch für die Mutter eine Erziehung sein. Trotzdem müssen
die Kinder natürlich zu ihrem Recht kommen, besonders die
Kleinsten bedürfen der gleichen mütterlichen Wartung und Pflege
und verdienen sorgfältigen Ernährung wie das Kind. Eine leicht
und bequem zu bereittende Nahrung wie „Mutter“ Milchsuppe
wird dabei bevorzugt, besonders da es bekannt ist, daß sich
„Mutter“ durch lange Haltbarkeit, hohen Nährwert und leichte
Verdaulichkeit auszeichnet und daß die Kinder bei „Mutter“
Kraft und Fröhlichkeit und gesund erhalten werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. Juli.

Werden und Vergehen.

Der Frühling kommt, es kommen Sommer, Herbst und Winter und wieder holt der Frühling seinen Einzug. Ein stetes Kommen und Gehen, ein ununterbrochenes Auf und Nieder. Doch bleibt es nicht bei diesem Einerlei des Wechsels. Nie ist der eine Frühling gleich dem anderen. Eine große, treibende Kraft steht hinter jedem Wechsel. Wenn auch äußerlich in gleicher Weise die Zeiten aufeinander folgen, so steht doch in allem zugleich die Entwicklung. Aufwärts entwickelt sich alle Welt in der Folge der Zeiten.

Viele wissen das nicht. Sie sehen auch im Menschheitsleben nur eine Kette von Wachsen, Blühen und Untergang. Sie halten jedem Volke den Untergang für naturnotwendig und erkennen nicht, daß in all dem Werden und Vergehen ein aufwärtsstrebendes Prinzip lebt. Einzelne Völker mögen verschwinden, die Kultur der Welt geht nicht zu Grunde, sondern entwickelt sich zu immer höheren Höhen hinauf.

Seit Volk zu einem Träger dieser Kultur zu machen, jeder Einzelne beachtet sein. So dient er im friedlichen Weltkampfe der Weiterentwicklung des Ganzen, der weiteren Entwicklung der Weltkultur. Das ist die hohe, hehre Aufgabe, die die Natur dem einzelnen wie dem Volke gesetzt hat. Wer dieser Entwicklung des Menschheitsganges nicht dient, handelt wider die Natur und schadet nicht nur der Entwicklung der Menschheitsgemeinschaft, sondern auch dem einzelnen Volke. Denn der Untergang ist dem Volke beschieden, das nicht seiner selbst wegen, sondern einzelner Machthaber wegen dahinsiebt. Wenn auch hurra-schreiende Patrioten es wollen, wir wollen unser Volk nicht untergehen lassen. Wir wollen es aus den Händen der Mächtigen befreien und es im seiner selbst willen leben lassen. Dann geht es nicht zu Grunde, wie es so manchem Volke mit ähnlich einseitiger sozialer Ordnung bereits widerfahren ist, dann entwickelt es sich hinauf zu immer vollendetem Art, dann nimmt es in immer reichem Maße teil an der Entwicklung der Weltkultur, dann erfüllt es in vollem Umfange die Aufgabe, die ihm die Natur gesetzt hat. Und weil wir diese natürliche, stilles Aufgabe mit aller Kraft zu erfüllen bereit sind, darum sind wir die Freunde des Vaterlandes, wie sie tiefer empfindender undenkbar sind.

Die Gar'ebauausstellung in Breslau.

Eine äußerst anerkennende Besprechung erfährt die mit der Jahrhundertausstellung verbundene Gartenbauausstellung in Breslau von einem Fachmann in der „Frankfurter Zeitung“. Er schreibt:

Die Gartenbauausstellung — man muß sie gesehen haben und die Leistungen sachkundlich beurteilen können — ist wohl die größte und in künstlerischer Beziehung die schönste Gartenbauausstellung der letzten Jahre. Im Ansehung und unter Einbeziehung großer Teile des alten, mit herrlichem Baumbestand bewachsenen Scheiniger Parks war es möglich, für die Gartenbauausstellung einen unübertrefflichen Rahmen für die Gesamtwirkung des hiererlei Gebotenen zu schaffen. Als Mittelpunkt aus dem Ganzen erhebt sich in majestätischer architektonischer Gliederung der mächtige Bau der Jahrhunderthalle mit der angegliederten künstlerischen Ausstellung.

Bei der Gartenbauausstellung haben wir zweierlei zu unterscheiden, eine dauernde Ausstellung und verschiedene kurzzeitige Sonderausstellungen. Die Dauerausstellung gliedert sich in den historischen Gärten an die kunsthistorische Ausstellung an, sie umfaßt das weitere den japanischen Gärten, den Rosenarten, den Staudengärten, die künstlerisch wunderbar stimmungsvolle Abteilung für Friedhofskunst, den botanischen Schulgarten, Obstgärten, Schrebergärten, Schülergärten und Sondergärten. Dem letzteren Gebiete ist ein besonders großes Gelände überlassen worden, ist es doch ein Teil der Gartenkunst, dem in neuerer Zeit das größte Interesse von Fachleuten, Gartenfreunden, Vereinen und Behörden gewidmet wird. Auf den früheren Gartenbauausstellungen in Darmstadt, Mannheim, Nürnberg usw. hat man mancherlei, zum Teil auch Gutes, zu sehen bekommen, wie erinnern nur an die Schöpfungen von Oberbrich, Gohber, Behrens, Länger usw. — all diese Gärten zeichnen sich durch eine starke Betonung der Architektur in Verbindung mit bildnerischem Schmuck aus, wohl war eine Wirkung vorhanden, aber sie rang auch ins Theatralische und wir hatten meistens das Gefühl, daß ein halbwegs geschickter Regisseur uns das Ganze auch nicht schlechter allabendlich auf die Bühne zu führen könnte. Es fehlte die Hauptsache im Garten, jene unerschöpfbare, auch nicht durch raffinierteste Raumausstellung und blendende Bildhauerkunst erschaubare, aus Baum und Strauch, aus Knospe, Blüte, Frucht, aus allem Pflanzenleben sprechende Seele der Natur fehlte und das ließ erkennen, daß der Künstler wohl Maß und Raum, auch den toten Stein, aber nicht das zum Garten unbedingt in der Hauptsache gehörige lebende Material zu meistern verstand. Was jetzt in Breslau in regelmäßiger Anordnung von Sondergärten geschaffen ist, das sind wirklich Gärten in Verbindung mit Architektur, mit Pflanzen, Blütenfülle und Farbenpracht, alle Schöpfung von Holzwerk, zweiflos neuartigen und sonstigen Vorliegendheitsarchitekturformen gemischt. Die kurzzeitigen Ausstellungen in den Gärten sind verschiedener Art, Blumenhäuser, Rosenausstellungen usw., denen sich im Herbst Obst- und Chrysanthemenausstellungen anschließen.

Es wäre nur wünschenswert, daß die Ausstellungsleitung dem großen Teil der minderbemittelten Bürger diese Ausstellung auch am Tage billiger als zu 1 Mk. zugänglich machte, denn die Abende werden jetzt immer kürzer. So gut man die Dauerticketpreise herabgesetzt hat, müßte es auch mit den Tageskarten geschehen.

* Zur Durchführung der vom 8. bis 15. Juni stattgehabten Jubiläumswochen wurde dem Schlesischen Aero-Club eine Lotterie genehmigt, deren Ziehung am 15. und 16. Juli in Breslau im Friedrichsberg stattfand. Den Generalvertrieb der Lose hatte die Firma Müller u. Co., Berlin, übernommen und waren bei Beginn der Ziehung sämtliche Lose ausverkauft.

Der erste Hauptgewinn im Werte von 20.000 Mk. fiel auf die Nummer 18.614.

Der zweite von 10.000 Mk. fiel auf Nr. 116.191. Drei Hauptgewinne à 1000 Mk. fielen auf die Nummern 114.563, 122.418, 25.182 und vier Hauptgewinne à 500 Mk. auf die Nummern 51.573, 192.481, 109.189 und 61.292.

Der nächste Frauenabend

des Sozialdemokratischen Vereins Breslau wird am Montag, den 21. Juli, abends 8 Uhr abgehalten. Die Versammlungsorte und die Referenten sind heute im Inseratenteil der „Volkswacht“ bekannt gegeben. Nur Mitglieder haben Zutritt. Unsere Genossinnen müssen schon jetzt für einen guten Besuch ihres Frauenabends sorgen.

Wir bleiben neutral, wir bleiben neutral!

Das Rätsel ist gelöst, wen bei dem Hauptmann-Festspiel-Skandal die Schuld trifft und wer in dem Streit der Meinungen recht hatte. Gustav Frenssen, der Dichter und Dichter, hat es der „Schles. Ztg.“ geschrieben. Sein „wirklicher Standpunkt“ ist folgender:

1. Hauptmann hat recht, das Festspiel so zu schreiben, wie er getan hat. Seine Weltanschauung, sein Patriotismus, die Idee des Stückes, und die Form, ist sein Privatrecht, und ist vornehm und unanfechtbar. Natürlich widersteht in jeder dieser Beziehungen Manches meiner ganz anders gearteten Natur.
2. Die katholischen Kreise hatten recht, das Stück zu bekämpfen; denn es ist ihrer Religion, wie ihrer Stellung durchaus feindselig.
3. Welche protestantische Kreise hatten recht, das Stück zu bekämpfen; denn es fehlt ihm, was manchem klugen und ehrenwerten Mann der Fern des Deutschtums ist: das „Eine feste Burg ist unser Gott“, und „der Torgauer Markt“.
4. Der Kronprinz hatte recht, auf die beiden Kreise Rücksicht zu nehmen; denn sie sind ein ansehnlicher Teil des deutschen Volkes. Vielleicht, ja wahrscheinlich — ich kenne ihn nicht — neigt er persönlich zu denen unter drei. Dann hätte er ein dreifaches Recht, das Stück abzulehnen.
5. Der Magistrat hatte recht, ja die Pflicht, die Stadt vor Schädigungen zu bewahren, also das Stück abzulehnen. Könnten die einzelnen Mitglieder das mit ihrem Gewissen nicht vereinigen, so hätten sie ihr Amt niederlegen müssen. Daß sie es nicht taten, verstehe ich; denn es handelt sich nicht um eine schwere Gewissenssache, sondern nur um eine Opportunität.
6. Denn diejenigen hatten unrecht, die mit Hitze und großen Worten von einer Anhebung des Geldes reden. Davon könnte man reden, wenn dem Festspiel der Weg zum Volk überhaupt verperrt wäre, was ganz und garnicht der Fall ist. Es liegt nichts weiter vor, als daß ein Auftraggeber sich nicht sorgfältig genug überlegt hat, ob sein Kredit groß genug war, für sich und seinen Kontabenten einen Kontrakt durchzuführen. Es ist eine lokale Sache, und dabei ganz gleichgültig, ob es sich um eine Lieferung guter Waren oder eines Festspiels handelt.

Blankenese, 15. Juli 1912. Gustav Frenssen.

Siebentens: Gustav Frenssen hat recht, daß er allen rechtgibt, wenigstens verbirbt er es mit keinem! Hauptmann, die Katholiken, die Protestanten, der Kronprinz (dieser dreimal natürlich), der Magistrat — alle hatten recht, nur die bösen Kritiker nicht, die ein Festspiel für etwas anderes als eine falsche Wein hielten. Der gute Frenssen — wir bleiben neutral, wir bleiben neutral!

Die Jahrhundert-Ausstellung.

Sonntagssport auf der Jahrhundert-Ausstellung.

Auf dem Sportplatz der Ausstellung (Sportpark Grünliche) finden am Sonntag, den 20. Juli, zwei Fußball-Vollspiele statt. Nachmittags um 3 1/2 Uhr werden die ersten Mannschaften von „Germania“ und „Allemannia“, um 6 Uhr die ersten Mannschaften von „Preußen“ und dem Verein für Bewegungsspiele gegeneinander antreten. Für jedes Spiel werden besondere Eintrittspreise erhoben. Der Vorverkauf findet in den durch Plakate kenntlich gemachten Stellen und in der Verkaufshalle der Ausstellung statt.

Die Hermannschlacht im Naturtheater.

Die von der Breslauer Studentenschaft für Freitag im Naturtheater geplante Aufführung der Hermannschlacht mußte infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten um einige Tage verschoben werden. Die gelösten Billets behalten für die in nächster Woche stattfindende Aufführung der Hermannschlacht ihre Gültigkeit.

Im Naturtheater wird Freitag „Des Löwen Erwachen“ und „Das Fest der Handwerker“ gegeben.

Von der Riesengebirgsbaude.

Die Klagen der Angestellten in der Jahrhundert-Ausstellung mehren sich. In der Sitzung des Gewerbegerichts vom 15. d. M. lagte eine solche Kellnerin Fräulein Wolf gegen Herrn Krüger auf Zahlung einer Entschädigung für Lohn, Kost und Trinkgelder im Betrage von 295 Mark. Sie ist entlassen worden, weil sie vertragsmäßig zweimal ohne Erlaubnis vom Dienst fortgeblieben ist. Die Kellnerin war für die Dauer der Ausstellung angenommen worden, jetzt wurde sie ohne Grund entlassen. Der Vorgesetzte beantragte die Abweisung der Klage auf Grund der Dienstordnung. Es sei allen in der Riesengebirgsbaude bei Strafe der Entlassung verboten, während der Arbeit auszugehen, daran habe sich die Klägerin aber nicht gehalten, sie sei trotz der Verwarnung des Geschäftsführers, zweimal auf eine Stunde weggegangen und habe sich im Jubiläumspalast aufgehalten. Eine Kellnerin, die als Jequin vernommen wurde, sagte aus, sie habe gesehen, wie Fräulein Wolf fortgegangen, und nach etwa 1 1/2 Stunden, sein frisiert wieder gekommen ist.

Die Klägerin erwiderte, sie sei nur in der Toilette gewesen, energisch bestritt sie, im Jubiläumspalast gewesen zu sein, die Verhandlung fand teilweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, es scheint, als ob noch andere Sachen zur Sprache gekommen sind. Unter den Damen wurde nur getuschelt. In Harmonie mögen die 33 in der Baude angestellten Schützlerinnen gerade nicht leben.

Das Gewerbegericht wie es die Klägerin mit ihrem Anspruch ab, sie sei selbst schuld, erwiesen sei, daß sie sich an den Vertrag nicht gehalten hat. Aber schon der Umstand, daß sie sich nach der Entlassung um eine andere Stellung nicht bemüht hat, berechtigte sie nicht, Forderungen zu stellen. Schon dieser Grund rechtfertigte die Abweisung. Fräulein Wolf will Berufung einlegen, sie hält die kurze Entfernung von der Arbeit nicht als einen stichhaltigen Entlassungsgrund.

Rechts ausweichen — links überholen!

Trotz der wiederholten Ermahnungen und durch zahlreiche Unglücksfälle gebotenen Mahnungen werden immer noch viele Fahrer zur Anzeige gebracht, in denen Verkehr von Führerwerten auf öffentlichen Wegen den für ganz Kreuzeinblendung geschaffenen Verkehrsregeln, rechts ausweichen und links überholen, keine Beachtung schenken. Viele Führer von Kutschen weichen bei der Begegnung mit anderen Führern ebenfalls nicht immer nach rechts, sondern stets nach der linken Straßenseite aus. Wenn sie von anderen Führern

insbesondere von Kraftwagen, überholt werden sollen, beachten sie die vom Führer des überholenden Wagens gegebenen Zeichen häufig nicht und machen außerdem nicht immer links, sondern je nach dem Zustande der Straße auf der einen oder auf der anderen Seite zum Vorbeifahren Platz. Sehr oft wird ferner gegen die Vorschriften verstoßen, die verbieten, daß die Lenker von Führerwerten während der Fahrt schlafen oder die Gaspedale unbeaufsichtigt auf der Straße stehen lassen. Endlich werden die Wagen während der Dunkelheit häufig nicht vorschriftsmäßig erleuchtet. Ein großer Teil der Unfälle im öffentlichen Verkehr ist lediglich auf eine solche nicht ausreichende Befolgung der polizeilichen Vorschriften zurückzuführen. Dies gilt namentlich mit Bezug auf den stetig zunehmenden Verkehr mit Kraftwagen, der sich nur dann allg. vollziehen kann, wenn die bestehenden Vorschriften von allen auf den öffentlichen Wegen verkehrenden Führerwerten genau befolgt werden.

Die Gaspflicht der Lehrer

wird von diesen oft als Grund angeführt, warum sie sich ungern oder gar nicht an der Leitung und Beaufsichtigung von Jugendspielen oder Schülerpaziergängen beteiligen. Von der Stadt Fürth i. B. ist (April 1913) beschloffen worden, die Haftung in vollem Umfange auf die Stadt zu übernehmen, wenn nicht die Lehrer die bei der Aufsicht oder Leitung erforderliche Sorgfalt in grundsätzlicher oder fahrlässiger Weise außer acht gelassen haben. Es war von den Lehrern beantragt worden, die Versicherungsprämien je zur Hälfte von der Stadt und den Lehrern tragen zu lassen. Jedoch die Erfahrungen seit Bestehen des Bürgerlichen Gesetzbuches, welches die Gaspflicht der Lehrer brachte, ließen es für die Stadt vorteilhafter erscheinen, die Haftung selbst zu übernehmen.

Verbotene Ueberarbeit.

Nach den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung dürfen Arbeiterinnen in Fabrik- und Gewerbebetrieben am Sonnabend und an den Vorabenden der Festtage nicht nach fünf Uhr nachmittags beschäftigt werden. Nach den Erfahrungen der hiesigen Gewerbeinspektion wird gerade gegen diese Bestimmung in Breslau von den Inhabern gewerblicher Betriebe am meisten geklagt. Namentlich bei den Schneidereien ergibt sich fast immer, daß die jugendlichen weiblichen Arbeitskräfte bis nach fünf Uhr beschäftigt werden. Es ist schon wiederholt vorgekommen, daß die Mädchen verhaftet gehalten wurden, wenn der Revisionsbeamte erschien. Die geringen Geldstrafen, die bisher für derartige Verletzungen festgesetzt wurden, verfehlten eben wegen ihrer Geringfügigkeit so gut wie ganz ihren Zweck. Wie in einer Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht am 11. d. M. noch zur Sprache kam, hat die Gewerbeinspektion an die Staatsanwaltschaft das Ersuchen gerichtet, für eine schärfere Anwendung der in Frage kommenden Strafbestimmungen Sorge zu tragen.

Diese Verhandlung richtete sich gegen die Schneiderin Emilie Stephan, die in ihrer Werkstatt eine Anzahl Schneidermädchen beschäftigt. Die Angeklagte ist schon wiederholt bestraft worden, weil sie Sonnabends die Mädchen nicht pünktlich um fünf Uhr mittags entlassen hat. In letzter Zeit ist das wiederum einige Male vorgekommen. Die Höhe der letzten gegen sie erkannten Geldstrafe betrug fünf Mark. Der Staatsanwalt forderte diesmal die Verurteilung der Angeklagten zu fünfzig Mark Geldstrafe, damit sie endlich einmal die zum Schutze der weiblichen Arbeiter erlassenen Vorschriften beachten lerne. Der Geschworene habe als höchste Strafe 2000 Mark oder sechs Monats Gefängnis für hartnäckiges Uebertreten dieser Bestimmungen zu verurteilen. Daraus gehe hervor, wie sehr es der Tendenz des Gesetzes zuwiderlaufen würde, die Angeklagte diesmal wieder mit einer kaum fühlbaren Geldstrafe davonkommen zu lassen. Diese Erwägungen machte sich auch der Gerichtshof zu eigen und erkannte auf dreißig Mark Geldstrafe.

Es erscheint uns wichtig, auf noch einen Punkt der Sache einzugehen. Die Angeklagte versuchte sich u. a. damit zu entschuldigen, daß sie von einem bei ihr beschäftigt gewesenen Mädchen sagte, es sei bei der Arbeit sehr langweilig gewesen und da könne man es ihr, der Angeklagten, doch nicht so hoch anrechnen, wenn sie diese angeblich langsame Arbeiterin Sonnabends über 5 Uhr hinaus beschäftigt habe. Solchen Einwürfen begegnen die Gerichte öfter. Sie sind aber völlig haltlos. Das Gesetz bestimmt, die Arbeit der Mädchen muß Sonnabends um fünf Uhr zu Ende sein und an dieser Bestimmung darf niemand etwas ändern. Selbst in den Fällen, wo die Mädchen freiwillig länger arbeiten wollen, bleibt der Arbeitgeber strafbar, wenn er solche freiwillige Ueberarbeit in seiner Werkstatt duldet.

Der gekränkte Schutzmann.

Das Ausspielen vor einem Menschen gilt nach höchstgerichtlicher Auffassung als „ehrenverletzende Kundgebung“, also als Verleumdung im Sinne des § 185 des Reichsstrafgesetzbuchs. Rein Mensch wird aber behaupten wollen, daß im vorerwähnten Ausspielen ein so großer Rechtsbruch liegt, daß es nötig wäre, dafür die Gefängnisstrafe einzutreten zu lassen. Und nach eine von zwei Monaten, die dieser Tage gegen einen hiesigen Droßknechtlicher vor dem Schöffengericht beantragt wurde. Der Angeklagte soll vor einem Schutzmann auf dem Schützenplatz-Ausstellungssplatz ausgespielt haben, nachdem dieser ihm zuvor eine Weisung erteilt hatte. Was den Herrn Vertreter der Anklage veranlaßt haben mag, eine so außerordentlich hohe Sühne auf das Haupt des Aufsehers zu fordern, konnte sich offenbar der Gerichtshof selbst nicht erklären, denn dieser hielt eine Geldstrafe von 42 Mark als ausreichende Sühne.

Die Schmuckfächer der Schauspielers.

Vor den Schranken des Jugendgerichts stand das fabelhaftige Verleumdungsgebäude Elfriede G. unter der Anklage, ihrer Dienstherrin, der Schauspielerin Helene M., Schmuckfächer im Werte von über 150 Mark entwendet zu haben. Außerdem sollte sie einer anderen Frau eine weiße Bluse gestohlen haben. Weinsand erklärte das junge Mädchen, die Schmuckfächer und die Bluse zwar an sich genommen zu haben; jedoch habe sie dieselben wieder zurückbringen wollen, da sie die Sachen nur gelegentlich benutzen wollte. Im übrigen habe sie der Dienstherrin erklärt, daß sie die „Schmuckfächer“ überall für — 8 Mk. zu kaufen bekäme. Die als Jequin vernommene Schauspielerin gab zu, daß die angeblich echten Schmuckfächer einen besondern Wert an sich hätten, da es nur Belagenerbeltsgefächerte seien. Im übrigen bestätigte sie, daß das Mädchen augenscheinlich die Gegenstände ausgetauscht hätte, als sie erwisch wurde. Unter diesen Umständen konnte sich der Gerichtshof von der Schuld der Angeklagten nicht überzeugen und sprach sie frei.

* Eine Deutsch-Versammlung der Breslauer Dichters wird am Freitag, den 18. Juli 1912, nachmittags 4 Uhr im großen Saale des Friedrichsbergs, Kaiser Wilhelmstraße abgehalten. Herr Rebellat G. M. wird die Leitung übernehmen. Die Verhandlungen der Breslauer Dichters während der Jahresversammlung.

Hundfleisch als Volksernährungsmittel.

Die Tatsache, daß die inländische Viehzucht nicht mehr imstande ist, die Bevölkerung ausreichend mit dem zur Ernährung notwendigen Fleisch zu versorgen, hat schon seit geraumer Zeit eine fühlbare Einschränkung des Fleischkonsums und eine Bevorratung des weniger gut befähigten und jüdrallischen Schweinefleisches vor den besseren Fleischsorten zur Folge gehabt. Die anhaltende Teuerung zwingt einen erheblichen Teil der Bevölkerung auf den Genuß von Fleisch ganz zu verzichten oder sich mit Fleischsorten zu begnügen, die eigentlich für die Ernährung des Menschen in Deutschland nicht in Betracht kommen sollten. Einen traurigen Einblick in diese Verhältnisse gewährt die amtliche Fleischbeschau statistik. Hiernach betrug die Zahl der beschauungsunfähigen Hundeschlachtungen in Deutschland während der Jahre 1907 bis 1912:

Jahr	Deutschland insgesamt	Preußen	Bayern	Königreich Sachsen
1907	6 478	1 782	425	8 785
1908	6 861	1 686	591	5 776
1909	6 990	1 981	421	4 082
1910	6 922	2 251	384	8 629
1911	6 518	1 917	459	8 540
1912	8 192	2 680	414	4 288

Bemerkenswert ist das rasche Anwachsen der Hundeschlachtungen im Teuerungsjahre 1912. Mehr als die Hälfte aller Schlachtungen entfällt auf das Königreich Sachsen. Es ist also zweifellos das Industrieproletariat, das als Konsument von Hundfleisch in Betracht kommt. Wieviel Elend und Not muß in den Familien herrschen, wo man den wohl bei jedem Europäer vorhandenen Ekel gegen Hundestraten überwindet, um überhaupt ein Stück Fleisch zu genießen. Es ist zu berücksichtigen, daß aus naheliegenden Gründen nur der geringste Teil aller verpeisten Hunde der Fleischbeschau unterworfen wird. Der feiste Moppel der Frau Kommerzienrätin, der im hungrigen Proletariatsmagen sein Orbenaseln beschleckt, wandert doch in der Regel direkt von der Straße in den Bratofen. Hunger tut weh, so weh, daß der Neßpeit vor dem Strafgesetz und der Ekel vor Hundfleisch zurückgedrängt werden müssen. Anscheinend wird das Jahr 1913 wieder neue Rekordziffern für den Hundfleischkonsum bringen. Im ersten Quartal d. Js. wurden bereits 2 517 Hunde (davon 1 358 im Januar!) der Fleischbeschau unterworfen gegen 2 441 im ersten Vierteljahr 1912.

Die schlesische Branntweinerzeugung.

Ungeheuerlich sind die Branntweinemengen, die jahraus jahrein in Deutschland erzeugt werden. Mehr als 66 000 Brennereien lieferten im Steuerjahre 1911/12 an 3 1/2 Millionen Hektoliter. Das waren 10 000 Hektoliter weniger als im Vorjahre, obgleich die Zahl der Brennereien sich um 3200 vermehrt hatte. Die überwiegende Menge dieses Alkohols, 2 1/2 Millionen Hektoliter, wird aus Kartoffeln, und zwar meist in den landwirtschaftlichen Brennereien gebraut, und drei Viertel Millionen Hektoliter aus Getreide, der Rest aus Obst, Melasse, Traubenwein, Weintrebern usw. In Schlesien waren zwar nur 877 Brennereien im Betrieb, darunter allein 742 landwirtschaftliche, aber es waren große Betriebe, die mit den vielen kleinen westdeutschen Hausbrennereien nicht zu vergleichen sind. 602 von ihnen stellten den Branntwein aus Kartoffeln her. Während die landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien um 40 zurückgegangen waren, vermehrten sich die Getreidebrennereien von 109 auf 140. Ausnahmslos Getreide verarbeiteten die 135 gewerblichen Brennereien. Nur 9 verwendeten Traubenwein, dessen saure Jahrgänge auf diese Weise genießbar gemacht werden. Es ist erfreulich, daß die Alkoholfabrikation der Provinz gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen ist, und zwar von 542 000 auf 474 000 Hektoliter. Der Rückgang entfiel vor allem auf den Kartoffelbrenntwein; er betrug hier nicht weniger als 45 000 Hektoliter. Dafür suchten die agrarischen Brenner allerdings aus dem Getreide Ersatz zu

schaffen. Diese Branntweinerzeugung war in früheren Jahren bei uns ohne größere Bedeutung; es waren 1911 nur 3600 Hektoliter, dagegen im vorigen Jahre bereits über 22 000 Hektoliter.

Von der gesamten Erzeugung des Staates kommt mehr als ein Sechstel allein auf Schlesien. Nur Brandenburg, Pommern und Posen — das ist charakteristisch — haben eine etwas größere Produktion. Die Alkoholerzeugung der Westprovinzen verschwindet fast vollständig. Ihre Produktion an Kartoffel Schnaps ist überhaupt kaum nennenswert. Sie beträgt z. B. in Schleswig-Holstein noch nicht 600 Hektoliter, in der Rheinprovinz 900 Hektoliter, in Westfalen, dem klassischen Lande des Kornbranntweins, werden überhaupt keine Kartoffeln gebrannt. Es ist eine groteske Ironie, daß das Reich von Ostein aus mit Kartoffel Schnaps versorgt wird, und ein ungeheurer Widerspruch, daß auf der einen Seite der Alkohol als Gift erklärt, auf der anderen seine Erzeugung auf jede Weise gerade im Interesse der Brenner von Kartoffelsusel gefördert wird.

Uniformproleten.

Es wird gern und viel vom neuen Mittelstande gesprochen. Zum Teil wird darunter das gewaltig anwachsende Heer der Industriearbeiter, der Inhaber mittlerer Staatsstellen, die immer mehr anwachsende Masse der Werkführer und ähnlicher Produktionsfunktionäre verstanden. Das Kennzeichen für die Mehrheit dieses neuen Mittelstandes ist sehr oft rüchthilfslose Behandlung, schlechtere Bezahlung und längere Arbeitszeit als der Arbeiter „genießt“. Die neue Mittelstandsbewegung ist deswegen heute mehr oder weniger eine rein gewerkschaftliche Betätigung. Bei den Privatbeamten, im besonderen bei den technischen-industriell tätigen, ist das besonders deutlich zu bemerken, bei den Kantbeamten macht sich jetzt der Anfang solcher Bewegung gleichfalls immer mehr bemerkbar. Viel charakteristischer ist aber für die beginnende Massenbewegung und das sich durchsetzende Massengefühl dieses neuen Mittelstandes, daß sich die uniformierten Beamten bemerkbar machen. Ueber die Arbeits- und Existenzbedingungen der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbeamten ist sehr wenig bekannt. Als selbstverständlich muß bei einer Tätigkeit, die in ihren Funktionsbedingungen durch preussische und deutsche Minister festgelegt wird, angenommen werden, daß sie nicht den gewerkschaftlichen beruflichen Forderungen der Arbeiter entspricht. Wie es im einzelnen bei den uniformierten neuen Mittelständlern aussieht, zeigt jetzt eine Skizze recht deutlich, die der Vorstand des Eisenbahnervereinsverbandes dem Reichstage hat zugehen lassen.

Selbstverständlich ist, daß im Eisenbahnbetriebe eine riesenhafte Intenivierung der Arbeit dauernd vor sich geht. Die eben zitierte Denkschrift teilt mit, daß z. B. auf einer Station, wo noch vor sieben Jahren am Tage 25 und bei Nacht 16 Züge verkehrten, der Verkehr bis jetzt derartig gestiegen ist, daß während des Tagesdienstes 60 Züge und in der Nacht 55 Züge aus- und einfahren. Das ist eine Verkehrserweiterung von 210 Prozent. Die Arbeitszeit nun bei diesem Arbeitstempo, wie sieht die aus? Man rechne doch einmal mit: Siebenmal Nachtdienst je 12 Stunden sind 84 Stunden, dann Ruhezeit. Es ist Sonntag früh 6 Uhr. Acht Stunden Schlaf — dann ist es 2 Uhr mittags. Acht Stunden Erholung, bis 10 Uhr abends, dann Nachruhe bis 6 Uhr früh Montags. Nun kommen 6 Tage von je 12 Stunden Tagdienst gleich 72 Stunden, dann ist es Sonntagabend 6 Uhr abends. Vierundzwanzig Stunden Ruhezeit, dann ist Sonntagabend 6 Uhr und jetzt beginnt der Tag von vorn. 7 mal 12 Stunden Nachtdienst usw. In einer Dienstperiode von vierzehn Tagen hat also dieser Beamte 84 und 72 gleich 156 Stunden Dienst und einen Ruhetag von 8 Stunden, das übrige entfällt auf Schlaf- und Ruhezeit. Das ist durchschnittlich 156:14 gleich 11,1 Stunden Dienst und 0,6 Stunden Erholungszeit täglich.

Und wie ist die Bezahlung bei dieser mehr als effizienten täglichen Arbeitszeit? Die Eisenbahnmittler haben ein Anfangsgehalt von 1650 Mark, das ist ein Wochenlohn von noch nicht 35 Mark. Wohl gemerkt, bei effizienter täglicher Arbeitszeit und bei einer Kommandomacht der Vorgesehenen, wie sie sonst nur noch beim Militär üblich ist!

Noch unglücklicher aber wird die ganze Situation, wenn man hört, daß nach der amtlichen Statistik der preussisch-bessischen Eisenbahnverwaltungen für das Jahr 1911 im Durchschnitt fast jeder zweite Beamte einen ganzen Monat (nur Arbeitstage gerechnet) krank gewesen ist. Weiter stellt die amtliche Statistik fest, daß von je hundert Eisenbahnbeamten mehr als 50 im Lebensalter von 35 bis 55 Jahren sterben.

Man kann die Dinge brechen oder wenden, wie man will, hier muß ein dunkles Gebiet der modernen Entwicklung beleuchtet. Dabei muß beachtet werden, daß die eben besprochenen Zustände von einer Organisation stammen, deren vornehmstes Bestreben es ist, nicht hinter den Postulanten zu rangieren. Wir haben es also durchaus nicht mit einer jener herrichten Reantengewerkschaften zu tun, die es etwa wagen würden, an ständige Existenzbedingungen zu erkämpfen.

* **Einziehung eines Schuttablades.** Der Postpräsident macht bekannt, daß das bisher als öffentlicher Schuttabladeplatz zur Verfügung gestellte Kreuzische Plegelplatzgrundstück in Rosenthal an der Trebnitzer Chaussee auf diesem Zwecke nicht mehr benutzt werden darf.

* **Strafensperre.** Wegen Ausschüttung wird die Frau Straßwiesenstraße 14 und Kirchhofstraße 14 bis zum 16. September für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

* **Vermißt** wird seit dem 8. d. Mts. der 16 Jahre alte Fleischerehrling Herbert Ngt., Gabelstraße 74 wohnhaft gewesen. Der junge Mann ist etwa 1,40 Meter groß, unterlegt, hat dunkelblondes Haar, braune Augen und war mit schwarzem Jackettanzug, schwarzen Strümpfen, schwarzen Schuhtschuhen und dunkler Schürmütze bekleidet.

* **Zwei Anlagenarbeiter festgenommen.** Am 14. d. Mts. früh gegen 2 Uhr, beobachtete der am Museumplatz wohnhafte Schutzmann, wie zwei Männer Blumen aus den Anlagen abriffen. Sie rüchten allerdings bei Anschlagwerden des Schutzmanns aus, es gelang diesem jedoch, sie einzuholen und festzusetzen, daß es sich um zwei Schneidergesellen handelte, die zur Anzeige gebracht worden sind.

* **Festgenommen** wurde ein Haushälter von der Klosterstraße, der nachgewiesenermaßen aus dem Küchenmagazin auf der Klosterstraße, wo er beschäftigt war, seit Weihnachten die verschiedenartigen Gegenstände entwendet hatte. In seiner Wohnung wurde eine Menge veralteter Sachen vorgefunden.

* **Ueberrfahren.** Am 16. d. Mts. gegen 6 Uhr nachmittags wurde auf der Herrenstraße der 4jährige Knabe Arthur Jabusch von einem einspännigen Rollwagen der Firma K. Kretschmer überfahren und an beiden Beinen verletzt. Das Kind wurde in die elterliche Wohnung geschafft. Die Schuld trifft den Kutscher, der übermäßig schnell gefahren und den Knaben, der an der Bordsteinfante stand, nicht beachtet hat.

Theater, Vergnügungen und Konzerte.

(Mitteilungen aus den Direktionsbüros.)

* **Im Union-Theater,** Graupenstraße 6, am Karlsruh, wird von Mittwoch, den 16. bis Freitag, den 18. d. Mts., das große Filmdrama „Das Kind von Paris“ gezeigt. Dieser Film hat eine Spielauer von 1 1/2 Stunden und ist 1500 Meter lang, bestehend in vier Akten. Es ist ein Meisterwerk der Kinematographie und von so erschütternder Wirkung und Tragik, wie es bisher noch in keinem Drama gezeigt worden ist. In der Hauptrolle spielt das siebenjährige Kind „Suzanne Privat“. Orte der Handlung: Paris, Marokko, Marseille und Algja.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

* **Krankheitsbericht.** In der Woche vom 6. bis 13. Juli 1913 erkrankten an Ruhr (übertragbar) in Herrnpolisch (Niesehaus) 13 Personen, in Bettlern 1 Person; an Scharlach: in Wolfschwitz 1 Person; an Körnerkrankheit: in Sacherwitz 1 Person.

* **Grüneiche.** Diebstahl. In der Nacht vom 14. zum 15. Juli drangen Diebe in den Stall des Herrn J. Wandel in Grüneiche und entwendeten 11 Kaninchen und zwei Paar Tauben. Dem Anschein nach sind es dieselben Diebe, die vor kurzem in Schwottsch gestohlen haben und in Wischowswalde einen Einbruch verübten.

* **Neumarkt.** Unser Jahlabend, welcher immer am zweiten Sonnabend eines jeden Monats stattfindet, erfreute sich eines guten Besuchs. Genosse Erowitz hielt einen sehr lehrreichen Vortrag: „Kampfmittel des Proletariats“. Er zeigte, wie notwendig es ist, nicht bloß gewerkschaftlich und politisch organisiert zu sein, sondern auch die Arbeiterpresse zu lesen. Dann gab der Disziplinärführer den Bericht von der am 27. Juni abgehaltenen Vorstandssitzung. Genosse Paul Kleinert stellte den Antrag, daß das Defizit, welches in unserem Distrikt durch die Wasserentfaltung ist, die Kreisstafte decken möchte, da wir über keine Mittel verfügen. Genosse Emil Wagner wurde zum Schriftführer, Genosse Richard Nawroth zum Berichterstatter und Genosse Erich Bogrzeba zum Kassierer für Stephansdorf gewählt. Unter Vorbehaltenem erinnerte der Disziplinärführer alle Disziplinärfunktionäre und Landbotenvertreiter an die am 31. August stattfindende Volkskongregation im Distrikt und sämtliche neugewählten Delegierten an die General-Verammlung, die am 27. Juli nachmittags 2 1/2 Uhr im kleinen Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses abgehalten wird.

Chroniken aus den Freiheitskriegen.

Die königliche Ausweisung Schleiermachers — auch ein Jubiläum.

(17. Juli.)

Am 14. Juli 1813 veröffentlichte der Berliner Professor, Freigeist und Patriot (des radikalen Fichte gewählter Gegner) in dem von ihm redigierten „Preussischen Korrespondenten“ einen harmlosen Artikel zum Fingerrückensonges, in dem er, sehr sachlich, den Gedanken äußerte, daß nur durch die Fortsetzung des Krieges, nicht durch die Willkür sich durchsetzender diplomatischer Verhandlungen, der Grund zu einer künftigen Form Deutschlands gelegt werden konnte.

Darauf erließ Friedrich Wilhelm III., aus Charlottenburg, am 17. Juli 1813 folgende Kabinettsordre an Hardenberg:

Aus der Anlage werden Sie ersehen, wie der Professor Schleiermacher geschäftsmäßig einen höchst anstößigen Artikel über die politische Lage des Staates in dem „Preussischen Korrespondenten“ vom 14. d. Mts. hat einbringen lassen. Der Censor wird dafür zur Verantwortung gezogen werden, daß er diesem Aufsätze das Hauptmännchen nicht hat. Dieses befragt aber die Schuld des u. Schleiermacher nicht, der schon bei mehreren Gelegenheiten eine Tendenz gezeigt hat, die sich durchaus nicht erhalten kann. Ich habe Ihnen auf, denselben in meinem Namen seine Dienstentlassung anzukündigen und ihm anzuordnen, binnen 48 Stunden Berlin zu verlassen und sich über Schwedisch-Pommern ins Ausland zu begeben, wobei Sie auch verantwortlich dafür, daß dieser Befehl pünktlich zur Ausführung gebracht werde.

Friedrich Wilhelm.

Hardenberg gelang es, die wackere Majestät ein wenig zu fesseln. Schleiermacher wurde nur vor den Kaiserlichen Censoren mit größter Abgenugung, von dem Kaiserlichen Ministerialrat, die Kabinettsordre über die politische Lage des Staates in dem „Preussischen Korrespondenten“ vom 14. d. Mts. hat einbringen lassen. Der Censor wird dafür zur Verantwortung gezogen werden, daß er diesem Aufsätze das Hauptmännchen nicht hat. Dieses befragt aber die Schuld des u. Schleiermacher nicht, der schon bei mehreren Gelegenheiten eine Tendenz gezeigt hat, die sich durchaus nicht erhalten kann. Ich habe Ihnen auf, denselben in meinem Namen seine Dienstentlassung anzukündigen und ihm anzuordnen, binnen 48 Stunden Berlin zu verlassen und sich über Schwedisch-Pommern ins Ausland zu begeben, wobei Sie auch verantwortlich dafür, daß dieser Befehl pünktlich zur Ausführung gebracht werde.

bei Hardenberg, und der schreibt an Schleiermacher: „Sie scheinen ganz zu vergessen, daß Sie dem Staatsrat le Cogue Achtung schuldig sind, und daß es Ihnen in keiner Hinsicht gebührt, sich seinen Verfügungen zu widersetzen. Se. Königl. Majestät erwarten von den gebildeten Massen der Nation, daß sie das Beispiel einer stilligen Fügung in die gesetzlichen Vorschriften geben.“

Dieser Erlaß ist vom 22. Oktober 1813 — drei Tage nach der Schlacht bei Leipzig datiert.

Aus aller Welt.

Der größte Straßenbahnhof der Welt. Groß-Berlin wird in diesen Tagen um eine neue „Reformercheinung“ reicher. Die Große Berliner Straße, die sich nach Osten erstreckt, wird nach einem Entschluß des „Vorwärts“ dieser Tage in Berlin-Niederschlesien einen neuen Bahnhof den 21. den die Gesellschaft im Betrieb hat. Er wird alle seine Vorgänger an Größe übertreffen. Die Halle ist 200 Meter lang und über 100 Meter breit; sie wird 500 Wagen gleichzeitig aufnehmen können, die auf 2 nebeneinander liegenden Gleisen aufgestellt werden. Dieser Bauwerksbau macht den Straßenbahnhof zum größten seiner Art. Woher in Europa, noch in Amerika ist ein ähnliches Bauwerk anzutreffen. Man würde jedoch fehlgehen, wenn man sich Meilen rühmen würde, in seinem Aussehen nichteren oder besser beschaffen wolle. Wichtig ist auf Gefälligkeit und weites Aussehen besonderer Wert gelegt worden. Schon der weite Komplex, auf dem alle Rangierbewegungen vorgenommen werden, erhält durch den reichen geschäftlichen Schmutz jählichen den Gleisen ein freundliches Aussehen, und die langgestreckte Halle mit ihren vielen Eingängen gibt diesem Bilde einen gewissen Hintergrund.

Die Halle selbst überwältigt beim Eintritt durch ihre fast unübersehbaren Dimensionen und übertrifft durch die Höhe, die aus den Oberlichtern herabstrahlt. Im Vordergrunde sind unter der Halle die Arbeitsgruben untergebracht, in denen sich die Schleifen der Wagen der Unterseite und die Wagen mit den Wagen bewegen. Diese Gruben sind so tief, daß darin ein Mann aufrecht stehen kann. Sie stehen untereinander in Reihen, wobei man von einer in die andere gelangen kann, ohne auf das Geklimmer hinaufsteigen zu müssen. Das ist die Sache der Halle wird von einer überaus leicht beweglichen und doch soliden Eisenkonstruktion getragen. Jetzt, wo noch keine Wagen in Gruppen stehen, ist der Ueberblick von einer Ende zum anderen möglich. Nach der Unterseite werden natürlich Wagen von Wagen, besonders die schweren, die auf den Gleisen stehen, von den schweren und schweren Wagen für das Personal untergebracht, die

bei dem reichlich zur Verfügung stehenden Platz gleichfalls geräumig und hell ausgefallen sind. Auf dem Vorraum sind dann noch in einem schmalen Bau die Bahnhofsbüros. Alle für Schaffner und Fahrer und eine geräumige und freundliche Kantinensuntergebracht. Nach voller Befragung des Bahnhofes, die sehr bald zu erwarten ist, wird auf ihm ein Personal von etwa 2000 Mann beheimatet sein. Um für diese Beamten reichlich Wohngelegenheit zu schaffen, beabsichtigt die Große Berliner Straßenbahn, eine Gartenstadt in Lichterberg zu erbauen.

* **Broken.** Goldene Einladungskarten hat der bekannte Moskauer Millionär Spiridnow an seine Bekannten zur Feier seiner goldenen Hochzeit ergehen lassen. 200 Einladungskarten aus reinem Golde, auf denen der Text der Einladung kunstvoll in Email erscheint. Jede Karte wiegt 20 Gramm; insgesamt wurden acht Pfund Gold verwendet. Die Einladungen zeigen im übrigen die übliche Kartenform, aber manche der Gäste werden trotzdem bedauern, daß der russische Millionär nicht täglich goldene Hochzeit feiert.

Und das geschieht in derselben Stadt, in der durch eine ungläubliche Unterernährung und Verelendung der unteren Volksklassen die Tuberkulose furchtbare Opfer fordert. Auch in der Kindersterblichkeit steht Moskau an erster Stelle. Jene armen Würmer und abgerackerten Arbeiterfamilien müssen elend verkommen, damit ihre Ausbeuter sich in den wahnwitzigsten Prozeduren gegenseitig den Rang ablaufen.

* **Ablicher Fliegerabzug.** Auf dem Schießplatz Jüterbog bei Berlin erprobte sich am Mittwoch vormittag ein holländischer Fliegerabzug. Leutnant Stoll war auf einer Zeppelin-Stabilisator auf einem Leuchtflug aufgestiegen. Bei der Landung ließ er mit seinem Apparat gegen einen Baum. Er wurde herabgeschleudert und trug tödliche Verletzungen davon. Leutnant Stoll ist durch den fernliegenden Fliegerabzug — Grunewald mit Leutnant von Krüger als Passagier bekannt geworden.

* **Opfer des Militärischen.** Aus dem Sennelager in Weßfalen wird gemeldet, daß dort infolge großer Hitze bei den Übungen, an welchen neben einer Reserve-Artillerie-Abteilung auch das 36. und 57. Infanterieregiment teilnahmen, plötzlich etwa 50 Mann erkrankt zusammenfielen. Während die meisten sich bald erholten, starben zwei Reservisten am Diphtherie. Einer von ihnen war verheiratet und hinterließ fünf kleine Kinder.

* **Wetterkur.** Im Rindner-Oberland ist ein gewaltiger Wetterkur einströmen. Bei gemäßigtem Wetter ein mit Gewitter verbundenem Schneegestöber ein. Das Wetter wird von den Alpen abgebläht, noch es an Schnee

Schlefen, Posen und Nachbargebiete.

Wahlkreis Jauer-Landeshut-Bollenhain.

Wahlkreis-Konferenz.

Sonntag, den 17. August, vormittags 10 1/2 Uhr findet in Bohrau bei Jauer im Lokale des Gastwirts Herrn Emil Trautmann in Döhndorf die diesjährige Wahlkreis-Konferenz statt.

Tagesordnung.

1. Bericht des Vorstandes.
2. Rassenbericht.
3. Anträge und Verschiedenes.

Als Vertreter müssen Delegierte gewählt werden und zwar bis zu 100 Mitglieder ein Delegierter, für jedes weitere Hundert ebenfalls ein Delegierter. Es ist wünschenswert, daß auch weibliche Delegierte entsandt werden. Anträge sollen schriftlich schriftlich und bis zum 21. Juli d. J. beim Kreisvorsitzenden in Landeshut angebracht werden. Wir bitten nunmehr die Genossen des ganzen Wahlkreises, ungehindert Stellung zur Wahlkreis-Konferenz zu nehmen, Anträge zu formulieren, überhaupt alles zu tun, um die Konferenz so zu gestalten, daß sie nicht nur ein getreues Bild des Parteilebens im verflochtenen Geschäftsjahre widerspiegelt, sondern uns auch neue Perspektiven zukunftsreicher agitatorischer Arbeit eröffnet.

Der Wahlkreis-Vorstand.
J. U.: Gust. Proll.

Wanzen, 12. Juli. Die Kulturträger der Agrarier. Eine schwere Blutart verübten in der Nacht zu Montag mehrere ausländische Arbeiter. Ein in Gauslau beschäftigter Landmann von ihnen hatte am Nachmittag mit einer Arbeiterin mehrere Mal geliebt und war mit dieser nach Hause gegangen. Als die heimkehrenden Arbeiter ihren Landmann schlafen ließ, schloß die Arbeiterin wahrnehmend, überfiel sie ihn und richtete ihn in geradezu bestialischer Weise zu. Mit Messern und Flaschen wurde auf ihn blutdürstlich eingeschlagen und geschlagen und ihm äußerst schwere Verletzungen beigebracht. Schließlich wurde der Heberfallene mit einem Revolver bedroht und zum Fenster hinausgeworfen, wobei ein in den Posen liegendes Portemonnaie mit 18 Mk. Inhalt verloren ging. Nur notdürftig bekleidet schleifte sich der Mißhandelte nach Gauslau. Die beiden Missethäter, die mit Revolvern versehen waren, entzogen sich durch Flucht noch in derselben Nacht ihrer Festnahme.

Brieg, 15. Juli. Unternehmerfürsorge für Unfallverletzte. Am vorigen Mittwoch ereignete sich wie bereits gemeldet bei dem Ober-Kanalar zwischen Koppen und Schönau ein bedauerlicher Unglücksfall, indem ein Kippwagen dem 19-jährigen Arbeiter Karl Simon über den rechten Unterschenkel fuhr, wobei ihm die Knochen vollständig zertrümmert wurden. Da bis in die hiesige Krankenanstalt eine Stunde Weg ist, mußte dem Schwerverletzten ein Holzverband angelegt werden. Da sich aber in diesem Betriebe kein einigermaßen geeignetes Band, brachte man ein in der Schmiedewerkstatt hängendes Bandtuch, ein Taschentuch und ein schwarz-und-weiß kariertes Brottuch herbei. Das ganze wurde mit einem Bindfaden umwickelt und so wurde der Schwerverletzte in des städtischen Krankenhauses überführt, wo ihn noch am selben Tage das Bein bis zum halben Unterschenkel amputiert wurde. Vorher sind in diesem Betriebe schon Fingeramputationen vorgekommen, wobei sich der Mangel an Verbandsmaterial bereits zeigte. Da es trotzdem nicht angeschafft worden ist wäre es doch angebracht, wenn solche Betriebe einer gründlichen behördlichen Kontrolle unterzogen würden, um solche Mißstände zu beseitigen.

Bemerkenswert ist, daß die „Brieger Zeitung“ die sonst die kleinste Kleinigkeit bringt, auch in dieser Sache, wo es sich um Arbeiter handelt, so ganz versagt. Für Arbeiter ist eben dieses Blatt total ungeeignet.

Brieg, 17. Juli. Der Fusel. Der Lenker eines Wagens, der am Dienstag abend hier durchfuhr, war derart betrunken, daß er vom Wagen stürzte und vom eigenen Führer überfahren worden wäre, wenn nicht ein Polizeibeamter eingegriffen hätte. Der Kutscher wurde in Schutzhaft genommen.

Oppers, 17. Juli. Ein Mägenhund wurde in einer Sandgrube in Schimischow gemacht. Es waren Silbermünzen aus dem 16. und 17. Jahrhundert, unter ihnen einige aus der Zeit der polnischen Könige, zwei aus der Zeit des kaiserlichen Matthias, ein vierundzwanzig-Groschenstück des Breslauer Senats und ein Geldstück des Herzog Georg von Siegnitz und Brieg.

Neustadt OZ., 16. Juli. Christliche Duldsamkeit. Im nahen Buchelsdorf trat am Sonntag ein frommes Brautpaar vor den Altar, um sich den Bund der Ehe einsegnen zu lassen. Gärten die Leute nur Heber auf diese überflüssige Zeremonie verzichtet, die für das spätere Gelingen gar keinen Wert hat, es wäre ihnen dann viel Verdruss erspart geblieben.

Ein fetter Prozeß. Schon seit längerer Zeit steht der rheinische Großindustrielle Thyssen mit seinem Sohne in bitterster Fehde. Der Sohn hat in Aussicht auf das zu erwartende väterliche Erbe Schulden in die Millionen hinein gemacht, die aber der alte Thyssen nur zum Teil decken will. Bei dieser Gelegenheit stellte er dem Sohne die Enterbung in Aussicht. Dieser aber will sich die 75 Millionen des väterlichen Vermögens nicht entgehen lassen und will sich das Erbe durch Gerichtsbeschluß sichern. Darob ist man in den Kreisen der Juristen in großer Aufregung, fallen doch den dabei Beteiligten ungeheure Summen in den Schoß. Wie dem „Berliner Tageblatt“ von juristischer Seite dazu geschrieben wird, stellen sich die Kosten, da der Streitgegenstand 75 Millionen Mark beträgt, gemäß §§ 9, 13, 52, 78 des Gesetzes vom 1. Juni 1909, wie folgt: Die Anwälte erhalten ein jeder für die erste Instanz, da keine Beweisaufnahme stattgefunden hat, rund 160.000 Mark, für die zweite und dritte Instanz jeder 208.000 Mark gemäß §§ 8, 49 des Gesetzes vom 20. Mai 1898. Die Gerichtskosten betragen aber in erster Instanz rund 900.000 Mark, in der zweiten und dritten Instanz rund 1.115.000 Mark, in der dritten Instanz 1.800.000 Mark. Erfolgt in der ersten oder zweiten Instanz (in der dritten ist dies so gut wie ausgeschlossen) Beweisaufnahme, so erhöhen sich die Anwaltskosten erster Instanz auf je 240.000 Mark, zweiter Instanz auf je 312.000 Mark, und die Gerichtskosten steigen für die erste Instanz auf rund 1.350.000 Mark, in der zweiten Instanz auf rund 1.680.000 Mark. Im großen und ganzen betragen die Gerichtskosten in den beiden ersten Instanzen das Fünffache, in der dritten Instanz etwa das Zehnfache der Anwaltskosten. Alles in allem kostet also ein solcher Prozeß den unterliegenden Teil zweimal 570.000 Mark, gleich 1.140.000 Mark ohne Beweisaufnahme, und bei Beweisaufnahme 2.1.800.000 Mark. An Gerichtskosten ohne Beweisaufnahme 2.965.000 Mark, mit Beweisaufnahme in erster und zweiter Instanz 4.830.000 Mark. Herr Thyssen bezug sein Sohn werden den Prozeß wohl bis zur letzten Instanz treiben, wenn sie es nicht vorgehen, nur einen Teilbetrag auszulösen.

Neuer Verdacht gegen den Frauenmörder Dopf. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main sind auf dem Frankfurter Friedhof die Leiche des 1895 gestorbenen Vaters eines Kindes aus zweiter Ehe und der 1908 gestorbenen zweiten Frau des Häftlings, Drogisten und Artisten Dopf exhumiert worden. Da Verdacht besteht, daß Dopf auch diese verurteilt hat. Sollte sich dieser Verdacht bestätigen, so würde Dopf dem bekanntlich bereits vier Mordtaten zur Last gelegt sein, sieben Mordtaten auf dem Gewissen haben.

Ein Selbstmord in Gauslau. Am Mittwoch mittags gegen 5 Uhr, enthielt in der Kabinenkabine des Dampfers „Lützow“ ein Passagier, der sich in der Kabinenkabine befand, einen Selbstmord. Der Passagier hatte sich in der Kabinenkabine erhängt. Die Leiche wurde in der Kabinenkabine gefunden und in die Kabinenkabine gebracht.

Der amtierende Wazzer befahl, daß der Braut der Frau, mit dem sie sich geschmückt hatte, vom Kopfe genommen werde. Das Mädchen soll nämlich schon einen „Fehltritt“ begangen haben. Zwar wird wohl gewiß kein Wazzer dabei gewesen sein, vielleicht hat das Mädchen aber vorübergehend den Fall als „Sünde“ geachtet, wie es oft genug vorkommt. Jedenfalls interessieren sich die Geistlichen für derartige Dinge gar sehr und können sie den armen „Besessenen“ nie vergessen. Leider haben die Wazzerleute diese beleidigende Handlung über sich ergehen lassen, ohne die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Hoffentlich aber dient der Fall anderen zur Warnung und veranlaßt sie, auf den Verlesterjagen lieber zu verzichten, als sich öffentlich herabwürdigung zu lassen.

Wohlsau, 15. Juli. Aus der Partei. In der letzten Monatsversammlung erstattete der Kassierer den Rassenbericht vom 1. Quartal. Die Einnahme betrug 50,52 Mark, die Ausgabe 29,54 Mark, so daß ein Rassenbestand von 20,98 Mark verbleibt. So man fand die Wahl eines Mitgliedes zum Bezirks-Parteitag statt; wobei Genosse Karl Schette durch Stimmentzettel mit großer Mehrheit gewählt wurde. Zum diesjährigen deutschen Parteitag wurde einstimmig beschlossen nur einen Delegierten zu entsenden.

Sonntag, den 18. Juli, fand in Gauslau bei Wohlsau eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der Parteisekretärin Frau Frieda Wulff aus Wreslau als Rednerin erschienen war. Ihr schwungvoller Vortrag über die „Freiheiten und Leiden der Arbeiterfrauen“ wurde mit großem Beifall aufgenommen. Mit einer Aufforderung an die Frauen, die zahlreich erschienen waren, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Jauer, 17. Juli. Schon wieder zwei Deserteure. Fahnenflüchtig geworden ist der Musiker Reinhold Löwe von der 2. Kompanie des 161. Infanterie-Regiments in Jauer. Als er den Truppenteil verließ, war er bekleidet mit Gewehr und Sack, Luchthof, Schirmmütze, Gamaschen und Seitengewehr Nr. 85. Er ist von Beruf Webermeister. Weller wird vom Bericht der 9. Division wegen Fahnenflucht gesucht: Erich Ernst Eduard Heyland von der 4. Kompanie des 7. Grenadier-Regiments in Wagnitz, geb. am 30. Mai 1892 zu Berlin. D. hat sich schon Zivilkleidung verschafft.

Rosenthal a. d. O., 17. Juli. Urnenfund. Bei Untersuchungsarbeiten, die auf dem hiesigen Marktplatze ausgeführt wurden, wurden dieser Tage einige Urnen bloßgelegt. Nach Sachverständigen-Urteil lassen die Funde darauf schließen, daß hier schon vor 3000 Jahren Ansiedlungen bestanden haben.

Siegenhals, 17. Juli. Die Frau gehört ins Haus. Ein hiesiger Tischlergeselle stülte sich mit seinen Steuern zu hoch eingeschätzt. Er reklamirte deshalb und führte zur Begründung an, er habe eine alte, teilweise trante Mutter zur Hilfe, für deren Unterhalt er zu sorgen habe, damit sie nicht der Stadtgemeinde zur Last falle. Der Antragsteller wurde aber abgewiesen und war mit folgender Begründung: Gerade deswegen, daß er seine alte Mutter bei sich habe, kann er die Steuern bezahlen, denn die alte Mutter könne den Haushalt besorgen und die Kinder warten, während die Frau ungehindert einer Beschäftigung nachgehen könne. Also die Frau soll mit verdienen helfen, damit Staat und Kommune ihre Steuer kriegen. Ja, man weiß sich bei uns zu helfen.

Wagnitz, 17. Juli. Bootsunfall. Der Schiffer Ernst Kleinert aus Köben geriet am 14. Juli mit einem Dampfboote zusammen, so daß sein Kahn ein Loch bekam und sofort sank. Die Befahrung konnte sich nur mit Mühe das Leben retten.

Posen, 17. Juli. Leichenlandung. Am Dienstag abend gegen 6 1/2 Uhr, wurde die Leiche des neun Jahre alten Schülers Adolf Kainerowski, welcher am 7. d. Mis. in der Nähe der Gasanstalt in die Warthe gefallen und ertrunken war, etwa 300 Meter unterhalb der Großen Schleufe nach dem linken Wartheufer gelandet. Man brachte den Toten nach dem Stadtkrankenhaus.

Posen, 17. Juli. Verhafteter Falchmünger. Unter dem Verdacht der Falchmüngererei ist der Jahrgänger Meusel in Dornik verhaftet worden. Er soll die Falchmüngererei im großen Stille betrieben haben. Es sind bereits zahlreiche von Meusel in den Verkehr gebrachte Fälschungsstücke beschlagnahmt worden. Die Fälschungsstücke sind dadurch kenntlich, daß sie keine Rundschrift haben.

Posen, 17. Juli. Ein Mägenhund. Aus den Vororten unserer Stadt liefen fortgesetzt Meldungen über an Schültern verübte Stillschleichenverbrechen ein. Vor kurzem wurde nun der 23 Jahre alte Kellner Siegfried Groepier, auf den die von den mitbrachten Kindern gegebene Personalbeschreibung genau paßte, von Kriminalbeamten verhaftet. Vom Winter bis in die letzte Zeit hinein hat er in mindestens 20 Fällen an Schültern unzüchtige Handlungen vorgenommen. Der Verhaftete, der geistlich ist, ist dem Gerichtsgefängnis zugeführt worden.

Ullriegelschiff in Ablershof bei Berlin, in der große Vorräte an Spirituslagern, ein Feuer, dem nach kurzer Zeit eine Explosion folgte. Im Augenblick stand ein großer Komplex der Fabrik in Flammen und von allen Seiten trafen die sofort alarmierten Feuerwehren ein. Man versuchte von mehreren Seiten aus mit Strahlrohren das Feuer zu bemeistern. Jedoch schon in der ersten halben Stunde nahm das Feuer einen derartigen Umfang an, daß von der Brandstätte aus um Entzündung weiterer Löschlüge telephonisch gebeten wurde. Bis zum Abend konnte man das geplatzte Brandes nicht Herr werden. Die Brandstätte ist im weiten Kreise abgeperrt. Tausende von Menschen umlagern die Fabrik. Die Feuerarbeiten schienen fast hoffnungslos. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Die Höhe des Schadens läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

1 1/2 Millionen Mark Schulden. In Leipzig steht eine große Rauchwarenkrise vor dem Zusammenbruch. Der Inhaber der Leipziger Rauchwarenfirma, Max Wolberg, ist seit etwa 14 Tagen mit seinem jüngeren Bruder, der Direktor der Firma war, spurlos verschwunden. Die Warenschulden der Firma betragen annähernd anderthalb Millionen Mark. In Verbindung mit dem Zusammenbruch des Geschäftes steht der plötzliche Tod eines Teilhabers der Firma, des Handelsrichters Felix Wolf.

Kleine Notizen.

— Das erste deutsche Genossenschaftstheater. Das Bureau der Deutschen Bühnengenossenschaft teilt mit: Wie ein Telegramm aus Guben meldet, ist in der gestrigen Stadtvorordnetenversammlung der hiesigen Regisseur der Schiller-Theater Berlin-Charlottenburg, Wilhelm König, zum Direktor des Stadttheaters gewählt worden. Mit Zustimmung der Gubener Stadtvorordnung wird Herr König auch das Stadttheater in Forst leiten. Beide Theater werden auf genossenschaftlicher Grundlage geführt werden; das bedeutet Einschränkung einer Mindestbesatzung, volle Bezahlung der Vorproben, weitgehende Fürsorge in Krankheitsfällen, Versicherung sämtlicher Kostträger, auch der modernen, und Befreiung der Mitglieder aus dem gemeinen. Nähere Einzelheiten sind in Vorbereitung.

— Eine Kino-Schauplatzverlegung. Bei einer kinematographischen Aufnahme ereignete sich in Aarhus (Dänemark) ein schwerer Unglücksfall. Im Laufe der Aufnahme sollte eine Explosion dargestellt werden, die mit Hilfe von Magnesiumbomben hervorgerufen wurde. Dabei kamen die Kinder der jungen norwegischen Schauspielerin Gerda Ring vom Nationaltheater in Christiania zu Schaden. Sie mußte überbrücken und das Feuer erlöschte konnte, hatte die Schauspielerin am ganzen Körper so schwere Brandwunden erlitten, daß sie lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus gebracht werden mußte.

Neuere Nachrichten.

Der neue Balkankrieg.

Die Großmächte greifen ein.

Paris, 17. Juli. Der „Matin“ teilt mit: Der französische Minister des Auswärtigen Michon empfing gestern die Botschafter Russlands, Englands, Deutschlands, Italiens und Oesterreichs, mit denen er gemeinsam sich längere Zeit eingehend über die Lage auf dem Balkan besprach. Sämtliche Botschafter waren mit Michon der Meinung, daß man sofort energische Maßnahmen ergreifen müsse, um ein Ende herbeizuführen. Infolge dieser Beratung sandte Michon an den Gesandten in Sofia ein Telegramm, in dem er ersucht die bulgarische Regierung aufzufordern, sofort einen Vertreter nach Misch oder Nestko zu entsenden, um mit Griechenland und Serbien, Montenegro und Rumänien zwecks Einstellung der Feindseligkeiten zu verhandeln. Ferner sandte Michon ein Telegramm an den französischen Botschafter in Konstantinopel, damit dieser an die ottomane Regierung das Ersuchen stelle, den Londoner Friedensvertrag zu respektieren und die türkischen Truppen wieder zurückzuführen.

Von drei Seiten angegriffen.

Wien, 17. Juli. Nach einer abends hier eingetroffenen Meldung haben die Türken die Orie Dunar-Gissar, Baki-Burgas und Wisa besetzt und sollen auf dem Marsche nach Rizekisse sein. Die bulgarische Regierung hat dagegen bei den Mächten Protest erhoben und man glaubt, daß die Mächte in Konstantinopel vorstellig werden.

Paris, 17. Juli. Der „Matin“ meldet aus Sofia: Die rumänischen Truppen marschieren jetzt, nachdem sie Warna, Ruzschuk und Rakowo besetzt haben, direkt auf Plewan zu.

Sofia, 17. Juli. Das Hauptquartier der ersten serbischen Armee meldet unter dem 14. Juli: Beide Armeen marschieren zur Entscheidungsschlacht auf. Eine serbische Kolonne eroberte die wichtige Station Djull-Camil.

Friedensbemühungen.

Belgrad, 17. Juli. Die Ministerpräsidenten Paschitsch und Benizelos hatten gestern auf dem Bahnhof von Ureska eine Zusammenkunft. Die beiden Minister tauschten ihre Gedanken über alle Tagesfragen aus und stellten eine völlige Uebereinstimmung ihrer Meinungen fest.

Sofia, 17. Juli. Bulgarien hat die russischen Vorschläge, die einen Weg zur Verbefähigung eines Wasserstillstandes ebneten sollen, angenommen, so daß nach halbgestellter Auffassung die Verbefähigung eines Wasserstillstandes halb gesteckt erscheint. Die Ernennung der bulgarischen Delegierten, welche die Verhandlungen mit den Ministern Griechenlands, Serbiens und Montenegro führen sollen, dürfte noch im Laufe des Tages erfolgen.

Sofia, 17. Juli. Malinow wurde mit der Kabinettsbildung beauftragt. Er bemüht sich ein Konzentration-Ministerium aus allen Parteichefs zu bilden. Das Programm seiner auswärtigen Politik werde die Anlehnung an andere Mächte sein.

Aus einem Landarbeiter-Paradies.

Gannover, 17. Juli. Auf dem gräßlich Steinberg, schon Gut in Brueggen erkrankten infolge Genußes von Wasser, das durch Düngabflüsse verunreinigt war, dreizehn Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie drei Kinder. Sämtliche Erkrankten wurden in das Krankenhaus in Gronau geschafft. Die ärztlichen Feststellungen ergaben, daß Typhusbakterien im Wasser waren.

Wolkenbrüche.

Graz (Steiermark), 17. Juli. Die Stadt Graz wurde von schweren Wolkenbrüchen heimgesucht, die die Stadt unter Wasser setzten.

Für 325000 Francs Perlen gestohlen.

Paris, 17. Juli. Ein großer Juwelendiebstahl wurde gestern hier begangen. Auf dem Transport von Paris nach London wurde ein Perlenkoffer im Werte von 325000 Francs gestohlen. Das Koffer war in einem veriegelten Paket von Paris an die Adresse eines bekannten Juwelendüblers in London geschickt worden. Als der Briefträger das Paket abließerte, war das Siegel unversehrt, aber die Kiste selbst enthielt nur Zuckerstücke. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß dieser Zucker französischer Herkunft ist. Man schließt daraus, daß der Diebstahl auf französischem Boden begangen wurde.

In der Angelegenheit des Juwelendiebstahls wird als bemerkenswert angegeben, daß das Paket bei seiner Ankunft in London ein Siegel mehr aufwies, als es bei seiner Aufgabe trug.

Die Kochlösevergiftung.

Geiselb, 17. Juli. Zu den Vergiftungsverstärkungen an Kochlöse wird noch gemeldet, daß die Zahl der erkrankten Personen jetzt 60 beträgt. Eine Näherin ist schwer erkrankt und im übrigen besteht keine Lebensgefahr. Die bakteriologische Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Feuer in einer Schwefelgrube.

Castel Termini (Italien), 16. Juli. In der Schwefelgrube zu San Giovanni Lupatone, in der 200 Bergarbeiter beschäftigt waren, brach Feuer aus. Die Arbeiter versuchten auszufahren, aber es war nur ein Ausgang vorhanden, so daß sich nicht alle retten konnten. 28 sind nicht ausgefahren. Man befürchtet, daß sie wegen der großen Menge von Schwefeligen Gasen umgekommen sind. Eine Rettung ist unmöglich.

London, 17. Juli. „Schief. Stg.“ Der Morning Post wird aus Shanghai telegraphisch, daß die Revolution an unklarer Front immer mehr um sich greift. Kiangsu hat sich getrennt von den Rebellen angeschlossen. General Guanong kam in Kiangsu an und berief alle Offiziere der 7. und der 8. Division zusammen. Es wurde dann beschlossen, Kiangsu mit den Rebellen zu erklären. General Guanong wurde zum Oberkommandanten ernannt. Der betreffende Korrespondent meldet weiter, es sei die Absicht der Rebellen, die Eisenbahn von Deming nach Suifu zu besetzen.

Genossen! Die Arbeiterbewegung ist in der Höhe ihrer Entwicklung. Die Arbeiter müssen sich organisieren und die Interessen der Klasse verteidigen. Die Arbeiterbewegung ist die einzige Kraft, die die Arbeiter vor Ausbeutung und Unterdrückung schützt. Die Arbeiter müssen sich organisieren und die Interessen der Klasse verteidigen. Die Arbeiterbewegung ist die einzige Kraft, die die Arbeiter vor Ausbeutung und Unterdrückung schützt.

Vom Fürstentum.

3. Artikel in der „Deutscher Volkszeitung“.

Der Fürstentum, das heißt die Organisation, die sich die Fürsten Egon Fürstberg und Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen geschaffen haben, um ihre industriellen und kommerziellen Unternehmungen zu leiten und zu finanzieren, macht der Börse von neuem Mergel: die Aktien der Hohenlohe-Werke, die Ende Juni auf 164 für 100 standen, sind auf 148,25 für 100 gefallen. Als Grund wird angegeben, daß mit einer starken Reduktion der Dividende zu rechnen sei: statt 11 Prozent wie im Vorjahre, rechnet man nur noch auf 8 Prozent. Das ist allerdings „ein Schlag ins Kontor“. Er ruft ins Gedächtnis, wie die Aktien des Unternehmens, das den Namen eines der reichsten und sehr einflußreichen Aristokraten Deutschlands trägt, zu einem recht gefährlichen Spielpapier geworden sind. Es gab Zeiten, wo der Kurs dieses Papiers bis auf 227,25 emporkletterte (in den Jahren 1909 und 1910), aber unter fortwährenden Sprüngen und Schwankungen. Im Vergleich mit diesem Höchstkurs bedeutet ein Kurs von 148,25 einen Verlust von nicht weniger als 35 Prozent. Käufer, die am 1. Juni 1910 zu jenem Höchstkurs kauften und das Papier bis jetzt behalten haben, haben allerdings gute Gründe, das Vertrauen, das sie auf den Namen Hohenlohe setzten, zu vertauschen.

Die Hohenlohe-Werke-Aktiengesellschaft ist ein Montanunternehmen, das in Ober- und Mittelschlesien große Zinkhütten und bedeutende Kohlengruben besitzt. Es ist eins der größten ober-schlesischen Unternehmungen und zugleich eins der von den Arbeitern am besten gehaltenen, denn an Menschenschinderei wird dort gar nicht gedacht. Die Gründungsgeschichte der Gesellschaft hat ihren besonderen Reiz. Die Gruben und Zinkhütten, die sie besitzt, waren Eigentum des Fürsten Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen, Herzog von Westfalen. Dieser Herr gehört zu den größten Grundbesitzern Deutschlands: er besitzt eine Fläche von rund 43 000 Hektar sein eigen, also ein Gebiet, auf dem 4300 erntefähige Bauernhöfe existieren könnten. Es dürfte dieser Besitz bei den gegenwärtigen Bodenpreisen in Ober-schlesien einen Kaufwert von mindestens 43 Millionen Mark repräsentieren, wahrscheinlich jedoch erheblich mehr, da ein beträchtlicher Teil der Fläche mit Hochwald bestanden ist. Nun war Fürst Christian Kraft schon seit geraumer Zeit ein auf Geldverdienen erpicht Herr und ein großer Grundbesitzer vor dem Herrn. Die in seinem Besitz befindlichen ober-schlesischen Gruben sollen in den Jahren 1902-1904 durchschnittlich 9 Millionen Mark pro Jahr Reingewinn abgeworfen haben. Aber der Fürst, der mit dem Fürsten Fürstberg verschiedene Spekulationsgeschäfte begonnen hatte — Unternehmungen in Kleinasien, die durch die besonders hierzu gegründete Palästinaabank finanziert wurden, Grundstückspekulationen in Berlin, Gründung von Realwerken, Knebelgeschäfte — brauchte Geld: die Revenuen aus den Gütern und den Bergwerken genügten nicht. Da wurde denn 1905 die Aktiengesellschaft gegründet, die die Hohenlohe-Werke in Oberschlesien übernahm. Sie zahlte dem Fürsten für die Gruben und Zinkhütten 14 Millionen Mk. in bar und verpflichtete sich außerdem, an ihn eine Rente von 3 Millionen Mark jährlich zu zahlen, die unter bestimmten Bedingungen abzahlbar sein sollte. Das Aktienkapital betrug nominell 40 Millionen Mark. Im Jahre 1909 wurde es auf 48 Millionen erhöht. 1910 wurde dann die Rente des Fürsten abgelöst, indem man ihm 32 Millionen Mark auszahlte. Die Mittel dazu wurden beschafft, indem man neue Aktien im gleichen Betrag ausgab. Somit beträgt jetzt das Aktienkapital 80 Millionen Mark. Der Fürst hat also 76 Millionen Mark für die Werke erhalten. Das bedeutet nun aber keineswegs, daß er sich dieses Besitzes entäußert hat, und nichts mehr mit dem Unternehmen zu tun hat. Der Witz besteht darin, daß der Fürst im Gegenteil nach wie vor in diesem Unternehmen schaltet und waltet, als wenn es sein Eigentum wäre. Für den gewöhnlichen Menschenverstand ist das freilich eine Ungereimtheit: ein Ding verkaufen und es dennoch besitzen! Aber in der Welt der Finanzkünste wird das einfach gemacht: der Fürst veräußert seinen Besitz an eine Aktiengesellschaft, kauft aber dann sofort Aktien, als nötig find, um die Rente in der Generalversammlung zu besitzen. Auf diese Weise kann er mit der Hälfte des Kapitals das Unternehmen beherrschen. Ein Teil des Kapitals aus dem Verkauf blieb in seinen Händen für andere Zwecke. Aber auch das Kapital, das in den Aktien der Hohenlohe-Werke steckt, ist verfügbar: man kann die Aktien bei Banken verkaufen (Lombardieren), und auf solche Weise das Kapital anderweitig verwenden. So wird das „Kammando über die Industrie“ ausgebüßt: ein und dasselbe Geldkapital fließt hier die Herrschaft über verschiedene Unternehmungen.

Die Hohenlohe-Werke-Aktiengesellschaft hat bisher bei reichlichen Abschreibungen — es wurden seit 1905 über 30 Millionen Mark abgeschrieben, während die „Zugänge“, das heißt Vergrößerung des Vermögens, sich auf 23 Millionen belaufen — 10 und 11 Prozent gezahlt, und nur im Jahre 1908/09 waren es 8 Prozent. Aber eine Eigentümlichkeit dieses wie anderes unter dem Kommando des Fürstentums stehender Unternehmungen ist, daß es dort häufig Knebel gibt. An der Gründungsoperation war die Deutsche Bank beteiligt und einer ihrer Direktoren, Herr Kühne, wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestimmt (gewählt kann man hier sicher nicht sagen). Auch der Finanzier Friedländer wird im Aufsichtsrat. Die übrigen Mitglieder aber sind nichts weiter, als Beauftragte des Fürsten, die in der Generalversammlung seine Aktien vertreten, auf sein Kommando sich gegenseitig wählen. Die Operationen des Fürsten, die der Bankier Für-

stberg als dilettantenhaft bezeichnet hat, wodurch er sich den grimmigen Zorn des Fürstentums zuzog, gingen aber schließlich der Deutschen Bank wider den Strich, es kam zum Bruch, und Herr Kühne legte mit erheblichem Krach sein Amt nieder. Dann gab es Krach mit der Minorität der Aktienbesitzer über die Finanzgebarung, schließlich gab es Krach mit dem technischen Direktor.

Worauf die letzte Dividendenreduktion zurückzuführen ist, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Auf der einen Seite wird behauptet, daß es sich um eine durchaus natürliche Reduktion des Profits handelt, weil die Zinkpreise zurückgegangen sind. Dieser Preisfall ist in der Tat eingetreten: der Zinkhüttenverkauf, dem die Hohenlohe-Werke gehören, hat den Preis für Rohzink um 5 Mk. pro 100 Kilogramm herabgesetzt, von 52,75 auf 47,75 Mk. Er war dazu gezwungen, weil infolge einer starken Ueberproduktion — im Jahre 1910 wurden auf der ganzen Welt 799.500 englische Tonnen (zu 1016 Kilogramm) Rohzink produziert, 1912 dagegen 049 700 Tonnen — infolge des Abflauens der Nachfrage in den letzten Monaten, die Gefahr bestand, daß amerikanisches Zink nach Deutschland geworfen würde. Aber diese Reduktion wurde eben doch erst Ende Mai vorgenommen. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft aber schließt mit dem 31. März, und es handelt sich um die Dividende, die für 1912/13 ausgeschrieben werden soll, wo also die Preisreduktion noch gar nicht einwirkte. Es war im Gegenteil der Zinkpreis während dieses Jahres hoch. Daher scheint ein anderes Gerücht wahrscheinlicher: der Fürst will die Dividende reduzieren, damit die Betriebsmittel der Gesellschaft nicht geschwächt werden.

Das hat insofern etwas für sich, als gleichzeitig Gerüchte im Umlauf sind, wonach der Fürstentum demüht ist von neuem Anschluß an die Großbanken zu finden, und zwar sollen, wie es heißt, Verhandlungen mit der Deutschen Bank schweben. Bestätigt sich das, so würde es bedeuten, daß dem Fürstentum — um es kurz auszudrücken — die „Puste ausgehen droht“.

Ein Wunder wäre das freilich nicht. Die beiden Fürsten sind zwar sehr reich, aber der größte Teil ihres Vermögens ist gebunden, denn es handelt sich zum großen Teil um Grundbesitz, der gebunden ist, um Fideikommiss. Zur Finanzierung ihrer Geschäfte schufen sie gleich zwei Banken: die Palästinaabank und die Handelsvereinigung. Beide verfügen, wie üblich, über fremde Gelder, die dem Fürstentum zu Diensten stehen. Aber es wäre erklärlich, wenn sie in der Klemme sind. Soweit die Palästinaabank im Orient Geschäfte macht, dürften zurzeit ihre Mittel infolge der Kriegswirren stark festgelegt sein. Der Handelsvereinigung aber wurde ein bißchen viel aufgebürdet. Es hat sich eben der Fürstentum in recht gewagte Dinge eingelassen. Durch Vermittlung des Bankiers Karl Neuburger, der mit dem Fürsten Fürstberg in Verbindung stand, übernahm der Konzern verschiedene Grundstücke in Berlin. Unter anderem eins, auf dem ein neuartiges Kaufhaus eingerichtet werden sollte: eine Verbindung von Spezialgeschäften unter einem Dache. Die Sache ging schief, das „Passagelaufhaus“ mußte aufgegeben werden. Es wurde Herrn Wolf Wertheim überlassen, der seinen lieben Vettern von der Firma W. Wertheim zum Schurz ein Warenhaus darin einrichtete als Konkurrenzunternehmen. Aber auch das ging schief und der Fürstentum mußte Millionen hergeben, um es nicht zum Krach kommen zu lassen. Jetzt hat er den Riesenbau des Passagelaufhauses auf dem Halbe und andere von Wolf Wertheim gegründete Warenhausgeschäfte dazu. Damit nicht genug: auch eine ganze Reihe höchst komplizierter Terrain- und Bauunternehmungen blieben am Fürstentum hängen. Herr Neuburger machte eine schöne Pleite, und der Fürstentum mußte eine Anzahl Unternehmungen übernehmen, bei denen sich Neuburger engagiert hatte. Die Lage auf dem Grundstücksmarkt Berlins aber ist schier verzweifelt, und die Handelsvereinigung, der ein Haufen „Objekte“, an denen der Fürstentum beteiligt ist, aufgepackt wurden, kann nicht daran denken, durch Verkauf Geld flüssig zu machen. Schließlich sind da die Knebelgeschäfte. Fürst Christian Kraft setzte seinen Ehrgeiz daran, dem mächtigen Herrn Ballin von der Sapag ein Patol zu bieten: nicht wenig hatte er im Sinne, als die Schaffung einer neuen Schiffsfahrtslinie nach Amerika, deren Schiffe vom Emdener Hafen auslaufen und Hamburg Konkurrenz bereiten sollten. Auch das gelang vorbei: der Fürst erhielt die Konzession nicht. Die Schiffsfahrtsgesellschaften, an denen infolge jenes Projekts der Fürstentum beteiligt wurde, mögen nun zum Teil von dem glänzenden Geschäft in der Schiffsahrt profitiert haben. Aber es handelt sich ja um Schiffsahrtslinien, die für den Verkehr mit dem Orient bestimmt sind, und hier liegen die Dinge seit Ausbruch des Krieges faul. Jedenfalls stehen in den Schiffsahrtslinien, die die Handelsvereinigung aufbringen mußte und die nicht flüssig gemacht werden.

So erklärt es sich, daß die durchlauchtigen Spekulanten sehr wohl bei der allgemeinen „Geldklemme“ in Not sind, um für ihre gar so kühnen Unternehmungen die nötigen Betriebsmittel bereitzustellen.

Der neue Balkankrieg.

Obwohl irgend welche beglaubigte Nachrichten nicht vorliegen, so ist der allgemeine Eindruck doch der, daß die Herbeiführung des Waffenstillstandes und Vorfriedens Fortschritte macht. Unverkennbar läßt Rußland seinen ganzen großen Einfluß in Belgrad spielen, um Serbien dazu zu bringen, seine Forderungen an Bulgarien nicht zu über-spannen. Daraus beharren freilich beide Gegner Bulgariens, wie Serbien so fordert auch Griechenland, daß mit der Einstellung der Feindseligkeiten auch der Abschluß des Vor-

friedens geschehe, und ihre Antwort auf die russische Vermittlungsnote ist auch in diesem Sinne gehalten. Da diese Forderung ganz berechtigt ist, so wird die russische Regierung nicht umhin können, ihre Annahme in Sofia zu bestätigen, und angesichts des Zwanges der Verhältnisse wird sich Bulgarien wohl fügen müssen.

Die Türken auf dem Wege nach Adrianopel.

London, 16. Juli. Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus in Konstantinopel erhielt, obwohl sich die amtlichen Kreise Zurückhaltung auferlegen, eine positive Information, daß die türkische Regierung entschlossen sei, bis Adrianopel vorzugehen. Außer materiellen Vorteilen, die durch eine löhne Bewegung im gegenwärtigen Augenblick zu gewinnen seien, würde die moralische Wirkung des Erfolges in dieser Richtung die innere Lage sicherer gestalten und die Stellung der Regierung festigen. Deshalb denkt man daran, daß ein Abenteuer wohl zu wagen sei. Uebrigens meinen türkische Kreise, daß die Türkei selbst in dem wenig wahrscheinlichen Falle, daß die Mächte zur Aufrechterhaltung der Grenz-Enos-Midia einen Druck ausüben sollen, auf die Autonomie Thraziens bringen könne. Inzwischen haben die Mächte bisher betreffend die Bewegung der türkischen Truppen keine Mitteilung an die Botschaft geschickt. Türkische Kreise halten eine Intervention für unwahrscheinlich.

Sofia, 16. Juli. Die „Agence Bulgare“ meldet: Die türkischen Truppen haben gestern 30 Kilometer diesseits der Linie Enos-Midia das Gebiet von Bunar Hisar betreten, ohne auf Widerstand zu stoßen, da das Land von Truppen entblößt ist. Die christliche Bevölkerung flüchtet vor den Ausschreitungen der Türken. — Die Türken sind also auf dem Wege nach Adrianopel.

Sofia, 16. Juli. „Agencia Stefani“ meldet: Dr. Danev teilt den Vertretern der Mächte mit, daß ein Telegramm des Gouverneurs von Kirkilisse meldet, die Türken hätten sich des Bahnhofs Kile Burgas bemächtigt und rückten auf Koprükü vor. Danev bat die Mächte, in Konstantinopel dringende Schritte zu unternehmen, um den Marsch der türkischen Truppen aufzuhalten, da der Londoner Friedensvertrag zwischen der Türkei und Bulgarien endgültig sei.

Türkisches Massaker in Rodosto?

Konstantinopel, 16. Juli. Es verlautet, daß die Türken in Rodosto, nach Abzug der Bulgaren, Armenier und Griechen massakrierten. Die Zahl der Opfer beträgt 40. Das armenische katholische Patriarchat überreichte der Botschaft eine diesbezügliche Beschwerde. Die Botschaft fordert den Generalissimus auf, eine Untersuchung einzuleiten.

Die Haltung Rumäniens.

Bukarest, 16. Juli. Die Regierung hat die diplomatischen Vertreter Rumäniens im Auslande aufgefordert, den Mächten den Standpunkt Rumäniens bezüglich des allgemeinen Friedens und der Dobrußafrage mitzuteilen. Diese Note der Regierung stellt genau die topographischen Punkte für die Grenzbestimmung fest, um unnütze Verhandlungen zu vermeiden.

Bukarest, 16. Juli. (Agence Roumaine). Das Parlament trat zu einer außerordentlichen Session zusammen. Der Ministerpräsident verlas eine Botschaft des Königs, die bejagt, der Balkankrieg sei neuerlich wider Erwarten ausgebrochen, hervorgerufen durch die Haltung Bulgariens gegen die eigenen Bundesgenossen. Die Regierung mußte die geeigneten Maßnahmen ergreifen, um Rumänien angesichts der neuen Lage die ihm gebührende Stellung zu erhalten. Die Mobilisierung der ganzen Armee sei für den 30. Juni a. St. angeordnet. Am 28. Juni hätten die rumänischen Truppen die bulgarische Grenze überschritten. Die Einberufung des Parlamentes erfolgte, damit die durch die Umstände gebotenen Vorlagen dringlich erledigt werden. Die Botschaft wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Bukarest, 16. Juli. Offiziell wird mitgeteilt, daß die rumänische Hauptarmee heute Nacht die Donau zu über-schreiten begonnen hat, der Brückenschlag habe nur sieben Stunden gedauert. Die Ueberführung sämtlicher Truppen werde heute vollständig durchgeführt sein. Sodann soll sogleich der weitere Vormarsch der Detachementen auf Sofia erfolgen, so daß die rumänische Armee in circa acht Tagen vor Sofia erscheinen kann.

Kämpfe und Massaker.

Athen, 16. Juli. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgenden Bericht: Ein lebhafter Kampf entspann sich gestern auf unserem äußersten rechten Flügel in der Richtung Panbinia auf der Strecke Serres-Drantzis. Der Kampf begann morgens und endete abends 8 Uhr mit einer vollkommenen Niederlage des Feindes, der die genannte Stellung verteidigte. Der Feind, der über zahlreiche Kräfte verfügte, verteidigte sich heftig mit Artillerie in seinen besetzten Stellungen, aus denen ihn die Griechen abends vertrieben. Drei Kompanien vertrieben durch Bajonetangriff unter Gesang das ganze bulgarische Bataillon von den besetzten Höhen. Der Feindliche Verlust ist beträchtlich. Die bei Drama geschlagenen Bulgaren rückten gegen die Bergpässe von Mokru vor. Von dort marschierten sie unter Zurücklassung von Waffen und Munition zur bulgarischen Grenze. Nach den jüngsten amtlichen Meldungen überlebten von 3000 Einwohnern von Dekrat nur 120 Personen das Massaker.

Zur Demission Danew's.

Sofia, 16. Juli. Die „Kölnische Zeitung“ erhält von ihrem Sondervertreter in Sofia ein vom 15. Juli datiertes Telegramm folgenden Inhaltes: Die unmittelbare Ursache der Demission des Kabinetts Danew ist in der Weigerung Rußlands zu suchen, weiterhin in Sachen des Waffenstillstandes tätig zu sein, weil Serbien und Griechenland die im Interesse Bulgariens vorgeschlagenen Maßnahmen bei der Feststellung der Waffenstillstandsbedingungen ablehnen. An Stelle Danew's tritt ein aus allen liberalen Parteien gebildetes Kabinett unter Radostawow ein, dessen erste Aufgabe es sein wird, einen Ausgleich mit Rumänien herbeizuführen.

Wien, 16. Juli. An hiesiger maßgebender Stelle liegt noch keine authentische Nachricht über die Demission des Kabinetts Danew vor. Die Meldung über eine angebliche Uebernahme der Linie Enos-Midia durch die Türken wird hier nicht für unabweislich gehalten.

Alkoholfreie Getränke

Bilz-Sinalco

Braun, Brause, Sinalco... Bilz-Sinalco... Bilz-Sinalco...

Bäckerwaren und Konditoreien

Bäcker, Konditoreien... Bäcker, Konditoreien... Bäcker, Konditoreien...

Badeanstalten

Badeanstalten... Badeanstalten... Badeanstalten...

Bandagisten

Bandagisten... Bandagisten... Bandagisten...

Bettfedern und Schnittwaren

Bettfedern und Schnittwaren... Bettfedern und Schnittwaren... Bettfedern und Schnittwaren...

Bier-Verleger

Bier-Verleger... Bier-Verleger... Bier-Verleger...

Brauerei Sacrau

Brauerei Sacrau... Brauerei Sacrau... Brauerei Sacrau...

Genossenschaftsbrauerei

Genossenschaftsbrauerei... Genossenschaftsbrauerei... Genossenschaftsbrauerei...

Giesmannsdorfer Brauerei

Giesmannsdorfer Brauerei... Giesmannsdorfer Brauerei... Giesmannsdorfer Brauerei...

Hopf & Görde Jubiläums-Bier

Hopf & Görde Jubiläums-Bier... Hopf & Görde Jubiläums-Bier... Hopf & Görde Jubiläums-Bier...

Jackel

Jackel... Jackel... Jackel...

Kern, Josef, Odenstrasse 3

Kern, Josef, Odenstrasse 3... Kern, Josef, Odenstrasse 3... Kern, Josef, Odenstrasse 3...

Peuker's Brauerei

Peuker's Brauerei... Peuker's Brauerei... Peuker's Brauerei...

Bier-Apparate, Kohlensäure

Bier-Apparate, Kohlensäure... Bier-Apparate, Kohlensäure... Bier-Apparate, Kohlensäure...

Café

Café... Café... Café...

Dampf-Konfektion

Dampf-Konfektion... Dampf-Konfektion... Dampf-Konfektion...

Rösel, Felix, Odenstr. 7

Rösel, Felix, Odenstr. 7... Rösel, Felix, Odenstr. 7... Rösel, Felix, Odenstr. 7...

Drogen und Farben

Drogen und Farben... Drogen und Farben... Drogen und Farben...

Eisen- u. Stahlwaren

Eisen- u. Stahlwaren... Eisen- u. Stahlwaren... Eisen- u. Stahlwaren...

Fahrräder, Nähmaschinen

Fahrräder, Nähmaschinen... Fahrräder, Nähmaschinen... Fahrräder, Nähmaschinen...

Heidenreich

Heidenreich... Heidenreich... Heidenreich...

Hermann, Wilhelm

Hermann, Wilhelm... Hermann, Wilhelm... Hermann, Wilhelm...

Kluge, Max

Kluge, Max... Kluge, Max... Kluge, Max...

Wibbe & Kopp

Wibbe & Kopp... Wibbe & Kopp... Wibbe & Kopp...

Färber u. Wäscherei

Färber u. Wäscherei... Färber u. Wäscherei... Färber u. Wäscherei...

Flache u. Bekleidungs

Flache u. Bekleidungs... Flache u. Bekleidungs... Flache u. Bekleidungs...

Rampert, Oscar

Rampert, Oscar... Rampert, Oscar... Rampert, Oscar...

Garben, Topfherren

Garben, Topfherren... Garben, Topfherren... Garben, Topfherren...

Erstjeint Binat

wöchentlich

Erstjeint Binat... Erstjeint Binat... Erstjeint Binat...

Herren-Garderobe

Herren-Garderobe... Herren-Garderobe... Herren-Garderobe...

Hüte und Mützen

Hüte und Mützen... Hüte und Mützen... Hüte und Mützen...

Herren-Artikel

Herren-Artikel... Herren-Artikel... Herren-Artikel...

Hygienische Artikel

Hygienische Artikel... Hygienische Artikel... Hygienische Artikel...

Kinderwagen, Reisekörbe

Kinderwagen, Reisekörbe... Kinderwagen, Reisekörbe... Kinderwagen, Reisekörbe...

Kaffee, Tee

Kaffee, Tee... Kaffee, Tee... Kaffee, Tee...

Kinematographen

Kinematographen... Kinematographen... Kinematographen...

Kleiderstoffe, Saldenwaren

Kleiderstoffe, Saldenwaren... Kleiderstoffe, Saldenwaren... Kleiderstoffe, Saldenwaren...

Kohlens- u. Briketts

Kohlens- u. Briketts... Kohlens- u. Briketts... Kohlens- u. Briketts...

Kolonialwaren

Kolonialwaren... Kolonialwaren... Kolonialwaren...

Kaufhäuser und Sebkärladen

Kaufhäuser und Sebkärladen... Kaufhäuser und Sebkärladen... Kaufhäuser und Sebkärladen...

Bezugsquellen-Verzeichnis

Bezugsquellen-Verzeichnis... Bezugsquellen-Verzeichnis... Bezugsquellen-Verzeichnis...

Waren

Waren... Waren... Waren...

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine... Möbel-Magazine... Möbel-Magazine...

Nähmaschinen

Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Optiker

Optiker... Optiker... Optiker...

Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat

Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat... Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat... Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat...

Papier- und Schreibwaren

Papier- und Schreibwaren... Papier- und Schreibwaren... Papier- und Schreibwaren...

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe... Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe... Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe...

Photographische Ateliers

Photographische Ateliers... Photographische Ateliers... Photographische Ateliers...

Putz, Modes

Putz, Modes... Putz, Modes... Putz, Modes...

Restaurants

Restaurants... Restaurants... Restaurants...

Schneiderei-Artikel

Schneiderei-Artikel... Schneiderei-Artikel... Schneiderei-Artikel...

Den Referen der

Den Referen der... Den Referen der... Den Referen der...

Manufaktur-Modewaren

Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren... Manufaktur-Modewaren...

Möbel-Magazine

Möbel-Magazine... Möbel-Magazine... Möbel-Magazine...

Nähmaschinen

Nähmaschinen... Nähmaschinen... Nähmaschinen...

Optiker

Optiker... Optiker... Optiker...

Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat

Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat... Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat... Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat...

Papier- und Schreibwaren

Papier- und Schreibwaren... Papier- und Schreibwaren... Papier- und Schreibwaren...

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe

Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe... Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe... Pfandleihen u. Gelegenheitskäufe...

Photographische Ateliers

Photographische Ateliers... Photographische Ateliers... Photographische Ateliers...

Putz, Modes

Putz, Modes... Putz, Modes... Putz, Modes...

Restaurants

Restaurants... Restaurants... Restaurants...

Schneiderei-Artikel

Schneiderei-Artikel... Schneiderei-Artikel... Schneiderei-Artikel...

Wäsche, Trikotsagen

Wäsche, Trikotsagen... Wäsche, Trikotsagen... Wäsche, Trikotsagen...

Schneiderei-Artikel

Schneiderei-Artikel... Schneiderei-Artikel... Schneiderei-Artikel...

Seifengeschäfte

Seifengeschäfte... Seifengeschäfte... Seifengeschäfte...

Schankwirtschaften

Schankwirtschaften... Schankwirtschaften... Schankwirtschaften...

Zahn-Ateliers

Zahn-Ateliers... Zahn-Ateliers... Zahn-Ateliers...

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten... Zigarren u. Zigaretten... Zigarren u. Zigaretten...

Schirme, Stöcke

Schirme, Stöcke... Schirme, Stöcke... Schirme, Stöcke...

Schuhwaren und Schuhmacher

Schuhwaren und Schuhmacher... Schuhwaren und Schuhmacher... Schuhwaren und Schuhmacher...

Strumpfstrickereien, Strümpfe

Strumpfstrickereien, Strümpfe... Strumpfstrickereien, Strümpfe... Strumpfstrickereien, Strümpfe...

Trauer-Kleidung

Trauer-Kleidung... Trauer-Kleidung... Trauer-Kleidung...

Uhren und Goldwaren

Uhren und Goldwaren... Uhren und Goldwaren... Uhren und Goldwaren...

Waren- u. Kaufhäuser

Waren- u. Kaufhäuser... Waren- u. Kaufhäuser... Waren- u. Kaufhäuser...

Wäsche, Trikotsagen

Wäsche, Trikotsagen... Wäsche, Trikotsagen... Wäsche, Trikotsagen...

Schneiderei-Artikel

Schneiderei-Artikel... Schneiderei-Artikel... Schneiderei-Artikel...

Seifengeschäfte

Seifengeschäfte... Seifengeschäfte... Seifengeschäfte...

Schankwirtschaften

Schankwirtschaften... Schankwirtschaften... Schankwirtschaften...

Zahn-Ateliers

Zahn-Ateliers... Zahn-Ateliers... Zahn-Ateliers...

Zigarren u. Zigaretten

Zigarren u. Zigaretten... Zigarren u. Zigaretten... Zigarren u. Zigaretten...

Schirme, Stöcke

Schirme, Stöcke... Schirme, Stöcke... Schirme, Stöcke...

Schuhwaren und Schuhmacher

Schuhwaren und Schuhmacher... Schuhwaren und Schuhmacher... Schuhwaren und Schuhmacher...

Strumpfstrickereien, Strümpfe

Strumpfstrickereien, Strümpfe... Strumpfstrickereien, Strümpfe... Strumpfstrickereien, Strümpfe...

Trauer-Kleidung

Trauer-Kleidung... Trauer-Kleidung... Trauer-Kleidung...

Uhren und Goldwaren

Uhren und Goldwaren... Uhren und Goldwaren... Uhren und Goldwaren...

Waren- u. Kaufhäuser

Waren- u. Kaufhäuser... Waren- u. Kaufhäuser... Waren- u. Kaufhäuser...

Vom Fürstentum.

V. Karst in der „Leipziger Volkszeitung“.

Der Fürstentum, das heißt die Organisation, die sich die Fürsten Egon Fürstberg und Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen geschaffen haben, um ihre industriellen und kommerziellen Unternehmungen zu leiten und zu finanzieren, macht der Börse von neuem Kracher: die Aktien der Hohenlohe-Werte, die Ende Juni auf 164 bis 100 standen, sind auf 148,25 für 100 gefallen. Als Grund wird angegeben, daß mit einer starken Reduktion der Dividende zu rechnen sei: statt 11 Prozent wie im Vorjahre, rechnet man nur noch auf 8 Prozent. Das ist allerdings „ein Schlag ins Kontor“. Er ruft ins Gedächtnis, wie die Aktien des Unternehmens, das den Namen eines der reichsten und sehr einflussreichen Aristokraten Deutschlands trägt, zu einem recht gefährlichen Spielpapier geworden sind. Es gab Zeiten, wo der Kurs dieses Papiers bis auf 227,25 emporkletterte (in den Jahren 1909 und 1910), aber unter fortwährenden Sprüngen und Schwankungen. Im Vergleich mit diesem Höchstkurs bedeutet ein Kurs von 148,25 einen Verlust von nicht weniger als 35 Prozent. Käufer, die im Jahre 1910 zu jenem Höchstkurs kauften und das Papier bis jetzt behalten haben, haben allerdings gute Gründe, das Vertrauen, das sie auf den Namen Hohenlohe setzen, zu verwirklichen.

Die Hohenlohe-Werte-Aktiengesellschaft ist ein Montanunternehmen, das in Oberschlesien große Zinkhütten und bedeutende Kohlengruben besitzt. Es ist eins der größten ober-schlesischen Unternehmungen und zugleich eins der von den Arbeitern am besten gehaltenen, denn an Menschenschinderei wird dort gar nicht gedacht. Die Erfindungsgeschichte der Gesellschaft hat ihren besonderen Reiz. Die Gruben und Zinkhütten, die sie besitzt, waren Eigentum des Fürsten Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen, Herzog von West. Dieser Herr gehört zu den größten Grundbesitzern Deutschlands: er nennt eine Fläche von rund 43 000 Hektar sein eigen, also ein Gebiet, auf dem 4300 erntefähige Bauernhöfe existieren könnten. Es dürfte dieser Besitz bei den gegenwärtigen Bodenpreisen in Oberschlesien einen Kaufwert von mindestens 43 Millionen Mark repräsentieren, wahrscheinlich jedoch erheblich mehr, da ein beträchtlicher Teil der Fläche mit Hochwald bestanden ist. Nun war Fürst Christian Kraft schon seit geraumer Zeit ein auf Geldverdienenden erpicht Herr und ein großer Gründer vor dem Herrn. Die in seinem Besitz befindlichen ober-schlesischen Gruben sollen in den Jahren 1902—1904 durchschnittlich 9 Millionen Mark pro Jahr Reingewinn abgeworfen haben. Aber der Fürst, der mit dem Fürsten Fürstberg verschiedene Spekulationsgeschäfte begonnen hatte. — Unternehmungen in Aktien, die durch die besonders hierzu gegründete Palästinaabank finanziert wurden, Grundstückspekulationen in Berlin, Gründung von Fallwerken, Reedereigeschäfte — brauchte Geld: die Revenuen aus den Gütern und den Bergwerken genügten nicht. Da wurde denn 1906 die Aktiengesellschaft gegründet, die die Hohenlohe-Werte in Oberschlesien übernahm. Sie zahlte dem Fürsten für die Gruben und Zinkhütten 14 Millionen Mk. in bar und verpflichtete sich außerdem, an ihn eine Rente von 3 Millionen Mark jährlich zu zahlen, die unter bestimmten Bedingungen ablosbar sein sollte. Das Aktienkapital betrug nominell 40 Millionen Mark. Im Jahre 1909 wurde es auf 48 Millionen erhöht. 1910 wurde dann die Rente des Fürsten abgelöst, indem man ihm 32 Millionen Mark auszahlte. Die Mittel dazu wurden beschafft, indem man neue Aktien im gleichen Betrag ausgab. Somit beträgt jetzt das Aktienkapital 80 Millionen Mark. Der Fürst hat also 76 Millionen Mark für die Werte erhalten. Das bedeutet nun aber keineswegs, daß er sich dieses Besitzes entäußert hat, und nichts mehr mit dem Unternehmen zu tun hat. Der Witz besteht darin, daß der Fürst im Gegenteil nach wie vor in diesem Unternehmen schafet und waltet, als wenn es sein Eigentum wäre. Für den gewöhnlichen Menschenverstand ist das freilich eine Ungereimtheit: ein Ding verkaufen und es dennoch besitzen! Aber in der Welt der Finanzkünste wird das einfach gemacht: der Fürst verkaufte seinen Besitz an eine Aktiengesellschaft, kaufte aber dann sofort Aktien, als nötig sind, um die Mehrheit in der Generalversammlung zu besitzen. Auf diese Weise kann er mit der Hälfte des Kapitals das Unternehmen beherrschen. Ein Teil des Kapitals aus dem Verkauf blieb in seinen Händen für andere Zwecke. Aber auch das Kapital, das in den Aktien der Hohenlohe-Werte steckt, ist verfügbar: man kann die Aktien bei Banken verkaufen (Lombardieren), und auf solche Weise das Kapital anderweitig verwenden. So wird das „Kammando über die Industrie“ ausgelibt: ein und dasselbe Geldkapital scheidet dem Besitzer die Herrschaft über verschiedene Unternehmungen.

Die Hohenlohe-Werte-Aktiengesellschaft hat bisher bei reichlichen Abzweigungen — es wurden seit 1906 über 30 Millionen Mark abgezweigt, während die „Zugänge“, das heißt Vergößerung des Vermögens, sich auf 23 Millionen bemessen — 10 und 11 Prozent gezahlt, und nur im Jahre 1908/09 waren es 8 Prozent. Aber eine Eigentümlichkeit dieses wie anderes unter dem Kammando des Fürstentums stehender Unternehmungen ist, daß es dort beständig Kracher gibt. An der Gründungsoperation war die Deutsche Bank beteiligt und einer ihrer Direktoren, Herr Adame, wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestimmt (gewählt kann man hier sicher nicht sagen). Auch der Finanzier Friedländer wird im Aufsichtsrat. Die übrigen Mitglieder aber sind nicht weiter, als Beauftragte des Fürsten, die in der Generalversammlung keine Aktien besitzen, auf sein Kammando sich gegenseitig wählen. Die Operationen des Fürsten, die der Bankier Für-

stberg als Direktantenhaft bezeichnet hat, wodurch er sich den grimmigen Zorn des Fürstentums zuzog, gingen aber schließlich der Deutschen Bank wider den Strich, es kam zum Bruch, und Herr Adame legte mit erheblichem Krach sein Amt nieder. Dann gab es Krach mit der Minorität der Aktienbesitzer über die Finanzgebarung, schließlich gab es Krach mit dem technischen Direktor.

Worauf die letzte Dividendenreduktion zurückzuführen ist, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Auf der einen Seite wird behauptet, daß es sich um eine durchaus natürliche Reduktion des Preises handelt, weil die Zinkpreise zurückgegangen sind. Dieser Preisfall ist in der Tat eingetreten: der Zinkhüttenverband, dem die Hohenlohe-Werte gehören, hat den Preis für Rohzink um 5 Mk. pro 100 Kilogramm herabgesetzt, von 52,75 auf 47,75 Mk. Er war dazu gezwungen, weil infolge einer starken Ueberproduktion — im Jahre 1910 wurden auf dem ganzen Welt 799.500 englische Tonnen (zu 1016 Kilogramm) Rohzink produziert, 1912 dagegen 049 700 Tonnen — infolge des Abflauens der Nachfrage in den letzten Monaten, die Gefahr bestand, daß amerikanisches Zink nach Deutschland geworfen würde. Aber diese Reduktion wurde eben doch erst Ende Mai vorgenommen. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft aber schließt mit dem 31. März, und es handelt sich um die Dividende, die für 1912/13 ausgeteilt werden soll, wo also die Preisreduktion noch gar nicht einwirkte. Es war im Gegenteil der Zinkpreis während dieses Jahres hoch. Daher scheint ein anderes Verdict wahrscheinlicher: der Fürst will die Dividende reduzieren, damit die Betriebsmittel der Gesellschaft nicht geschwächt werden.

Das hat insofern etwas für sich, als gleichzeitig Gerüchte im Umlauf sind, wonach der Fürstentum bemüht ist von neuem Anschluß an die Großbanken zu finden, und zwar sollen, wie es heißt, Verhandlungen mit der Deutschen Bank schweben. Bestätigt sich das, so würde es bedeuten, daß dem Fürstentum — um es kurz auszudrücken — die „Puste ausgehen droht“.

Ein Wunder wäre das freilich nicht. Die beiden Fürsten sind zwar sehr reich, aber der größte Teil ihres Vermögens ist gebunden, denn es handelt sich um großen Teil um Grundbesitz, der gebunden ist, um Fideikommiss. Zur Finanzierung ihrer Geschäfte schufen sie gleich zwei Banken: die Palästinaabank und die Handelsvereinigung. Beide verfügen, wie üblich, über fremde Gelder, die dem Fürstentum zu Diensten stehen. Aber es wäre erklärlich, wenn sie in der Klemme sind. Soweit die Palästinaabank im Orient Geschäfte macht, dürften zurzeit ihre Mittel infolge der Kriegswirren stark festgelegt sein. Der Handelsvereinigung aber wurde ein bißchen viel aufgebürdet. Es hat sich eben der Fürstentum in recht gewagte Dinge eingelassen. Durch Vermittelung des Bankiers Karl Neuburger, der mit dem Fürsten Fürstberg in Verbindung stand, übernahm der Konzern verschiedene Grundstücke in Berlin. Unter anderem eins, auf dem ein neuartiges Kaufhaus eingerichtet werden sollte: eine Verbindung von Spezialgeschäften unter einem Dache. Die Sache ging schief, das „Passagelaufhaus“ mußte aufgegeben werden. Es wurde Herrn Wolf Wertheim überlassen, der seinen lieben Weibern von der Firma W. Wertheim zum Schur ein Warenhaus darin einrichtete als Konkurrenzunternehmen. Aber auch das ging schief und der Fürstentum mußte Millionen hergeben, um es nicht zum Krach kommen zu lassen. Jetzt hat er den Neuenbau des Passagelaufhauses auf dem Halse und andere von Wolf Wertheim gegründete Warenhausgeschäfte dazu. Damit nicht genug: auch eine ganze Reihe höchst komplizierter Terrain- und Bauunternehmungen blieben am Fürstentum hängen. Herr Neuburger machte eine schöne Pleite, und der Fürstentum mußte eine Anzahl Unternehmungen übernehmen, bei denen sich Neuburger engagiert hatte. Die Lage auf dem Grundstücksmarkt Berlins aber ist sehr verzweifelt und die Handelsvereinigung, des ein Hausen „Objekte“, an denen der Fürstentum beteiligt ist, aufgepackt wurden, kann nicht daran denken, durch Verkauf Geld flüssig zu machen. Schließlich sind da die Reedereigeschäfte. Fürst Christian Kraft setzte seinen Ehrgeiz daran, dem mächtigen Herrn Ballin von der Hapag ein Paroli zu bieten: nicht weniger hatte er im Sinne, als die Schaffung einer neuen Schiffsfahrtslinie nach Amerika, deren Schiffe vom Emdener Hafen auslaufen und Hamburg Konkurrenz bereiten sollten. Auch das gelang vorbei: der Fürst erhielt die Konzession nicht. Die Schiffsfahrtsgesellschaften, an denen infolge jenes Projekts der Fürstentum beteiligt wurde, mögen nun zum Teil von dem glänzenden Geschäft in der Schiffsahrt profitiert haben. Aber es handelt sich ja um Schiffsfahrtslinien, die für den Verkehr mit dem Orient bestimmt sind, und hier liegen die Dinge seit Ausbruch des Krieges faul. Jedenfalls stehen in den Schiffen Millionen, die die Handelsvereinigung aufbringen mußte und die nicht flüssig gemacht werden.

So erklärt es sich, daß die durchsichtigen Spekulanten sehr wohl bei der allgemeinen „Goldklemme“ in Nöten sind, um für ihre gar so kühnen Unternehmungen die nötigen Betriebsmittel bereitzustellen.

Der neue Balkanrieg.

Obwohl irgend welche beglaubigte Nachrichten nicht vorliegen, so ist der allgemeine Eindruck doch der, daß die Herbeiführung des Waffenstillstandes und Vorfreudens Fortschritte macht. Unverkennbar läßt Rußland seinen ganzen großen Einfluß in Belgrad spielen, um Serbien dazu zu bringen, seine Forderungen an Bulgarien nicht zu überspannen. Darauf beharren freilich beide Gegner Bulgariens: wie Serbien so fordert auch Griechenland, daß mit der Einstellung der Feindseligkeiten auch der Abbruch des Vor-

friedens geschehe, und ihre Antwort auf die russische Vermittlungsnote ist auch in diesem Sinne gehalten. Da diese Forderung ganz berechtigt ist, so wird die russische Regierung nicht umhin können, ihre Annahme in Sofia zu befürworten, und angesichts des Zwanges der Verhältnisse wird sich Bulgarien wohl fügen müssen.

Die Türken auf dem Wege nach Adrianopel.

London, 16. Juli. Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus in Konstantinopel erhielt, obwohl sich die amtlichen Kreise Zurückhaltung auferlegen, eine positive Information, daß die türkische Regierung entschlossen sei, bis Adrianopel vorzugehen. Außer materiellen Vorteilen, die durch eine kühne Bewegung im gegenwärtigen Augenblick zu gewinnen seien, würde die moralische Wirkung des Erfolges in dieser Richtung die innere Lage sicherer gestalten und die Stellung der Regierung festigen. Deshalb denkt man daran, daß ein Abenteuer wohl zu wagen sei. Uebrigens meinen türkische Kreise, daß die Türkei selbst in dem wenig wahrscheinlichen Falle, daß die Mächte zur Aufrechterhaltung der Grenze Enos-Midia einen Druck ausüben sollten, auf die Autonomie Thrakiens dringen könne. Indessen haben die Mächte bisher betreffend die Bewegung der türkischen Truppen keine Mitteilung an die Botschaft gerichtet. Türkische Kreise halten eine Intervention für unwahrscheinlich.

Sofia, 16. Juli. Die „Agence Bulgare“ meldet: Die türkischen Truppen haben gestern 30 Kilometer diesseits der Linie Enos-Midia das Gebiet von Bunar Hisar betreten, ohne auf Widerstand zu stoßen, da das Land von Truppen entblößt ist. Die christliche Bevölkerung flüchtet vor den Ausschreitungen der Türken. — Die Türken sind also auf dem Wege nach Adrianopel.

Sofia, 16. Juli. „Agencia Stefani“ meldet: Dr. Danew teilte den Vertretern der Mächte mit, daß ein Telegramm des Gouverneurs von Kirilisse meldet, die Türken hätten sich des Bahnhofs Lüle Burgas bemächtigt und rückten auf Röpriklü vor. Danew hat die Mächte, in Konstantinopel dringende Schritte zu unternehmen, um den Marsch der türkischen Truppen aufzuhalten, da der Londoner Friedensvertrag zwischen der Türkei und Bulgarien endgültig sei.

Türkisches Massaker in Rodosto?

Konstantinopel, 16. Juli. Es verlautet, daß die Türken in Rodosto, nach Abzug der Bulgaren, Armenier und Griechen massakrierten. Die Zahl der Opfer beträgt 40. Das armenische katholische Patriarchat überreichte der Botschaft eine diesbezügliche Beschwerde. Die Botschaft fordert den Generalkonsul auf, eine Untersuchung einzuleiten.

Die Haltung Rumäniens.

Bukarest, 16. Juli. Die Regierung hat die diplomatischen Vertreter Rumäniens im Auslande aufgefordert, den Mächten den Standpunkt Rumäniens bezüglich des allgemeinen Friedens und der Dobrußschagerne mitzuteilen. Diese Note der Regierung stellt genau die topographischen Punkte für die Grenzbestimmung fest, um unnütze Verhandlungen zu vermeiden.

Bukarest, 16. Juli. (Agence Roumaine). Das Parlament trat zu einer außerordentlichen Session zusammen. Der Ministerpräsident verlas eine Botschaft des Königs, die belagt, der Balkankrieg sei neuerlich wider Erwarten ausgebrochen, hervorgerufen durch die Haltung Bulgariens gegen die eigenen Bundesgenossen. Die Regierung mußte die geeigneten Maßnahmen ergreifen, um Rumänien angesichts der neuen Lage die ihm gebührende Stellung zu erhalten. Die Mobilisierung der ganzen Armee sei für den 30. Juni a. St. angeordnet. Am 28. Juni hätten die rumänischen Truppen die bulgarische Grenze überschritten. Die Einberufung des Parlamentes erfolgte, damit die durch die Umstände gebotenen Vorlagen dringlich erledigt werden. Die Botschaft wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Bukarest, 16. Juli. Offiziell wird mitgeteilt, daß die rumänische Hauptarmee heute Nacht die Donau zu überschreiten begonnen hat, der Brückenschlag habe nur sieben Stunden gedauert. Die Ueberführung sämtlicher Truppen werde heute vollständig durchgeführt sein. Sodann soll sogleich der weitere Vormarsch der Teletolonnen auf Sofia erfolgen, so daß die rumänische Armee in zirka acht Tagen vor Sofia erscheinen kann.

Kämpfe und Massakre.

Athen, 16. Juli. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgenden Bericht: Ein lebhafter Kampf entspann sich gestern auf unserem äußersten rechten Flügel in der Richtung Pandina auf der Strecke Serres-Drantz. Der Kampf begann morgens und endete abends 8 Uhr mit einer vollkommenen Niederlage des Feindes, der die genannte Stellung verließ. Der Feind, der über zahlreiche Kräfte verfügte, verteidigte sich heftig mit Artillerie in seinen besetzten Stellungen, aus denen ihn die Griechen abends vertrieben. Drei Kompagnien verteilten durch Bajonettangriff unter Besang das ganze bulgarische Bataillon von den besetzten Höhen. Der Feindliche Verlust ist beträchtlich. Die bei Drama geschlagenen Bulgaren rückten gegen die Bergpässe von Motru vor. Von dort marschierten sie unter Zurücklassung von Waffen und Munition zur bulgarischen Grenze. Nach den jüngsten amtlichen Meldungen überlebten von 3000 Einwohnern von Dokrat nur 120 Personen das Massaker.

Zur Demission Danews.

Bien, 16. Juli. Die „Königliche Zeitung“ erhält von ihrem Sonderberichterstatter in Sofia ein vom 15. Juli datiertes Telegramm folgenden Inhaltes: Die unmittelbare Ursache der Demission des Kabinetts Danew ist in der Belagerung Bulgariens zu suchen, weiterhin in Sachen des Waffenstillstandes tätig zu sein, weil Serbien und Griechenland die im Interesse Bulgariens vorgeschlagenen Bedingungen bei der Feststellung der Waffenstillstandsbedingungen ablehnen. In Stelle Danews tritt ein aus allen liberalen Parteien gebildetes Kabinett unter Kard. Stawow ein, dessen erste Aufgabe es sein wird, einen Ausgleich mit Rumänien herbeizuführen.

Bien, 16. Juli. An hiesiger maßgebender Stelle liegt noch keine authentische Nachricht über die Demission des Kabinetts Danew vor. Die Meldung über eine angebliche Ueberbreitung der Linie Enos-Midia durch die Türken wird hier nicht für unwarhaftig gehalten.

Bulgarien innerlich zerfallen.

Sofia, 16. Juli. König Ferdinand hat die Demission Danew's abgelehnt. Die Verstärkung und die Rüstigkeit in den Sofiaer Kreisen wächst von Tag zu Tag.

Wien, 16. Juli. Wie der Wiener Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ erzählt, wurde auch vom Oesterreichischen Kaiser, um die Mobilisierung und die Grenzbestimmungen den Großmächten zu überlassen, deren Interessen in dieser Frage nicht sehr divergieren.

Budapest, 16. Juli. Die Bulgaren haben alle in Rußischul verankerten Kriegsfahrzeuge ihrer Donauflotte, einschließlich der königlichen Yacht versenkt.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Reichstaxi für die Rechtsanwalts-Angestellten.

befindet sich zurzeit in Vorbereitung. Ein von dem deutschen Anwaltsverein, als der Vertreter der deutschen Rechtsanwalte, eingesetzter Ausschuss hat mit den Anstellungsverhältnissen verhandelt. Ueber wesentliche Grundzüge des Arbeitsvertragsrechtes der Angestellten ist eine Verständigung erzielt worden. Die jährgehaltelange Arbeit des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands (Zitj Berlin) hat damit einen wesentlichen Erfolg, wenn auch zunächst nur von moralischem Werte, erzielt. Die Forderungen des Verbandes für die Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der deutschen Anwaltsangestellten gehen dahin: Schriftlicher Lehrvertrag mit höchstens dreijähriger Lehrzeit und Zugang zum Besuchen der Fortbildung- und Fachschule; eine Höchsthöhe der Bezahlung: von zwei in höheren Bureaus, und von einem in mittleren und kleineren Bureaus; achtstündige Arbeitszeit; Bureauschluss um 7 Uhr; Sonnabendfrühstück um zwei Uhr nachmittags; völlige Sonn- und Feiertagsruhe; Verabreichung der Ueberstunden mit entsprechendem Aufschlag; monatliche Kündigungssfrist; Urlaub von mindestens zwei, steigend bis drei Wochen; bei Krankheit oder militärischen Übungen Weiterzahlung des Gehalts bis zu sechs Wochen ohne Anrechnung des Krankengeldes; Mindestgehälter, die nach den Lebensverhältnissen und Durchschnittsgehältern der Orte geschätzt sind und abgestuft werden für: Lehrlinge, jüngere und ältere Gehilfen; Gehilfen die Dienste höherer Art leisten; jüngere und ältere Stenotypistinnen und Bureauführer. Ueber die Höhe der Mindestgehälter ist die zurzeit in allen Städten Besprechungen der Mitglieder des Verbandes der Bureauangestellten statt, an denen sich alle auf Anwaltsbureaus tätigen Angehörigen in ihrem eigenen Interesse beteiligen sollten. Wer sich daran nicht beteiligt, darf sich später nicht beklagen, daß die mit dem deutschen Anwaltsverein verbundenen Gehälter seinem Wunsch nicht entsprechen.

Weitere Auskünfte erteilt die Hauptgeschäftsstelle des Verbandes der Bureauangestellten, Berlin E. 25, Kaiser Wilhelmstraße 18 a.

Stadt und Provinz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Breslau.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung der am Dienstag abgehaltenen Mitglieder-Versammlung gab Schneider die Abrechnung für das zweite Quartal 1913 — die Hauptkasseneinnahme einschließlich des Bestandes vom ersten Quartal 88 228 Mk. Nach allen Ausgaben verbleiben der Hauptkasse 6041 Mk. — Die Arbeitslosigkeit war wieder eine sehr große und erforderte eine Ausgabe für Arbeitslose von 30 400 Mk. An Streikunterstützung wurde gezahlt aus der Hauptkasse 31 735 Mk., aus der Lokalkasse 7164 Mk., also zusammen 42 000 Mk. Der Kassenbestand der Lokalkasse betrug am Schlusse des ersten Halbjahres 97 033 Mk., dazu kommt der Grundstückswert von 31 000 Mk., zusammen 128 033 Mk.

An den Kassenbericht knüpfte sich auf Wunsch der Versammlung eine Aussprache über denungünstigen Verlauf des Streiks der Gestellmacher der Linke-Hoffmann-Werke. Philipp gab bereitwillig Auskunft. Er berichtete ausführlich über die Ursachen des Ausstandes und dessen Verlauf — die Gestellmacher klagten schon lange über niedrige Löhne, sie stellten Forderungen, wurden aber strikte zurückgewiesen. Der Streik brach aus. Die Ortsverwaltung hat nicht gehindert. Die Ortsverwaltung stand auf dem Standpunkt, daß die Streikenden nicht eher die Arbeit wieder aufnehmen sollten, als bis positive Zugeständnisse gemacht worden sind. Die Direktion hat Erhöhung der Arbeitslöhne zugesagt, sie wollte nur nicht, daß in dem Streite Sieger und Besiegte sein sollten, sie wollte nicht als Niedergerungene angesehen werden. Man durfte hoffen, daß die Direktion ihr Wort halten werde. Um zu zeigen, daß die Arbeiter Frieden haben wollen, und es nicht zur Aussperrung bringen wollen, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Leider stellt es sich jetzt heraus, daß die Streikenden umsonst auf die Zugaben warteten, daß die Direktion ihr Wort nicht hält. Einen Vorwurf verdient die Verwaltung nicht, sie habe ehrlich gehandelt und für die Streikenden getan, was irgend möglich war. Hier sich und Bezirksleiter Hande führten aus, daß die Direktion wenn auch in unerbittlicher Form eine Zugabe von 10—12 Prozent zu den Arbeitslöhnen zugesagt hatte, die Forderungen geschlagen war, den Streik zu beendigen. Niemand konnte glauben, daß die Direktion die Arbeiter täuschen wird. Die Mehrzahl der Anwesenden waren derselben Meinung. Die Aussprache unter den Gestellmachern war eine rege, sie machten ihrem Herzen Luft, sie meinten, es hätte anders kommen können, es seien entschieden Fehler gemacht worden. Die Einzelheiten lassen sich nicht wiedergeben. Die Linke-Hoffmann-Werke seien am Orte die maßgebendsten, es müsse versucht werden, etwas durchzudrücken. Philipp eröffnete der Versammlung, daß die Verwaltung und die Vertrauensleute beschloffen haben, die Streikunterstützung nach sechs bzw. zehnwöchentlichen Dauer um 2 bzw. 3 Mk. zu erhöhen. Der Antrag wurde in der vorgeschlagenen Weise angenommen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Der Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages wurde wegen vorgerückter Zeit von der Tagesordnung abgesetzt. Nach Schluß der Generalversammlung blieben die Gestellmacher zu einer Beratung zurück. Es wurden die weiteren Schritte besprochen, die angesichts der Verhältnisse zu tun sind.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (Verwaltung Breslau.)

In der am Mittwoch abgehaltenen ordentlichen Mitglieder-Versammlung gab der Bevollmächtigte Kollege Senf den Geschäftsbericht für das 2. Quartal 1913. Es ist möglich gewesen, für einige Arbeiterkategorien Vorteile durch Abschluß von Tarifen zu erreichen. Insbesondere sei für die Selterwasser- und für die in Breslau einheimischen Kohlenarbeiter auf die Dauer von 3 Jahren durchgesetzt worden, der den Arbeitern eine wöchentliche Lohnzahlung von 2—6 Mark einbringend. Auch in der Spezialzentrale seien Lohnverbesserungen und Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde erzielt worden. Die Lage habe sich auch in Posen und Berlin dementsprechend entwickelt, jedoch die Arbeitslosigkeit eine große war. Es wurden im Arbeitsausschuß des Verbandes von den Delegierten 120 Stellen für 120 und 120 Stellen angegeben. Besetzt wurden für 120 und 120 Stellen 120. Der Tarifkommissionen für alle Kategorien betrug von Woche 120 Mk., die durchschnittliche Arbeitszeit 11 1/2 Stunden. In Unterbrechung wurden gemäß an 120 ordentliche Kollegen 120 Mk. an 225 Stellen 1200 Mk. Der Tarifkommissionen 120 Mk. wurde eine Summe von 225 Mk. Eine

Verkehrsunfähigkeit auf den Straßen werde immer größer und so können die Kautschuk immer mehr in Konflikt mit den Behörden. Der Ortsverwaltung und dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Der Mitgliederbestand hat erheblich zugenommen, gegenwärtig beträgt er 3800. Der Hauptvorstand zieht alle Verwaltungsstellen im Reich zu einer einmündigen Exekution von 1 Mark pro Mitglied heran. Zu dieser Maßnahme sei er wegen der bedeutenden Ausgaben für den Winternachschuß gezwungen. Der Streik hat mehr als eine Million gekostet. Senf erklärte, daß die Hälfte der Steuer der Lokalkasse übernimmt, die andere Hälfte aber von den Mitgliedern getragen werden müsse. Nach einer kurzen Aussprache wurde der Antrag mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Zum Schluß entstand eine heftige Debatte wegen der Uebergriffe des Brauereiarbeiter-Verbandes. Von Senf und einer Anzahl Kollegen wurden bittere Klagen gegen die Person des Genossen Auerbach vorgebracht. In einer nächsten Versammlung soll der Gegenstand eigens behandelt werden.

Deutsches Reich und Ausland. Zu den Werftarbeiterstreiks.

Die Werftarbeiterbewegung löst sich nicht mehr in den Fäden halten, die die Taktik der Verbandsleitungen eingehalten wissen wollten. Eine Versammlung der Werftarbeiter am 15. Juli in Hamburg, die von über 6000 Arbeitern besucht war, nahm einen teilweise recht stürmischen Verlauf. Ein Verbandsangehöriger erläuterte über die Verhandlungen mit den Werftbesitzern. Er erklärte die Zugeständnisse der Werftbesitzer für völlig unzureichend, meinte aber, daß der freizügige Ausstand der Arbeiter trotzdem nicht gerechtfertigt sei, da noch nicht alle friedlichen Mittel erschöpft worden seien. Als der Werftbesitzer darauf hinwies, daß der Zentralvorstand unter diesen Umständen keine Unterstützung zahlen würde, wurde er durch stürmische Proteste unterbrochen. Unter großer Erregung beschloß die Versammlung mit 5662 gegen 120 Stimmen die Fortführung des Streiks. In der Versammlung kam von den Streikenden zum Ausdruck, daß die Verhandlungen auf den Werften schon allein den Streik rechtfertigen. Die schleppenden Verhandlungen und deren sehr magere Ergebnisse aber hätten die Geduld der Werftarbeiter erschöpft.

Zusätze der Arbeitsniederlegung in Hamburg waren die Zentralvorstände der beteiligten Gewerkschaften am Dienstag zu einer Konferenz in Hamburg zusammengetreten. Sie haben nach eingehender Beratung die Arbeitsniederlegung als einen vorläufigen und sehr bedauerlichen Schritt der Werftarbeiter bezeichnet. Die noch schwebenden Verhandlungen seien durch die Arbeitsniederlegung unterbrochen und die von den Organisationen in mehreren Konferenzen vorbereitete Bewegung sei zunächst in Frage gestellt. Die Vorstände könnten schon aus statutarischen Gründen den Ausstand nicht anerkennen und müßten deshalb auch die Unterstützung versagen. Die Vorstände könnten unter diesen Umständen ihren Mitgliedern nur empfehlen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Auch in Stettin ist es zum offenen Kampfe gekommen. Eine Brandversammlung am Dienstag beschloß mit 402 gegen 19 Stimmen die Arbeitsniederlegung. Die Erregung über die schleppenden Verhandlungen und deren bisheriges geringes Ergebnis war derart, daß die Werftarbeiter sich nicht mehr an der Arbeit halten lassen. Am Mittwoch Morgen legten dann circa 500 Arbeiter der drei Stettiner Werften die Arbeit nieder. Werden in den nächsten Tagen nicht noch befriedigende Zugeständnisse durch die Werftbesitzer gemacht, so dürfte auch in Stettin der Kampf sich weiter ausbreiten.

In Flensburg ist es ebenfalls zur Arbeitsniederlegung gekommen; etwa 300 Arbeiter haben dort die Arbeit eingestellt.

Die Antwort der Hamburger Werftmagnaten. Der Verband der Eisenindustriellen hat am Mittwoch auf das Schreiben der Arbeiterverbände, die zu neuen Verhandlungen zum 17. eingeladen hatten, geantwortet, daß der Vorschlag für neue Verhandlungen abgelehnt werden müsse, weil die Zugabe einer friedlichen Verständigung im Widerspruch stehe zu dem Verhalten der Arbeiter. Der Verband sei im übrigen zu weiteren Zugeständnissen unter keinen Umständen zu bewegen.

Aus der Maßregelung von Vertrauensmännern und aus dem rücksichtslosen Verhalten der Werftbesitzer ist zu entnehmen, daß die Hamburger Werftgewaltigen den wirtschaftlichen Kampf herbeiführen wollen.

Mittwoch morgen 9 Uhr wurden sämtliche Mieter der Stettiner Schiffswerften Vulkan, der Stettiner Oberwerke und der Schiffswerft Rüste & Co. N. O. ausständig. Es kommen dabei etwa 900 Mann in Betracht. Die übrigen Arbeiter haben sich bisher dem Streik noch nicht angeschlossen. Die Leiter der Metallarbeiterorganisation werden zusammenkommen, um zu der neu geschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

Lohnreduktion in der englischen Regierungsmannufaktur für Uniformen. In der Regierungsmannufaktur zu Vimlicio haben nach einem Berichte des „Daily Chronicle“ 620 Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt und beim Kriegsministerium Beschwerde erhoben, weil ihnen der Stücklohn für Lederstücke von 2 sh. 11 1/2 d. auf 2 sh. 9 d. herabgesetzt wurde. Die Stücklöhne betragen noch vor einigen Jahren 3 sh. 6 d. und wurden fortgesetzt herabgedrückt. Die neuerliche Reduktion würde für die Arbeiterinnen einen Ausfall von 1 sh. 6 d. bis 2 sh. gleich 150 bis 200 Pf. bedeuten. Das Vorgehen der englischen Kriegsverwaltung ist bezeichnend für den Militarismus des kapitalistischen Staates; bei dem allgemeinen Währungsstau werden Millionen für vermehrte Ausgaben flüssig gemacht ohne jede Bedenken. Diese machen sich nur gegenüber armen abhängigen Arbeiterinnen geltend, denen man, ohne die geringsten Skrupel zu empfinden, den großen Lohn verweigert.

Deutsches Reich. Seit der Verschmelzung der Maurer und Bauhilfsarbeiter erscheint „Der Maurer“ als gemeinsames wöchentliches Organ in verdoppelter Umfang. — Der Tarifvertrag, welcher die letzte Lohnbewegung der Maurer berendete, erstreckt sich auf 24 337 Maurer, davon 9 250 in Wien. Er überdauerte wurde auf 16 Stunden pro Woche festgesetzt. Nur in Wien beträgt sie 53 Stunden und in zwei Orten mit 480 Arbeitern 59 Stunden. Die vereinbarten Lohnverbesserungen belaufen sich, wenn man 2 0 Arbeitslöhne pro Jahr annimmt, im Vergleich zu den Löhnen des Jahres 1912 auf 1 1/2 Millionen Kronen für 1913, auf 2,65 Mill. Kr. für 1914 und auf über 3 Mill. Kr. für 1915.

Australien. Der australische Holzarbeiterverband zählt jetzt über 10 000 Mitglieder, davon rund 3 150 in Viktorien, 3000 in West-Australien, 2000 in Neu-Süd-Wales, 660 in Tasmanien, 700 in Queensland und 670 in Süd-Australien. — Nach dem amtlichen Verlaufe waren auf Grund des Arbeiterschlichtergerichtes in New-Secoland insgesamt Ende 1912 118 Unternehmerorganisationen mit 55 529 Mitgliedern eingetragen.

Parteiangelegenheiten.

Wahl eines sozialdemokratischen Gemeinderats ohne Gewerkschaften. Man schreibt uns aus Brüssel: Für das Wahlbezirk Hammonts erledigt Mandat, bei infolge einer Wahlrechtsänderung als Ersatzkandidat nicht betragene Mandate der Arbeiterpartei, den Gewerkschaften der Arbeiterpartei.

ratten, Genossen Laurent Vandermiffen. Keine Partei hatte einen Gegenkandidaten aufgestellt, so daß mangels jeder anderen Kandidatur Vandermiffen „kampflös“ als Gemeinderat erklärt wurde.

Wahlprophet. Wegen einer Noth, in der das Aufkommen eines Warrers zu einer Laufe kritisiert war, erhielt der veranwortliche Reaktor des „Lüttinger Volksfreund“, Genosse Schneiter, einen Monat Gefängnis. Die Verhandlung fand statt, trotzdem der Verteidiger am Erscheinen verhindert war.

Die Parteiverammlung in Gießen-Bohringen hält ihre diesjährige Generalversammlung am 19. und 20. Juli 1913 in Schlettstadt ab. Dem Bericht des Landesvorstandes ist zu entnehmen, daß es nicht gelungen ist, die Mitgliederzahl, die im Jahre 1912 auf 6428 angewachsen war, während sie im Jahre 1911 erst 4869, im Jahre 1910 gar nur 3526 betragen hatte, voll zu halten. Sie sank auf 6229, also um 249. Ueber dieser Mitgliederabnahme ist nur ein scheinbarer, da unter den organisierten Parteigenossen sich ziemlich viel Bauarbeiter befinden, die vielfach erst im Hochsommer in der Lage sind, ihre aus der Winterzeit her restierenden Beiträge nachzuzahlen; da die Mitgliederzahl nach den tatsächlich verlaufenen Beitragsmarken berechnet wird, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die wirkliche Mitgliederzahl eher höher, denn niedriger ist, als im Vorjahre. Das ergibt sich auch daraus, daß in den Monaten der Vorjahresperiode mehr Gelder an die Landes- und an die Hauptkassen abgeführt werden konnten, als in den 12 Monaten des vorhergehenden Berichtsjahres. Die Presse hat ebenfalls recht erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Erstmals ist es gelungen, die Straßburger „Freie Presse“ ohne Zuschuß aus Berlin über Wasser zu halten. Bei der Reichstagswahl in Schlettstadt gelang es zwar nicht, die Stimmengahl von 1912 zu halten, doch ist dies dem Umstand zuzuschreiben, daß bei der Hauptwahl ein liberaler Kandidat nicht aufgestellt war und infolgedessen viele antiklerikale Wähler für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmten. Dagegen hat die Partei bei den Bezirks- und Kreiswahlen das zu verteidigende Mandat des Gen. Weitzes in Straßburg glänzend gehalten und dazu noch ein zweites Mandat neu erobert. Auch bei den Gemeinderatswahlen hat die Partei gut abgeschnitten. In 12 Orten beteiligten sich unsere Genossen an den Nachwahlen mit dem Erfolge, daß 25 sozialdemokratische Kandidaten gewählt wurden. Gerade diese meist den ländlichen Orten eroberten Positionen, beweisen, daß die sozialdemokratische Partei auch in Gießen-Bohringen immer festeren Fuß faßt.

Aus der Jugendbewegung.

Jung Deutschland schwingt den Wettefack.

Ueberdies in der hochnobelsten Weise, nämlich unter dem Deckmantel einer Lotterie. Uns geht folgendes Zirkular zum Anruf.

300.000 Lose a 1,00 Mark für Silberberg Fort Spitzberg sollen, vom Herrn Oberpräsidenten genehmigt, benachdigt in Umlauf gesetzt werden. Die Lose-Betriebsgesellschaft in Berlin hat den Vertrieb dieser Lose, da nur für Schießen bestimmt, abgelehnt.

Die schlesische Jugend in Verbindung mit den Turnern und Militärvereinen muß es daher übernehmen, selbst für die Unterbringung der Lose zu sorgen. Wenn jeder Führer, jeder deutsche Junge, jedes deutsche Mädchen in der Provinz nur zirkel drei bis fünf Lose verkaufen könnte, so würde uns gefolgt sein, das so hochherzig begonnene Werk Sr. Majestät des Kaisers und Königs für die schlesische Jugend baulich weiter auszugestalten. An alle Landratsämter, Magistrate, Ortsgruppen Jungdeutschlands, staatliche Ausschüsse für Jugendpflege, höhere Schulen und Seminare ergeht daher mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten pp. die dringende Bitte, sich dieser Mitwirkung zu unterziehen und annähernd den Bedarf an Lose, welche voraussichtlich abgesetzt werden können, baldmöglichst an unsere Geschäftsstelle, Breslau, Kaiser Wilhelmstraße 52, mitzutheilen.

Für etwa 100.000 Mark zum Teil sehr wertvoller Gewinne, worunter sich als Hauptgewinn ein Automobil befindet, dürften eine verlockende Aussicht zu reichem Absatz bieten.

Zahlkarten werden zur Einlösung der Beträge für verkaufte Lose beigelegt. Nichtabgesetzte Lose sind bis spätestens 1. Oktober d. Js. an die Geschäftsstelle zurückzuführen.

Nachlieferungen von Lose werden prompt erfolgen. Die Lose werden in Paketen zu 50, 100, 250, 500 und 1000 Stück versendet.

Hochachtungsvoll Jungdeutschland Provinzialverband Schlesien für den Bezirk des VI. Armeekorps. Der Vorsitzende Freiherr von Seidenorff, General der Infanterie a. D.

Auch der Arbeiterjugend fehlen gute Spiele. Ob aber der Herr Oberpräsident eine Lotterie zu ihrem Besten ebenso schnell und freudig bewilligen würde, das ist sehr fraglich.

Breslau, 16. Juli. Beigefügt von der Marktnotierungskommission für Getreide. Weizen, gute Qualität der letzten Ernte 19,80 — 19,70 Mk. Roggen, bester 16,60 — 16,80 Mk. Hafer, bester 15,60 — 15,70 Mk. Brauereier, der letzten Ernte 14,40 — 14,70 Mk. Weizen- und Futter der letzten Ernte 12,80 — 12,90 Mk. Stroh, beste Qualität der letzten Ernte 21,60 — 21,80 Mk. Gerste, beste Qualität der letzten Ernte 17,00 — 17,20 Mk. Gerste, alte 8,80 — 9,20 Mk. Gerste, neues 5,00 — 6,00 Mk. Weizenstroh 4,60 — 5,00 Mk. Weizenhalm 3,00 — 3,40 Mk.

Beste Weizen, per 100 Kilogramm inkl. Sachfrucht Weizenmehl 00 feiner 27,00—27,50 Mk., Roggenmehl 00 feiner, 24,25—24,75 Mk., Roggen-Sauweizen feiner, 22,75—24,25 Mk., Roggen-Futtermehl feiner 11,50—12,00 Mk., Weizenmehl feiner 10,50—11,00 Mk.

Aus der Geschäftswelt.

Das Lotteriegewinn von Clement, Ring 22, teilt mit: Der erste Hauptgewinn der Flugwochenslotterie im Werte von 20 000 Mark fiel auf die Nummer 16 514, der zweite von 10 000 Mark auf 116 191. Drei Hauptgewinne à 1000 Mark fielen auf die Nummern 114 583, 192 416, 25 582. — In der Westpreussischen Werdolotterie fiel der erste Hauptgewinn auf Nr. 12 617, der zweite auf Nr. 8268, der dritte auf Nr. 65 848.

